



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

122. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 10. Juni 2016, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Antrag der Fraktion DIE LINKE
**Keine Militarisierung in der Bildung
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 6/5303 – 3

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE 3, 21

Minister Mathias Brodtkorb 4

Torsten Renz, CDU 9, 23

Simone Oldenburg, DIE LINKE 10

Patrick Dahlemann, SPD 13

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 17

David Petereit, NPD 20

B e s c h l u s s 25

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Pariser Klimaabkommen ernst nehmen –

Energiewende retten – EEG-Novelle nachbessern!

– Drucksache 6/5435 – 25

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 6/5493 – 25

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN26, 38

Minister Christian Pegel 28

Dietmar Eifler, CDU 31

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 32

Rudolf Borchert, SPD 34

Michael Andrejewski, NPD 37

B e s c h l u s s 40

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Thesen zur Entwicklung der Baukultur

in Mecklenburg-Vorpommern fortschreiben

– Drucksache 6/5440 – 40

Regine Lück, DIE LINKE 41, 49

Rainer Albrecht, SPD 42

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 44

Dietmar Eifler, CDU 45

Minister Harry Glawe 47

Udo Pastörs, NPD 48

B e s c h l u s s 51

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drohenden Lehrkräftemangel abwenden –

Lehramtskapazitäten erhöhen

– Drucksache 6/5431 – 51

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 52, 65

Minister Mathias Brodtkorb 54, 63

Torsten Renz, CDU 59

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE 60

Andreas Butzki, SPD 61

Udo Pastörs, NPD 61

B e s c h l u s s 65

Nächste Sitzung

Mittwoch, 6. Juli 2016 65

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 122. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Keine Militarisierung in der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/5303.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Keine Militarisierung in der Bildung
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 6/5303 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die Bürgerinnen und Bürger, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht. Es war auch Konsens, dass von Deutschland aus keine Förderung von Kriegen mehr erfolgen sollte.

Die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung Deutschlands, dem Frieden der Welt zu dienen, wird systematisch unterlaufen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren. Bewaffnete Konflikte und Kriege schaffen weltweit attraktive Märkte für Militär- und Rüstungsgüter. Deutschland befindet sich an der dritten Stelle hinter den USA und Russland im Rüstungsexportgeschäft. Aufträge und Drittmittelforschungsprojekte werden von der Rüstungsindustrie, vom Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr vergeben.

Heute stehen deutsche Soldaten wieder im Kriegseinsatz. Die deutsche Wirtschaft ist einer der weltweit größten Exporteure von Waffen und Kriegsmaterial auf der Welt. Mit Waffen aus deutscher Produktion werden Kriege geführt, zum Beispiel in der Türkei gegen die Kurden, in Saudi-Arabien gegen Jemen. Seit Monaten führt Saudi-Arabien Krieg gegen das Nachbarland Jemen. Spezialtechnik aus Deutschland wie Handschellen und Schlagstöcke wird zur Folter eingesetzt. Und das geschieht nicht nur in den genannten Ländern, meine Damen und Herren, sondern in vielen anderen mehr.

Kriege haben noch nie Probleme gelöst, sondern bringen immer nur Tod, Verstümmelung und treiben Menschen auf der ganzen Welt in die Flucht. Die Kriegsausgaben bereichern nur einige wenige Unternehmer und Politiker, stürzen aber ganze Völker ins Unglück. Um diesen Wahnsinn zu beenden, muss gehandelt werden. Die Militarisierung in der Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern muss beendet werden.

(Torsten Renz, CDU:
Wo findet die denn statt?)

Die Forschung an den Hochschulen muss ausschließlich dem Frieden dienen. Es dürfen nicht weiterhin Forschungskapazitäten und öffentliche Finanzen für die militärische Forschung verschwendet werden.

(Torsten Renz, CDU: Wie hoch ist denn die Summe, die da fürs Militär eingesetzt wird?)

In Rostock ist eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität verankert, aber es herrscht darüber kein Bewusstsein. In Greifswald hat sich die Universität in ihrem Leitbild verpflichtet, sich für das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker einzusetzen. Es muss sichergestellt werden, dass diese Verpflichtungen auch konsequent umgesetzt werden, meine Damen und Herren. Zwar hat diese Landesregierung die Hochschulautonomie zu achten, aber es gibt Instrumente, um sicherzustellen, dass Forschung mit dem Ziel der militärischen Nutzung abgelehnt wird.

Meine Fraktion fordert deshalb, Zivilklauseln im Landeshochschulgesetz des Landes zu verankern. Die Einhaltung von bestehenden Zivilklauseln kann Bestandteil der Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen sein.

(Torsten Renz, CDU: Dann sagen Sie doch mal, wann die Uni Rostock dagegen verstößt!)

Mit diesen Zielvereinbarungen könnten auch Initiativen zur Beförderung von Friedensforschung vorangebracht werden.

(Torsten Renz, CDU: Abenteuerlich!)

Die Hochschulen im Land sind in den letzten Jahren immer abhängiger von öffentlichen oder privat vergebenen Drittmitteln geworden. Das führt zu Kooperationen von staatlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Rüstungsunternehmen. Möglich sind Formen von Auftragsforschung, industriegestiftete Lehrstühle, gemeinsame Institute oder vertraglich geregelte Projekte.

(Torsten Renz, CDU: Sagen Sie doch mal konkret, in welcher Höhe, und stellen Sie das nicht einfach so pauschal in den Raum!)

Sehr geehrte Damen und Herren, durch eine bessere Finanzierung der Hochschulen muss diese Abhängigkeit wieder aufgelöst werden. Außerdem fordern wir auch, dass die Landesregierung Initiativen und Vorhaben zur Beförderung von Friedensforschung und auf diese ausgerichtete Lehre an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen immateriell und finanziell unterstützt. Nur wenn das Wissen vorhanden ist, wie Konflikte vermieden und gelöst werden, dann kann dauerhaft Frieden zwischen Staaten und Völkern bewahrt werden. Das dafür eingesetzte Geld würde viel Leid verhindern und wäre auch gut angelegt, um die Ursachen für Flucht und Vertreibung einzudämmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass in der Aussprache das Argument zu hören sein wird, dass die Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion Arbeitsplätze schafft und Geld in die Steuerkasse spült. Dazu muss ich im Voraus ein paar Gedanken äußern. Menschenleben zu opfern, um Geld zu verdienen, ist inakzeptabel, und für meine Fraktion ist das keine Option.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

DIE LINKE, meine Damen und Herren, ist auch deshalb eine konsequente Friedenspartei, weil Kriege und ihre

Folgen – zum Beispiel humanitäre Hilfe, Aufnahme von Flüchtlingen – Unmassen an Steuergeld verschlingen und weil Menschen in Kriegen radikalisiert werden und sich diese Radikalisierung auch in Europa findet. Das hat in der letzten Zeit viele Menschenleben in Belgien und Frankreich gekostet. Auch deutsche Touristinnen und Touristen sind zum Beispiel in der Türkei und Ägypten gestorben, Bürger aus Greifswald wurden in Istanbul verletzt.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Antrages ist, den Einfluss der Bundeswehr auf die Erziehung der Kinder zu vermeiden. Die Bundeswehr wirbt an den Schulen und in den Kitas für den Beruf der Soldatin oder des Soldaten und zumindest verdeckt für den Einsatz von Kriegswaffen. Die Belastungen bis hin zu Verletzung und Tod werden in den Veranstaltungen gezielt verharmlost. Deshalb fordert meine Fraktion, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und dem Wehrbereichskommando I „Küste“ der Bundeswehr zu kündigen. Die Bundeswehr hat, meine Damen und Herren, in Kitas und Schulen wirklich nichts zu suchen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir brauchen keine Soldaten, sondern Fachkräfte, die Mecklenburg-Vorpommern voranbringen

(Stefan Köster, NPD: Vor allem aus Syrien, Afghanistan ...)

und das Land weltweit würdig, ...

Ruhig, Brauner!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

... weltweit würdig als zivile Fachleute vertreten. Zivilisten schaffen Wohlstand.

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Udo Pastörs, NPD: Wohlstand muss doch geschützt werden.)

wenn Sie in Zukunft in einem friedlichen und sicheren Mecklenburg-Vorpommern leben wollen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Was für ein Träumer! Was für ein Träumer!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorgesehen worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodtkorb.

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auch wenn es mir nach der sanft vorgetragenen Rede von Herrn Al-Sabty etwas schwerfällt, deutlich zu antworten, werde ich mich trotzdem darum bemühen, es zu tun.

Zum wiederholten Mal, Herr Al-Sabty, konfrontiert DIE LINKE das Parlament und die Öffentlichkeit mit einer

Debatte über die Bundeswehr an den Schulen, über Forschung, die sich mit militärischen Fragen beschäftigt.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Und mit Recht.)

Zum wiederholten Male, Herr Al-Sabty, finde ich die Art und Weise, wie Sie dies tun, am Ende schäbig

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Das glaube ich nicht.)

und nichts anderes.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist legitim, dass man so was tut.)

Das fängt schon an, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Titel Ihres Antrages.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist legitim, dass man das unterstellen darf in einer Demokratie.)

Gucken wir uns das mal ganz genau an, was Sie da tun!

(Regine Lück, DIE LINKE: Das hat mit Schäbigkeit überhaupt nichts zu tun.)

Der heißt „Keine Militarisierung in der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“.

(Udo Pastörs, NPD: Das setzt voraus, dass es eine gäbe. Das gibts gar nicht.)

„Keine Militarisierung in der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“ – den darin enthaltenen Vorwurf oder die Unterstellung weise ich entschieden zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf aus dem Plenum: Wir alle.)

Ich darf Ihnen mal vorlesen, was mein Freund „Wikipedia“ dazu sagt, was Militarismus und Militarisierung eigentlich ist. Ich darf mal zitieren:

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Als Militarismus wird die Dominanz militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik und im gesellschaftlichen Leben bezeichnet, wie sie etwa durch die einseitige Betonung des Rechts des Stärkeren und die Vorstellung, Kriege seien notwendig oder unvermeidbar, zum Ausdruck kommen oder durch ein strikt hierarchisches, auf Befehl und Gehorsam beruhendes Denken vermittelt werden.“ Zitatende. Das ist Militarisierung und Militarismus. Man hätte auch irgendeine andere Plattform, man hätte sich den Duden nehmen können, irgendetwas anderes.

(Regine Lück, DIE LINKE: Beim größten Waffenexporteur ist Deutschland ja Vorbild.)

Mit Ihrem Antrag werfen Sie ernsthaft der Landesregierung vor, sie würde in ihren Schulen und Hochschulen dafür sorgen, dass das Recht des Stärkeren tradiert und doziert würde,

(Egbert Liskow, CDU:
Das gab es nur zu DDR-Zeiten.)

doziert würde, wir müssten Kriege führen und Ähnliches.

Jetzt wissen Sie vielleicht, warum ich es schäbig finde, eine solche Unterstellung auszusprechen. Das können Sie sich vielleicht vorstellen. Ich finde das vor allem deshalb – es ist ja die Frage, warum ich das schäbig finde, dafür gibt es verschiedene Gründe –, der erste Grund ist, diese Unterstellung, die Sie da aussprechen, ist haltlos. Ich mache das normalerweise nicht, aber heute tue ich es mal:

(Regine Lück, DIE LINKE: Na, na!)

Sie zeigen dabei mit Fingern auf andere, aber Sie müssen immer daran denken, wenn Sie mit einem Finger auf uns zeigen, zeigen drei auf Sie selbst.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Regine Lück, DIE LINKE: Das ist
bei Ihnen aber auch so.)

Wenn wir mal über das Thema „Militarisierung in der Bildung“ sprechen wollen, können wir das tun. Ich kann mich daran noch sehr gut erinnern. Ich war in der Grundschule und in der 7. POS Otto Grotewohl in einer Schieß-AG in der DDR.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich möchte nicht sagen ...

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Moment! Moment!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Heute sehen wir das anders.)

Ja, ja, da komme ich auch gleich drauf, dass Sie das heute anders sehen.

Also ich war in der Grundschule in einer Schieß-AG. Ich möchte mich jetzt hier nicht hinstellen und sagen, es hat mich für mein Leben geschädigt, ich weiß nicht mehr, wie ich geradeaus laufen soll.

(Udo Pastörs, NPD:
Schaden kann es nicht. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Aber wenn Sie wissen wollen, was Militarisierung in der Bildung heißt, dann gucken Sie sich mal an, was da passiert ist!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Was soll denn das heißen?)

Dann darf ich daran erinnern, im Jahr 1978, ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Was hat
denn das mit unserem Thema zu tun?)

Ja, das tut weh.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

... im Jahr 1978 führte Margot Honecker den Wehrkundeunterricht an den Schulen der DDR ein. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen. Was ich besonders interessant finde, ist, ich habe da eine schöne Doktorarbeit über die Einführung des Wehrunterrichtes in den Staaten des Warschauer Paktes gefunden.

(Udo Pastörs, NPD: Mauermörder
müssen ja ausgebildet werden.)

Was im Wehrkundeunterricht passiert, ist gar nicht so spannend. Was in der DDR in Mathematik gemacht wurde, finde ich viel spannender.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

Ich darf aus dieser Promotion mal zitieren. Da geht es um die Frage, was man alles so machen kann in der Schule, um die Jugendlichen auf den sozialistischen Kampf vorzubereiten.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Zitat: „Konkret wird etwa der ‚Beitrag des Mathematikunterrichtes zur sozialistischen Wehrerziehung‘ – Wehrerziehung! – „darin gesehen, dass er ‚zur Herausbildung mathematischer Kenntnisse und geistiger Fähigkeiten als eine Voraussetzung für die erfolgreiche Ausbildung unserer Soldaten in der NVA‘ dient und in ihm die ‚Nutzung vielfältiger Anwendungsaufgaben aus dem Bereich der Militärtechnik zur wehrpolitischen Erziehung‘ erfolgen kann.“ Zitatende.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wenn Sie irgendwelche Fragen ...

(Heiterkeit bei Regine Lück, DIE LINKE:
Bleiben Sie doch mal im Jetzt und im Hier!
Bleiben Sie doch mal im Jetzt und im Hier! –
Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Also, wenn jetzt hier nicht sofort Ruhe ist, dann unterbreche ich die Sitzung für 20 Minuten.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD –
Jochen Schulte, SPD: Ach, das war
noch nicht die Unterbrechung? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schulte, ich ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Ich habe doch kein Wort gesagt. –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Alles Klassenkampf hier!)

Ich will das heute nicht auf die Spitze treiben, aber, Herr Schulte, wenn sich das jetzt noch mal wiederholt, dann wird es einen Ordnungsruf geben.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Ich bitte, dass jetzt hier so viel Ruhe herrscht, dass der Minister seine Rede fortsetzen kann.

Bitte schön, Herr Minister.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Minister Mathias Brodtkorb: Also, meine sehr verehrten Damen und Herren der LINKEN, wenn Sie sich noch mal informieren wollen darüber, was es heißt, Militarisierung in der Bildung zu betreiben, dann schauen Sie sich noch mal die Geschichtsbücher an und die Unterlagen aus der DDR! Da kann man das ganz gut sehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wehret den Anfängen, Herr Brodtkorb! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jetzt können Sie sagen, Frau Schwenke, Sie haben damit nichts zu tun. Das ist ja klar, 25 Jahre später sehen Sie das alles anders. Aber jetzt fängt es an, schäbig zu werden. Das ist genau der Punkt. In Ihren Reihen sitzen viele, die aktiv für den Erhalt der SED und der DDR gekämpft haben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Die sitzen
in allen Reihen hier, Herr Brodtkorb.)

Es sitzen in Ihren Reihen auch welche, ...

(Zurufe von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE,
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)

Warten Sie mal ab!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der
SPD und CDU – Wolfgang Waldmüller, CDU:
Der Geschichte müsst ihr euch schon stellen!)

... es sitzen in Ihren Reihen auch welche, die aktiv, ...

(Regine Lück, DIE LINKE:
In Ihren Reihen nicht? In Ihren
Reihen nicht, Herr Minister?)

Das kommt doch gleich, warten Sie doch mal ab!

... die aktiv in der NVA gekämpft haben, im Brustton der Überzeugung.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich nicht! Ich nicht, Herr Brodtkorb,
da können Sie sicher sein. Ich nicht!)

Und gerade ...

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Und ich habe in der DDR nicht gelebt. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe einen Hinweis gegeben.

Wir können auch bis heute Nachmittag sitzen, wenn es so weit ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, können wir
gerne machen. – Beifall Tino Müller, NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sag doch endlich
meinen Namen! Sei doch nicht so
zurückhaltend! Sag doch endlich
meinen Namen und dann ist es gut!)

Minister Mathias Brodtkorb: Gerade weil das so ist, lege ich Ihnen nahe, darüber nachzudenken, ob Sie diejenigen sind, denen es zusteht, in dieser Art und Weise – gerade weil Sie auch diese Vergangenheit haben –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

den moralischen Zeigefinger zu erheben nach dem Motto: „Ich gehe in den Supermarkt, klaue ein paar Lippenstifte und schrei dann laut: ‚Haltet den Dieb!‘“

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Oh, das ist schäbig, Herr Minister!)

„Haltet den Dieb!“

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war richtig fies eben!)

„Haltet den Dieb!“

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war
unter der Gürtellinie, Herr Minister!)

Damit ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Damit es nicht ...

(allgemeine Unruhe)

Damit ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Minister!

Ich unterbreche die Sitzung und bitte die PGFs nach vorne. Die Sitzung ist für zehn Minuten unterbrochen.

Unterbrechung: 9.16 Uhr

Wiederbeginn: 9.25 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Herr Brodtkorb, bitte setzen Sie Ihre Rede fort.

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es noch mal auf den Punkt zu bringen: Es geht nicht darum, zu kritisieren oder sich darüber lustig zu machen, was auch immer, dass die Abgeordneten der Linksfraktion heute eine völlig

andere Meinung haben, als sie sie vielleicht vor 30 oder 40 Jahren hatten. Das geht mir ja auch nicht anders.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach! –
Udo Pastörs, NPD: Das ist wohl so.)

Das geht wahrscheinlich jedem von uns so, dass er im Laufe seines Lebens die Meinung ändert. Die Frage ist nur – und das ist wirklich der Punkt, wo ich darum bitten würde, dass Sie darüber nachdenken –,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ob es eigentlich angemessen ist, dass man, wenn man selbst mal knietief mit den Knöcheln in dieser Suppe dringestanden hat, dann derjenige sein kann, moralisch den Zeigefinger auf die zu richten, die nach ihrer Auffassung vielleicht etwas Ähnliches tun, obwohl es mit Sicherheit nicht mal etwas Ähnliches ist.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Wen meinen Sie jetzt?)

Das würde ich gerne inhaltlich noch mal kurz untermauern: Ihr Antrag greift nicht nur die Landesregierung an, er greift beispielsweise die Soldatinnen und Soldaten an.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Jo. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das führt zu einer Diskreditierung der Bundeswehr. Das sage ich als überzeugter Kriegsdienstverweigerer: Das ist unanständig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Da gibt es Männer und Frauen, die bereit sind, notfalls unser Land zu verteidigen, auch Ihr Leben oder etwas anderes. Es gibt Männer und Frauen, die – da habe ich übrigens keine großen Dankesworte gehört –, wenn beispielsweise große Überflutungen sind, anpacken und helfen oder bei der ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Stimmt überhaupt nicht. Da haben
wir uns mehrfach bedankt, Herr Minister.)

Moment mal! Moment mal! Ich habe es nicht gehört. Sie können ja richtigstellen, dass Sie es gemacht haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann erkundigen
Sie sich vorher, bevor Sie so etwas erzählen!)

Jedenfalls im Kontext der Flüchtlingskrise ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich war dort
und habe mich bedankt bei den Soldaten. –
Zurufe von Simone Oldenburg, DIE LINKE,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ja, schon. Dann hören Sie doch auf, solche Anträge zu stellen, wenn Sie sich bei den Soldaten bedanken.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Was
hat das eine mit dem anderen zu tun?)

Das passt doch nicht zusammen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Was
hat das eine mit dem anderen zu tun?)

Nein, passen Sie auf! Das passt doch nicht zusammen, weil Sie unterstellen ...

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sie haben
das wahrscheinlich nicht verstanden.)

Moment, Moment, Moment! Sie unterstellen mit Ihrem Antrag ja nicht nur uns, sondern auch der Bundeswehr Folgendes – ich lese mal Ihre Begründung,

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sie
haben den Antrag gar nicht verstanden.)

ich lese Ihre Begründung vor –, Sie unterstellen uns allen Folgendes: ...

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Den Einfluss! Den Einfluss!)

Warten Sie mal ab!

... „Den Kindern und Jugendlichen im Land darf nicht vermittelt werden, dass Krieg ein taugliches Mittel ist, um Konflikte zu lösen.“ – Was glauben Sie denn, wo das stattfindet? Das ist doch ein unerhörter Vorwurf, den Sie da formulieren.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja.)

Und natürlich greifen Sie damit die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und uns an,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das ist doch Quatsch.)

aber nicht nur uns, Sie greifen auch noch die Kolleginnen und Kollegen an, die Lehrer. Es steht ja nirgendwo geschrieben, dass Schulen die Bundeswehr einladen müssen. Da steht drin, Schulen und Lehrer können, wenn sie wollen. Das entscheidet jeder einzelne Lehrer für sich selbst, ob er es tut oder ob er es nicht tut. Und mit welchem Recht unterstellen Sie übrigens dann auch noch diesen Lehrern, dass sie auch an dieser Militarisierung beteiligt sind? Was machen Sie da eigentlich mit diesem Rundumschlag?

(Torsten Renz, CDU: Das ist unglaublich.)

Was ich am wenigsten verstehen kann, ist Folgendes. Ich war mal kurz auf Ihrer Internetseite, das ist die Bundespartei, ich weiß nicht, ob Sie sich mit der abgestimmt haben. Ich weiß nicht, wie Ihre aktuelle Position zum Thema „Abschaffung der Bundeswehr“ ist, aber da steht Folgendes, ich darf zitieren: „Die Bundeswehr hat eine Verteidigungsarmee zu bleiben“, also keine Auflösung der Bundeswehr.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Na ja, hat auch keiner gesagt.)

Dann geht es weiter:

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist unsere Position.)

„DIE LINKE fordert deshalb:

... Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden“;

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

„... Verteidigungsetat verkleinern ...“;

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

„... Wehrpflicht abschaffen“;

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

„... Verteidigungsarmee ...“

Jetzt kommt es, jetzt mal ganz genau zuhören, bitte:

„Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassung auftreten lassen ...“

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, und das haben Sie hier nämlich nicht. Ganz genau! – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Das ist ja interessant. In Ihrem Antrag kann ich diese Position nicht sehen. Ihre Bundespartei hält es also offenbar für akzeptabel, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr in der Schule sind?! Muss ich mir jetzt die Frage stellen, ob die Linkspartei auf Bundesebene auch für die Militarisierung in der Bildung ist? Wäre das Ihre Position? Denn Ihrem Antrag ist zu entnehmen, die dürfen gar nicht in die Schule rein.

Jetzt, Frau Oldenburg, haben Sie gesagt, das ist halt der feine Unterschied

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee.)

zwischen der Position der Bundespartei DIE LINKE und dem Land.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das habe ich nicht gesagt. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das hat sie nicht gesagt.)

Das habe ich so verstanden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, wieder falsch verstanden.)

Ich lese Ihnen jetzt mal vor aus der „Handreichung zur Kooperationsvereinbarung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Wehrbereichskommando I Küste der Bundeswehr“, eine Passage, ich darf zitieren:

„Die Beachtung des Beutelsbacher Konsenses und damit die Möglichkeit der eigenständigen Urteilsbildung der Schülerinnen und Schüler ist durch die Lehrkraft sicherzustellen, indem sie zum Beispiel

- a) zur Veranstaltung mit dem Jugendoffizier einen weiteren externen schulischen Kooperationspartner zum Unterricht hinzuzieht, von dem zu vermuten ist, dass er eine dezidiert andere Auffassung zum Unterrichtsthema vertritt“,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

„oder

- b) den Unterricht mit dem Jugendoffizier vor- und nachbereitet und bei der Vor- bzw. Nachbereitung Positionen zur Unterrichtsthematik einbringt, die eine dezidiert andere Auffassung zum Unterrichtsthema zur Geltung bringen. Möglich ist auch hier die Hinzuziehung eines weiteren externen schulischen Kooperationspartners.“

Das heißt, es tut mir leid, das Land hat als Richtlinie genau das getan, was Ihre eigene Bundespartei als Position vertritt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie haben keine Kooperationsvereinbarung mit Friedensinitiativen, nur eine mit der Bundeswehr, Herr Minister.)

Ich zitiere noch mal Ihre Internetseite, Frau Oldenburg, das ist die Seite Ihrer Partei, Zitat:

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Mit Kooperationsvereinbarungen,
und die haben Sie nicht.)

„Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassungen auftreten lassen“, Zitatende. Was anderes steht da nicht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, nur dann!)

Soll ich noch mal vorlesen, was bei uns steht? Okay.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie kontrollieren das ja nicht. Sie wissen ja gar nicht, ob Friedensinitiativen an den Schulen sind.)

Sehr geehrte Frau Dr. Oldenburg!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, Frau Dr. Oldenburg.)

Entschuldigung, das war ein Versprecher.

Sehr geehrte Frau Oldenburg,

(Udo Pastörs, NPD: Ereifern
Sie sich nicht so, Herr Minister!)

es gibt kein natürliches Vorrecht für Friedensinitiativen, durch einen Lehrer ausgewählt zu werden. Das überlasse ich doch bitte dem Lehrer selbst, wen er auswählt mit der gegenteiligen Auffassung.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und jetzt gucken Sie noch mal auf die Bundesseite in Verbindung mit Friedensinitiativen. Und das wird bei uns nicht gemacht.)

Sehr geehrte Frau Oldenburg, ich gebe Ihnen gleich nach meiner Rede das iPad, dann können Sie lesen, was auf Ihrer eigenen Seite steht: das, was ich vorgelesen habe. Da steht nichts von Friedensinitiativen. Aber auch das ist doch egal! Lenken Sie doch nicht ab! Selbst das ist eine Position,

(Heiterkeit bei Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Sie lenken ab! Sie lenken ab!)

selbst das ist eine Position, die sich nicht mit Ihrem Antrag verträgt.

(Egbert Liskow, CDU: Alles kriminalisieren!)

In Ihrem Antrag steht keinerlei ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Richtig.)

Ich lese das noch mal vor. In Ihrem Antrag steht, Punkt 5: „den Einfluss der Bundeswehr auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu unterbinden“.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Und Nummer 4 ist die Kündigung dieser Vereinbarung. Da steht eben nicht das, was Ihre eigene Bundespartei beschlossen hat. Und deswegen ist das auch unglaublich, was Sie machen. Ich kann Ihnen nur raten, sich der Position Ihrer Bundespartei anzuschließen, denn die halte ich für einigermaßen vernünftig, die setzen wir aus meiner Sicht grosso modo um.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

So ist die Realität in diesem Lande.

Und jetzt zur Forschung: Werter Herr Al-Sabty, Sie haben versucht, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es hier einen großen militärisch-industriellen Komplex in Mecklenburg-Vorpommern und die Hochschulen wären auch massiv involviert in das Ganze, das müsste man alles unterbinden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Um das alles zu kontrollieren, müsste man auf die Hochschulen aufpassen. Sie haben aber selbst darauf hingewiesen, es gibt Zivilklauseln, es gibt die Hochschulautonomie. Es gibt für mich gar keine Veranlassung, die jetzt zu gängeln.

Ich stelle mir bloß eine andere Frage: Ihre eigene Partei vertritt nicht die Position, dass die Bundeswehr aufgelöst werden soll. Wenn die Bundeswehr dann überhaupt in der Lage sein soll, ihren Dienst zu erfüllen, welchen auch immer, dann braucht sie technisches Material, das auch wieder technisch angepasst werden muss, sie haben bestimmte medizinische Probleme, sie brauchen Forschung. Sie brauchen, wenn Sie eine Bundeswehr haben, für die Bundeswehr auch Forschung. Es sei denn, Sie wollen dafür sorgen, dass die Bundeswehr, dadurch, dass es keine Forschung mehr gibt, in 50 Jahren eine Gurkentruppe ist, weil sie sozusagen technisch gar nicht mehr auf dem Stand sind. Also irgendwas brauchen Sie.

Wenn man sich dann anguckt, was in Mecklenburg-Vorpommern passiert, Herr Al-Sabty, dann wäre ich sehr dankbar gewesen, wenn Sie es vorgelesen hätten. Da gibt es zum Beispiel eine Studie mit der Universität Rostock, das ist das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, da geht es um Untersuchungen zu den Folgeschäden bei Nierenverletzungen. Wollen wir das nicht mehr machen? Dann gibt es ein Projekt der Hochschule Neubrandenburg „Verfahren zur räumlichen Volumenabtastung“, Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien und so weiter.

Und das ist jetzt eine spannende Frage: Wenn die Bundeswehr natürlich irgendeine Forschung auch braucht, aber unsere öffentlichen Hochschulen es nicht tun sollen, wer macht es dann? Wollen Sie tatsächlich die Bundeswehr in die Arme der privaten Rüstungskonzerne treiben? Das ist eine spannende Frage. Insofern halte ich auch das für einen Widerspruch.

Die Dinge, die hier in der Kleinen Anfrage, die für Sie beantwortet wurde, vorliegen, das sind ja keine Forschungsanträge, die sich jetzt irgendwie auf die Vorbereitung eines Krieges beziehen, sondern es sind einfach Dienstleistungen für die Bundeswehr, um ihre Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Und wenn Sie das wirklich unterbinden wollen, aber gleichzeitig daran festhalten, dass es die Bundeswehr geben soll, dann erklären Sie diesem Parlament bitte,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das tun wir überhaupt nicht,
Herr Brodkorb.)

dann erklären Sie diesem Parlament bitte, wie Sie das realisieren wollen, wenn Sie sagen, ich will die Bundeswehr sowieso abschaffen. Dann ist es natürlich kohärent zu sagen, ihr dürft auch nichts mehr erfordern und ihr werdet einfach technisch zusammenbrechen irgendwann, weil ihr keine Ausrüstung mehr habt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, das sind sie doch schon.)

Aber da würde ich Sie um eine deutliche Positionierung bitten.

Da allerdings die Bundeswehr von CDU und SPD nicht abgeschafft werden soll, bitte ich um Verständnis dafür, dass ich dringend empfehlen muss – auch um die Vorfälle an Landesregierung, Bundeswehr, Hochschullehrer sowie Lehrerinnen und Lehrern zurückzuweisen –, diesen Antrag abzulehnen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und CDU und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Al-Sabty, Sie haben hier begonnen mit der Präambel des Grundgesetzes, wenn ich es noch richtig in Erinnerung habe, haben zu Recht gesagt, dass wir dem Frieden der Welt verpflichtet sind, lassen aber dann geflissentlich weg, dass es eben auch noch einen Artikel 87a und 87b im Grundgesetz gibt, der unter anderem einen Verteidigungsauftrag verankert. Also wenn, dann sollten Sie bitte beide Seiten darstellen.

Ansonsten will ich Ihnen sagen, Sie haben hier über Krieg und Frieden gesprochen. Das kann man machen im Rahmen einer Debatte. Das hatte wenig bis gar nichts zu tun mit dem, was im Antrag steht. Ich will Ihnen ganz klar sagen, ich bin mehr als enttäuscht, ich finde es peinlich.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das geht uns ab und zu bei Ihnen auch so, Herr Renz. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das war für mich so eine Art Rede „Der Wolf im Schafspelz“.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da der Minister eine ähnliche Argumentationslinie hier vorgetragen hat, wie ich sie vorhabe, Ihnen auch vorzutragen, es aber wenig Sinn macht aufgrund der Tatsache, dass Sie noch gar nicht zum Thema gesprochen haben, sollten Sie jetzt also in der Debatte erst mal Ihre Behauptungen, die ungeheuerlichen Behauptungen aus Ihrem Antrag aufzählen, die anschließend begründen und untersetzen und dann würde ich mich gerne im Nachgang mit Ihren Argumenten auseinandersetzen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Minister, es hat mich enttäuscht,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD – Udo Pastörs, NPD: Enttäuscht! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wo doch gerade auch die Jusos das gleiche Anliegen haben wie unser Antrag. Und ich bin enttäuscht darüber, dass Sie versuchen, uns ein Recht abzusprechen, uns mit Themen zu beschäftigen. Dann müssen Sie es ganz, ganz vielen Parlamentariern absprechen, denn Mitglieder aus meiner Fraktion waren nicht die Einzigen von uns, die in der DDR gelebt haben, und wir waren nicht die Einzigen, die Mitglieder in der SED gewesen sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und das hier zu fokussieren, das finde ich wirklich, wirklich nicht in Ordnung.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist keine gute Argumentation. Ihre Vorgängerpartei hat das Parteiensystem getragen, vergessen Sie das nicht! – Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Wenn jetzt die Landtagspräsidentin dazwischenredet, würde die andere Landtagspräsidentin sagen ...

(Sylvia Bretschneider, SPD: Nein, die Abgeordnete Sylvia Bretschneider redet dazwischen. Die hat auch das Recht, was zu sagen. – Heinz Müller, SPD: Die Landtagspräsidentin sitzt da.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde das ja schön, dass Sie hier so entscheiden, wer wo sitzt, aber Fakt ist, ich hatte darauf hingewiesen, dass wir jedem Redner die gleiche

Chance geben, das, was er hier vorzutragen hat, auch vorzutragen, und da keine Dialoge zu absolvieren. Von daher bitte ich doch jetzt um die nötige Disziplin, sodass wir diesen Tagesordnungspunkt – wir haben auch eine Besuchergruppe da – in vernünftiger Form zu Ende bringen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, dann machen wir das mal!)

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich denke, einer Verantwortung kann sich niemand entziehen und wenn wir unsere Verantwortung dort sehen, dass wir die Bundeswehr während des Unterrichts nicht an den Schulen haben wollen, dann ist das unser gutes Recht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Regine Lück, DIE LINKE: Ja, völlig richtig.)

Wir können da auch wirklich drüber diskutieren, aber wir müssen uns nicht beschimpfen lassen.

(Marc Reinhardt, CDU: Stellen Sie nicht so komische Anträge! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Bundeswehrmarine schwimmt nicht, die Helikopter und Eurofighter fliegen nicht und die Transportmaschinen transportieren nicht.

(Michael Andrejewski, NPD: Ein Pazifistentraum!)

Unter diesen Umständen einer nicht so recht einsatzfähigen Armee ist es meiner Fraktion sehr wohl bewusst,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer genau?)

dass die Bundeswehr dringend Spezialisten sucht, die entweder in der Lage sind, mit dem Chaos umzugehen, oder Spezialisten, die eben Helikopter zum Fliegen bekommen oder Panzer zum Fahren.

(Udo Pastörs, NPD: Sie konterkarieren das ja mit Ihrer Forderung.)

Aber diese Nachwuchsspezialisten dürfen nicht in den Schulen während der Unterrichtszeit gesucht werden, sie dürfen nicht innerhalb des Unterrichts,

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

sondern auf den Berufsinformationsveranstaltungen gesucht werden.

(Zurufe von Maika Friemann-Jennert, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Suche nach minderjährigen Bundeswehrspezialisten während der Unterrichtszeit einzustellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir tragen den Verstoß Deutschlands gegen die UN-Kinderrechtskonvention nicht mit. Wir verurteilen die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

und besonders an den Schulen.

(allgemeine Unruhe – Egbert Liskow, CDU:
Unerhört! Unerhört! – Zuruf von
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Glocke der Vizepräsidentin)

Selbstverständlich verstößt Deutschland gegen die UN-
Kinderrechtskonvention.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wollen wir nicht
mal zehn Minuten Pause machen? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

1.500 Minderjährige wurden im letzten Jahr

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
Maika Friemann-Jennert, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD)

in Deutschland rekrutiert.

(Torsten Renz, CDU:
„Schneeflocke“ ist das Stichwort.)

Alle Eltern achten,

(Egbert Liskow, CDU:
Das habt ihr immer gemacht!)

alle Eltern achten auf ihre Kinder, Herr Liskow.

(Egbert Liskow, CDU: Was
habt ihr denn früher gemacht?)

1.500 17-Jährige sind im letzten Jahr von der Bundes-
wehr rekrutiert worden.

(allgemeine Unruhe –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, meine sehr ge-
ehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen letztmalig zu
bedenken, dass die nächste Auszeit 20 Minuten betragen
wird. Vielleicht schaffen Sie es ja doch, sich so weit im
Zaum zu halten, dass wir jetzt hier die Debatte fortsetzen
können.

(Egbert Liskow, CDU: Ihr habt die Leute an der
Grenze umgebracht. – Stefan Köster, NPD:
Ich würde meinen Sohn lieber durch
Bundeswehrsoldaten unterrichten lassen
als von einer marxistischen Gewitterhexe. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Also jetzt reicht's! Es sind hier sehr viele Zwischenrufe
gekommen, die unparlamentarisch waren. Ihren habe ich
jetzt hier rausgepickt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Von daher mache ich Sie darauf aufmerksam, dass ich,
wenn ich noch mal von Ihnen einen Zwischenruf hören
werde, einen Ordnungsruf erteile. Es sind hier wahr-

scheinlich auch noch andere Ausdrücke gefallen, die mir
nicht wörtlich zu Gehör gekommen sind. Und ich bitte
jetzt wirklich ernsthaft darum, die Rednerin ausreden zu
lassen und die Zwischenrufe darauf zu beschränken oder
zumindest so zu artikulieren, dass hier der Rede durch
alle, die daran interessiert sind, gefolgt werden kann.

Bitte setzen Sie jetzt Ihre Rede fort, Frau Oldenburg.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke.

Wenn von Ihnen das Argument angeführt wird, dass
Jugendoffiziere doch gar nicht für die Bundeswehr im
Unterricht werben, dann frage ich Sie, ob das Auto mit
dem Logo der Bundeswehr, ob die Uniform des Ju-
gendoffiziers mit dem Logo der Bundeswehr,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

ob die Informationsmappen für die Schüler mit dem Logo
der Bundeswehr, ob die Kugelschreiber mit dem Logo
der Bundeswehr, ob die Visitenkarten des Jugendoffi-
ziers, die an alle Schülerinnen und Schüler verteilt wer-
den, selbstverständlich mit dem Logo der Bundeswehr,
ob das alles keine Werbung ist.

(Torsten Renz, CDU: Aber das auf
einer Messe zu verteilen, ist okay? –
Zurufe von Jürgen Seidel, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, außerhalb des Unter-
richts können sie das tun, selbstverständlich, außerhalb
des Unterrichts.

Warum unterstützt die Landesregierung im Rahmen der
politischen Bildung durch einen Freifahrtschein die Bun-
deswehr

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Tja!)

und warum tut man sich so schwer, die Deutsche Verei-
nigung für Politische Bildung in den Unterricht zu lassen?
Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung darf
momentan nicht in den Unterricht.

(David Petereit, NPD: Das hat bestimmt Gründe.)

Herr Minister hatte im Ausschuss vor mehreren Wochen
gesagt, das wäre eine Doppelfinanzierung. Der Lehrer
wird finanziert über das Weiterbildungsförderungsgesetz.
Würde die Vereinigung für Politische Bildung dann auch
finanziert werden, wäre das eine Doppelfinanzierung.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Der Jugendoffizier erhält auch Sold für seine Tätigkeit.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Und es ist genauso eine Doppelfinanzierung, denn die
Lehrkraft muss während des Besuches des Jugendoffi-
ziers anwesend sein.

(Marc Reinhardt, CDU: Der Lehrer kriegt auch
Geld. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Selbstverständlich ist es auch verfassungsrechtlich zulässig, dass der Jugendoffizier unterrichtet, obwohl oder gerade weil die Wehrpflicht ausgesetzt wurde.

(Udo Pastörs, NPD: Er unterrichtet nicht, er informiert.)

Aber der Jugendoffizier muss bei seinem Unterricht die notwendige Neutralität und Toleranz gegenüber den erzieherischen Vorstellungen der Eltern beachten.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das war eine Einheitsmeinung. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wer von Ihnen, wer von den Lehrkräften kennt denn bei jeder Schülerin, bei jedem Schüler die Erziehungsvorstellungen der Eltern?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Stefan Köster, NPD: Sie müssen den Multi-Kulti-Schwachsinn aus den Schulen raushalten.)

Da man dies gar nicht alles kennen kann, allein schon deshalb ist es unangebracht, den Lehrerinnen und Lehrern diese hohe Verantwortung aufzubürden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

allein genau auf diese Neutralität und Toleranz zu achten. Niemand der Jugendlichen, Herr Minister – und das ist unser Hauptkritikpunkt –, kann sich derzeit den Unterrichtsbesuchen der Bundeswehr entziehen.

(Marc Reinhardt, CDU: Die können sich auch dem Mathematikunterricht nicht entziehen.)

Denn – so besagt es die Handreichung zur Kooperationsvereinbarung – Veranstaltungen mit Jugendoffizieren an Schulen gelten als regulärer Unterricht. Und wieder bleibt es dann eben an der Lehrkraft hängen, den Beutelsbacher Konsens zu beachten, dass die Ausgewogenheit im Unterricht da ist.

(Udo Pastörs, NPD:
Ich glaube, die ist mehr als da.)

Jeder Schüler muss hin, keiner kann weg. Lediglich für Besuche bei Bundeswehreinrichtungen wird den Eltern eine Möglichkeit gegeben, ihr Kind nicht dorthin zu schicken.

(Michael Andrejewski, NPD: Und dann werden sie zwangsrekrutiert.)

Ich zitiere aus der Handreichung zur Kooperationsvereinbarung: „Besuche von Bundeswehreinrichtungen fallen generell unter die Verwaltungsvorschrift ‚Lernen am anderen Ort‘ ... Die Teilnahme ist Schülerinnen und Schülern ab vollendetem 14. Lebensjahr möglich. Vorab ist das Einverständnis der Erziehungsberechtigten einzuholen ... Sollten im Einzelfall Schülerinnen oder Schüler beziehungsweise deren Erziehungsberechtigte dem Besuch der Einrichtung nicht zustimmen, nehmen die Schülerinnen und Schüler am Unterricht von Parallelklassen teil.“ Ende des Zitats. Das gilt nur für die Besuche bei der Truppe.

(Udo Pastörs, NPD: Das sollte auch bei dem Gendermist gelten.)

Sehr geehrte Damen und Herren, niemand überprüft, ob die Eltern überhaupt diese Einverständniserklärung erhalten, niemand überprüft, ob und in welchem Umfang sichergestellt wird, dass die Lehrkraft zur Veranstaltung der Bundeswehr einen weiteren externen schulischen Kooperationspartner zum Unterricht hinzuzieht, so, wie es in der Handreichung steht. Wir haben keine Kooperationsvereinbarungen mit Friedensinitiativen, wir haben nur eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

und das zeigt, wie interessengeleitet und einseitig das ist.

(Egbert Liskow, CDU: Parlamentsarmee.)

Sehr geehrter Herr Minister, kündigen Sie die Kooperationsvereinbarung! Die macht Ihnen nur Ärger und einhalten wird sie auch nicht. Denn laut Kooperationsvereinbarung müssen die Bildungsangebote im „Mitteilungsblatt“ und in den Onlinemedien des Bildungsministeriums veröffentlicht werden. Aber die Antwort auf meine Kleine Anfrage lautet hierzu: „Die Landesregierung veröffentlicht die dem Kooperationsvertrag entsprechenden Bildungsangebote auf Anfrage. Für den genannten Zeitraum lagen keine Anfragen vor.“ Ende des Zitats. Dies wird nicht eingehalten, dann kann es auch weg.

Und weiter gehts: Laut Kooperationsvereinbarung muss jeweils zum Schuljahresende ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Bildungsministerium erfolgen. Zum Beispiel fragte ich im April 2014 nach dem Bericht für das Schuljahr 2012/2013. Die Antwort des Ministeriums: „Für den aufgeführten Zeitraum liegt kein Bericht vor.“ Wieder nicht gemacht, kann auch weg.

Nächster Punkt: Die Kooperationsvereinbarung sieht regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den Leitern der Schulbehörden oder einem beauftragten Vertreter zur Umsetzung der Kooperationsvereinbarung vor. Dazu antwortet mir die Landesregierung: „Regelmäßige Gespräche mit den jeweiligen Schulamtsleiterinnen und Schulamtsleitern haben nach Rückmeldung des zuständigen Jugendoffiziers in den aufgeführten Schuljahren nicht stattgefunden.“ Wieder nicht gemacht, kann also weg.

Dann besagt die Kooperationsvereinbarung aber auch noch, dass Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendaren eingebunden sind. Und jetzt vermuten Sie schon richtig, denn die Antwort zu dieser Frage lautet, „der Landesregierung (liegen) keine Informationen vor, ob Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrkräften eingebunden waren“. Das wird nicht erfasst, und das nicht nur, obwohl es in der Kooperationsvereinbarung steht, sondern die Fachaufsicht für Aus- und Fortbildung liegt beim Bildungsministerium.

Die Regierung kommt nicht hinterher mit dem Einhalten der Kooperationsvereinbarung. Dann kann man sie einfach auch lassen. Sie hat sich verpflichtet, die Kooperationsvereinbarung zu erfüllen, aber diese selbst gestellte Pflicht wird nicht erfüllt, und dann ist es doch besser, ehrlich zu sein, die Vereinbarung zu kündigen, die Jugendoffiziere, die Karriereberater an die Berufsinformationsmessen zu holen, die Vereinigung für Politische Bildung in den Unterricht.

(Marc Reinhardt, CDU: Ich denke, nicht.)

Es ist an der Zeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Marc Reinhardt, CDU: Ich denke, nicht.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dahlemann.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich freue mich, dass bei diesem doch außerordentlich spannenden Tagesordnungspunkt – und vor allem junge Menschen im Land betreffenden Tagesordnungspunkt – wir heute Schülerinnen und Schüler auf der Besuchertribüne haben, die sich vielleicht auch selbst ein Bild davon machen können.

Frau Oldenburg, ich will jetzt gleich mal mit Ihren Ausführungen beginnen. Ich frage mich: Was haben Sie eigentlich für ein Verständnis von jungen Menschen im Land? Was glauben Sie eigentlich, wie unmündig sind Schülerinnen und Schüler bei uns in Mecklenburg-Vorpommern?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Herr Dahlemann, hören Sie auf!)

Da sagen Sie doch gerade ernsthaft, wenn jemand daran nicht teilnehmen will, hat er nicht die Möglichkeit, weil er kritisch ist.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Herr Dahlemann,
er hat nicht die Möglichkeit, nicht teilzunehmen.)

Ja genau.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Er hat nicht die Möglichkeit.)

Genau, Frau Oldenburg, während Sie gerade die Chance ergreifen, laut dazwischenzurufen und mitzudiskutieren,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist doch genau das die Haltung von Menschen, die eine Kritik überbringen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und ich bin fest überzeugt, jeder junge Mensch,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nö, Sie lügen.)

jeder junge Mensch,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Einspruch, Euer Ehren! –
Heinz Müller, SPD: Oh, oh! –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Entschuldigung!)

der in diesem Land kritisch im Umgang mit dieser Form ist und der vielleicht auch kritische Nachfragen gegenüber einem Jugendoffizier hat, der wird sich nicht drücken, sondern der wird doch extra hingehen und mitdiskutieren. Ich verstehe es nicht, wie es bei Ihnen, bei den LINKEN ist. Bei uns, bei den Jusos und bei der SPD, würde das so laufen und ich bin fest davon überzeugt,

dass das auch bei den Schulen in unserem Land genau so passiert.

Sie haben die Kinderrechtskonvention zitiert. Lassen Sie mich an dieser Stelle auf Artikel 38 – und auch das ist Bestandteil der Kinderrechtskonvention – eingehen, „Schutz bei bewaffneten Konflikten; Einziehung zu den Streitkräften“. Absatz 3: „Die Vertragsstaaten nehmen davon Abstand, Personen, die das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu ihren Streitkräften einzuziehen. Werden Personen zu den Streitkräften eingezogen, die zwar das fünfzehnte, nicht aber das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, so bemühen sich die Vertragsstaaten, vorrangig die jeweils ältesten einzuziehen.“

Also, Frau Oldenburg,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: 1.500!)

ich sage Ihnen ganz ehrlich,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
1.500 Minderjährige in Deutschland.)

bevor Sie die Militarisierung an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern auf die Tagesordnung heben, befassen Sie sich doch mal ein bisschen kritischer damit

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
ist ja schlimmer als in der DDR.)

und tun nicht so, als wenn es das Allheilmittel wäre,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
1.500 Minderjährige in Deutschland.)

das wir wie eine Bibel vor uns hintragen. Das wäre viel passender als Ihr Antrag heute.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Vorredner sind darauf eingegangen, ich will Ihnen sagen, ich bin tatsächlich auch schockiert und will mit einer Gegenfrage starten: Was für ein Verständnis haben Sie eigentlich von den 10.600 Männern und Frauen in Uniform bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern?

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Und das, was Sie hier machen, ist nicht nur grenzwertig, sondern es ist auch doppelzüngig.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Holter, wir beide treffen uns regelmäßig beim Jahresempfang des Landeskommandos. Vertreter Ihrer Fraktion nehmen an Gelöbnissen teil

(Vincent Kokert, CDU: Da halten
sie sich aber immer die Ohren zu.)

und zum Teil gibt es sogar den einen oder anderen, der eine Gelöbnisrede hält. Also das tut mir leid, das ist ja an Schizophrenie schon fast nicht mehr zu übertreffen, nach dem, was Sie eben gerade ausgeführt haben.

Und ich will auch sagen, ich kann eine deutliche Differenzierung in den Worten – zwischen denen von Herrn Al-Sabty und dem, was Sie jetzt gesagt haben, Frau Oldenburg – treffen und ich möchte diese beiden Themen eigentlich auch ganz gern hier voneinander abtrennen.

Jetzt haben Sie zum Beispiel eine Landrätin mit linkem Parteibuch – Barbara Syrbe, Landkreis Vorpommern-Greifswald –,

(Marc Reinhardt, CDU: Die wird ja wohl nicht die Bundeswehr besucht haben.)

die in guter Manier gemeinsam mit der Bundeswehr seit vielen Jahren einen gemeinsamen Empfang macht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Es geht um die Bundeswehr im Unterricht, Mensch!)

Das hat genauso mit der Stärkung und dem Zusammen-an-der-Seite-Stehen mit der Bundeswehr zu tun wie dieser Antrag.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Da läuft ein Parteiausschlussverfahren.)

Auf Artikel 87a Grundgesetz und die Rechtsgrundlagen ist Herr Renz eben ein bisschen eingegangen, damit will ich Sie gar nicht weiter quälen. Aber – und das sollte doch der Grundsatz auch unseres Handelns in dieser Debatte sein – „Staatsbürger in Uniform“. Und dann stellen Sie sich noch dahin und kritisieren, dass die Jugendoffiziere in Uniform vor die Klassen treten. Also ich finde, das ist an blankem Populismus und Unsachlichkeit schon gar nicht mehr zu überbieten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Andreas Butzki, SPD: Jawohl!)

Ich sage Ihnen, „Staatsbürger in Uniform“ – darauf können sich die Soldatinnen und Soldaten mit uns im Land verlassen, dass wir auch bei kritischen Themen und in Diskussionsfragen gemeinsam mit ihnen an einer Seite stehen und diese auch suchen. Und ich finde, Diskussion muss auch der Pfad sein.

Die Verwendung des Begriffs „Militarisierung“ – der Minister ist darauf eingegangen – finde ich eigentlich schon einen starken Tobak. Schauen Sie sich mal allein die unterschiedlichen Definitionen von „Militarisierung“ an, und dann einfach so mit einem lockeren Husch darüber zu gehen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dabei sollte man aber nicht auf Wikipedia zurückgreifen.)

was das bedeuten kann und was es vielleicht auch an gewissem Schaden auslöst.

Die Punkte I.1. und II.1. bis II.3., das mit den Hochschulen, darauf ist der Minister eingegangen. Ich will mich darauf doch noch mal mehr konzentrieren und die Landtagsdebatte in der 45. Sitzung vom 19. Juni 2013 hat auch genau das Gleiche, was wir eben schon mal gehört haben, zum Ausdruck gebracht. Also lassen Sie uns stärker noch mal auf das Thema Schulen schauen. Ich verweise da ganz klar auf den Jahresbericht.

Frau Oldenburg, Sie haben Ihre Anfrage zitiert und überall da, wo Sie mit Halbwahrheiten, ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Anfragen! Anfragen!)

Ja, Ihre Anfragen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und die habe ich vollständig zitiert, Herr Dahlemann.)

... überall da, wo eine Antwort einen aktuellen Stand hat, wo aber der Bericht danach kam, das lassen Sie einfach so weg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, nee, nee, nee!)

Sie tun so, als würde es diese Berichte nicht geben, die Jugendoffiziere nichts machen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Der Bericht kommt ein Jahr zu spät,
Herr Dahlemann. Da liegt der Hase im Pfeffer.)

Ja, ja, ja, Frau Oldenburg,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nicht „ja“! Es wird nicht eingehalten! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie können an dieser Stelle wie immer den Finger in die Wunde legen und so tun, als wenn alles Mechanismen und Maschinen wären. Da sitzen drei Männer und Frauen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das steht in dem Bericht nicht drin,
welche Fortbildung sie gemacht haben,
Herr Dahlemann. Lesen Sie die Berichte!)

drei Männer und Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, die die Tätigkeit der Jugendoffiziere ausarbeiten.

Und, Frau Oldenburg, jetzt frage ich Sie mal: Wann haben Sie denn mit denen mal gesprochen? Haben Sie den Telefonhörer in die Hand genommen und die kontaktiert?

(Torsten Renz, CDU:
Nein, um Gottes willen!)

Haben Sie sich mal angeschaut, was die im Unterricht eigentlich machen? Nein, haben Sie nicht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil Sie es mit einer ideologischen, ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

weil Sie es ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Jetzt reicht's aber, Herr Dahlemann! –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Patrick Dahlemann, SPD: ... mit einer ideologischen Scheuklappe machen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dahlemann, bitte unterbrechen Sie!

Ich wollte eigentlich diese Rede nicht unterbrechen. Ganz offensichtlich haben meine Erläuterungen in den vorherigen Debatten nicht ausgereicht. Das, was eben stattgefunden hat, ist nicht das, was ich darunter verstehe, dass der Redner in seinem Redefluss hier nicht gestört wird und dass alle dieser Rede folgen können.

Und da ich jetzt gerade eine Pause gemacht habe, eigentlich die Rede nicht unterbrechen wollte, möchte ich auch den Zwischenruf von Frau Oldenburg als unparlamentarisch zurückweisen und sie darauf hinweisen, sollte sie das wiederholen, wird es einen Ordnungsruf geben.

Ich hoffe, dass meine Erläuterungen jetzt auch bei jedem der Abgeordneten angekommen sind, hoffe, dass die Sitzungsunterbrechung nicht mehr erforderlich ist, und bitte jetzt Herrn Dahlemann, seine Rede fortzusetzen.

Patrick Dahlemann, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Also Sie wissen anscheinend schon, was da passiert. Denn hätten Sie die vorher noch mal genau angeguckt, dann würden Sie feststellen, mit welcher kritischen Auseinandersetzung genau das stattfindet. Die Frage zu den Auslandseinsätzen, die Frage zur Abgrenzung der inneren Hilfe im Land, die Frage der Aufstellung und der Struktur der Bundeswehr, all das sind Themen, die die Schülerinnen und Schüler mit den Jugendoffizieren diskutieren. Und ich bin fest davon überzeugt, dass dort junge Leute mit dabei sind, die die eine oder andere Frage haben, die auch so einen Jugendoffizier mal ins Straucheln bringt, aber genau dafür ist diese Diskussion doch da.

Also lassen Sie mich aus dem Bericht der Jugendoffiziere einmal zitieren: 58 Schulvorträge mit 1.532 Teilnehmern im Land, 6 Planspiele Politik und internationale Sicherheit. Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie von solchen Planspielen haben, aber ich glaube, es ist auch mal ganz gut, wenn die jungen Leute gerade in diese Rolle rücken. Und wenn Sie sich mal angucken, was das Ziel dieser Planspiele ist, dann ist das Ziel der Planspiele Konfliktvermeidung, Friedenssicherung und humanitäre Hilfe.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, natürlich!)

So, und jetzt können Sie mir glauben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da spricht der Fachmann.)

glauben Sie da doch einfach mal den Vorstellungen derer ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da spricht der Fachmann.)

Ja, Herr Ritter, Sie können sich hinstellen und hier reinwerfen:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

Sie sind der echte Fachmann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Sie haben vielleicht im militärischen Bereich und in der Ausbildung ein bisschen mehr erlebt als ich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Aber glauben Sie mir, ich habe Vertrauen

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

in die jungen Männer und Frauen in unserem Land

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

und solche Planspiele dürften auch dem einen oder anderen von ihnen ja nicht ganz fremd sein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, ja, eben deswegen.)

Der Minister ist darauf eingegangen ...

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Eben deswegen, Herr Dahlemann.)

Ja, genau, deswegen auch die kritischen Erfahrungen anscheinend. Bei mir sieht das ein bisschen anders aus.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Minister ist darauf eingegangen: Beutelsbacher Konsens.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie können die ganze Zeit hier tatsächlich so eine Darstellung machen, als wenn das eine Indoktrinierung von jungen Leuten wäre.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Unterstellen Sie uns nichts!)

Aber ich sage Ihnen, der Beutelsbacher Konsens hat klare Regeln. An diese drei Regeln hält sich die Bundeswehr. Und da muss man den Ball doch mal selbstkritisch zurückwerfen. Ich weiß nicht, wie Sie es finden, dass wir über das ganze Thema Schule immer so eine Art Käseglöcke machen. Wir haben heute den Artikel in der OZ, dass sich einer der Vorturner von der Fensterbank und die AfD in der Schule rumgetrieben haben. Wir haben immer wieder das Thema, ob Stiftungen zusammen und mit Schulen Kooperationen machen dürfen. Ich sage Ihnen, glauben wir doch mal ein bisschen mehr daran, dass sich die Schüler und die Lehrer mündig selbst damit auseinandersetzen können, was ihre Interessenlage ist, und denen vielleicht besser auf den Zahn gefühlt haben, als wir manchmal glauben, ähnlich im Übrigen auch an dieser Stelle in der Auseinandersetzung mit ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Also Sie sind jetzt dafür, dass die NPD an die Schulen darf?)

Ach, ich kann Ihnen ein ganz positives Beispiel eines Lehrers nennen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
War das jetzt ein Freifahrtschein?)

der das hervorragend hingekriegt hat

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie kennen den „Schweriner Weg“.)

und scheinbar auseinandernimmt. Darüber kann man diskutieren. Das ist also Beutelsbacher Konsens einerseits.

Frau Oldenburg, glauben Sie ernsthaft, dass dieser Einwand in der Realität noch ankommt, das, was Sie jetzt gerade gemacht haben?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Was habe ich gemacht? – Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Glauben Sie, dieses einseitige Verteufeln, weil da jetzt jemand in der Schule unterwegs war, dass das sozusagen der Untergang des Abendlandes ist?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie kennen den „Schweriner Weg“. Die NPD hat an den Schulen nichts zu suchen.)

Ich kenne den „Schweriner Weg“ ganz genau.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Und ich würde mich auch darüber
ein bisschen ärgern an Ihrer Stelle, ...)

Nee, ich nicht, tut mir leid.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: ... die NPD jetzt in diesem Zusammenhang mit der Bundeswehr zu nennen.)

Da vertreten wir beide unterschiedliche Haltungen an dieser Stelle. Ich glaube sehr wohl, dass auch das Diskussionen sind,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Alleine?!)

die Schüler deutlich besser durchstehen ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die NPD alleine?!)

Mit Lehrern! Haben Sie den Artikel gelesen?

Vizepräsidentin Regine Lück: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse keine Dialoge zu. Ich möchte Sie bitten, wenn Redezeit da ist, melden Sie sich an, ansonsten nur kurze Zwischenrufe.

Bitte, Herr Dahlemann.

Patrick Dahlemann, SPD: Der Lehrer nimmt die andere Seite in dieser Konfliktpartei ein, und ich glaube an die Fähigkeit der Lehrer, das dementsprechend zu tun, wie im Übrigen auch aus Ihrer Anfrage deutlich wurde.

Und andererseits, Frau Oldenburg, auch darauf sind Sie eingegangen, nur auf Einladung. Dann führen Sie doch genau die Diskussion mit den Schulen, die das machen! Dafür wäre ich ganz offen. Diskutieren Sie doch mal mit den Schulleitern und Lehrern, die sich entscheiden, wir machen das mit den Jugendoffizieren! Ich bin dazu also durchaus ganz bereit. Die Handreichung des Ministeriums und die Kooperationsvereinbarung sind da das richtige Stichwort und der Blick da hinein lohnt sich.

(Manfred Dachner, SPD: Herr Dahlemann, nun komm mal zum Schluss!)

Ja, Herr Dachner, ganz genau.

Dass wir Ihren Antrag ablehnen, haben Sie jetzt deutlich wahrnehmen können, aber wir lehnen Ihren Antrag nicht aus einem einfachen Koalitionspongpong ab, Frau Oldenburg, sondern wir lehnen Ihren Antrag aus tiefster Überzeugung ab, weil er an dem Thema vorbeigeht

(Beifall Andreas Butzki, SPD –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und weil diese Antragsablehnung ein deutliches Bekenntnis zur Bundeswehr ist.

Ich bin sehr froh darüber, dass die Bundeswehr sich öffnet, dass es Tage der offenen Tür gibt, dass keine Mauern mehr die Kasernen trennen, sondern Zäune,

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

dass wir heute Diskussionsrunden veranstalten, dass es im Übrigen Partnerschaften gibt.

Und, Frau Schwenke, Sie lächeln jetzt gerade so schön,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie lächelt Sie an, Herr Dahlemann,
weil Sie so sympathisch sind.)

es gibt eine ganz interessante Anfrage Ihrer Fraktion im Bundestag zur Rolle der Bundeswehr, zur Partnerschaft mit Kommunen. Auch das ist ein Aspekt, den Sie sich mal genauer angucken sollten

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Herr Dahlemann, ich mache nichts anderes.)

und der vielleicht auch wieder das Verhältnis ein bisschen geraderückt. Was heute auch an dieser Stelle klar kaputt gemacht wurde, das, glaube ich, kann man erkennen.

Einen Dank für die besonderen Aufgaben hat der Minister ausgesprochen.

Ganz zum Abschluss lassen Sie mich noch ein populistisches Beispiel par excellence Ihrer gespaltenen Zunge deutlich machen. Wenn der Bundeswirtschaftsminister sich hinstellt und sagt, wir prüfen die Vergabe für Wolgast erneut und wir prüfen sie gründlich, dann sind es Ihre Leute, die als Allererstes in Wolgast aufspringen, im Interesse der Werft sich hinstellen und sagen, die schnelle Vergabe dieser Dinge.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber Sie kennen meine Meinung
auch dazu, Herr Dahlemann?!)

Jetzt lassen Sie wieder ...

Herr Ritter, wenn Sie eine andere Meinung als Ihre Fraktion haben, müssen Sie es deutlich machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Dann zitieren Sie doch mal!)

aber Bergemann springt bei dem Thema deutlich rum.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Dann zitieren Sie doch mal meine Pressemitteilung zu Wolgast!)

Herr Ritter, ich sage Ihnen an dieser Stelle, auch wenn Sie dazu eine differenzierte Meinung haben, dann kommen Sie vielleicht in unsere Reihen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meine Haltung zu Wolgast, Herr Dahlemann, haben Sie nie gelesen? Lesen Sie mal!)

wir sind da nämlich an der Stelle ein bisschen offener bei dem Thema und das würde da auch passen. Wahlkampf,

(Vincent Kokert, CDU: Stimmt, auf Peter Ritter können Sie nicht verzichten.)

Wahlkampf ja, kritische Auseinandersetzung auch, aber Wortverdrehung und vielleicht auch Wortklauberei an der Stelle sollten wir nicht tun.

Frau Oldenburg, zwei Sätze, die mich doch sehr stark geärgert haben, und damit komme ich zum Abschluss: Acht Bundesländer, ich zitiere, haben solche Vereinbarungen nicht und leben auch in Frieden. Welches Bild wollen Sie eigentlich von Mecklenburg-Vorpommern den jungen Leuten gegenüber an dieser Stelle zeichnen, weil wir solche Kooperationsvereinbarungen haben?

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Witz!)

Und zweitens, wie andere Berufsgruppen auch solle die Bundeswehr ihre Werbeaktionen auf die Berufsmessen beschränken. Also wenn Sie so etwas zur Presse sagen, haben Sie diese Kooperationsvereinbarung null verstanden,

(Egbert Liskow, CDU: Sie verstehen überhaupt nichts.)

denn darin geht es nicht um Werbung, sondern um Auftrag und um kritische Diskussion und Aufklärung.

(Egbert Liskow, CDU: Alles Verbrecher!)

Wir stehen an der Seite dieser Vereinbarung, sind sehr zufrieden, dass wir die als Land Mecklenburg-Vorpommern haben.

Und ich erneuere gerne mein Gesprächsangebot. Hikmat, vielleicht kommst du mit dazu, dass wir uns mit den Jungoffizieren mal zusammensetzen und genauer angucken, was sie eigentlich machen. Ich glaube, das wäre das richtige Bekenntnis der Fraktion und nicht das, was Sie gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt wollen wir doch mal ein paar Grüntöne in diese sehr aufgeheizte Schwarz-Weiß-Debatte bringen

(Beifall vonseiten der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Waldmüller, CDU – Vincent Kokert, CDU: Da warten wir schon die ganze Zeit drauf.)

und damit vielleicht auch so ein bisschen den Mittelweg einschlagen zwischen den anscheinend doch sehr verhärteten Fronten hier im Landtag.

Zunächst einmal zum Antrag. Der führt ja passend zum Legislativende zwei friedenspolitische Antragslinien, die im Laufe der Legislatur hier eine Rolle spielten, zusammen. Zum einen ist es die Antragslinie Zivilklausel, da gab es schon mal einen Antrag von der Fraktion DIE LINKE. Der andere Antrag beschäftigte sich mit den Veranstaltungen der Bundeswehr an den Schulen im Zusammenhang mit dem Beutelsbacher Konsens und wurde von unserer Fraktion gestellt.

(Torsten Renz, CDU: Und wurde auch abgelehnt da.)

Die bisherige Kooperationsvereinbarung des Bildungsministers mit der Bundeswehr beruft sich zwar auf den Beutelsbacher Konsens, die tatsächliche Praxis an den Schulen entspricht diesem dann jedoch nicht unbedingt.

(Torsten Renz, CDU: Da sagen Sie mal konkret!)

Im Gegenteil, wer sich die gesamte Vereinbarung,

(Torsten Renz, CDU: Konkret!)

Kommt gleich.

... wer sich die gesamte Vereinbarung durchliest, muss hier einen Widerspruch feststellen. Denn eines der wesentlichen Prinzipien im Beutelsbacher Konsens ist das Prinzip der wissenschaftlichen Betrachtungsweise. So heißt es, ich zitiere, Herr Renz, ich werde konkret:

(Vincent Kokert, CDU: Oh!)

„Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.“

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Erhält also innerhalb eines kontroversen Themas nur eine Seite die Möglichkeit, sich und ihre Position darzustellen, spricht die Soldaten der Bundeswehr oder Jugendoffiziere der Bundeswehr,

(Egbert Liskow, CDU: Das hat doch der Minister dreimal vorgelesen.)

dann ist diese Kontroverse mindestens verzerrt, wenn nicht sogar einseitig dargestellt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und das gilt auch, wenn diese eine Seite eindeutig bevorzugt wird, wo es um die Darstellung ihrer Position geht. Die Bevorzugung der Bundeswehr ist im vorliegenden Fall nicht zu übersehen, denn bestehende Kooperationsvereinbarungen räumen der Bundeswehr einen exklusiven Zugang zum Unterricht ein, jedoch nicht den Vertreterinnen und Vertretern der Gegenposition, zum Beispiel pazifistische Initiativen oder Kriegsdienstverweigererinitiativen.

(Udo Pastörs, NPD: Die haben auch keinen Grundgesetzauftrag.)

Da nützt auch der Einwand wenig, diese Gegenposition kann doch nun die Lehrerin oder der Lehrer darstellen, denn die könnte ja auch die Position der Bundeswehr darstellen, dann bräuchten wir die Bundeswehr auch nicht in der Schule.

(Udo Pastörs, NPD: Artikel 87!)

Meine Damen und Herren, Interessenvertreter und Lehrkräfte können Sie hier nicht in ein und denselben Topf werfen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Berger, lassen Sie eine Anfrage

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

des Abgeordneten Herrn Renz zu?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Renz, Sie haben nachher noch Redezeit. Ich halte jetzt erst mal meine Rede zu Ende und wenn es passt, dann dürfen Sie. Meine Redezeit ist viel knapper als Ihre, Sie wissen es.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte, dann können Sie Ihre Rede fortsetzen.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lehrerinnen und Lehrer haben bei politischen Debatten im Unterricht

(Torsten Renz, CDU: Das war auch Schnappatmung eben.)

auch noch die Aufgabe, auszugleichen und zu moderieren, kurz, pädagogisch tätig zu sein.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Bürden wir ihnen hier eine Doppelrolle auf,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

so sind es eben sehr ungleiche Voraussetzungen für die Darstellung kontroverser Positionen,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist eine Sauerei.)

denn das Problem ist, sobald unterschiedliche Seiten einer Kontroverse sichtlich ungleich behandelt werden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

besteht die Gefahr, dass die Kontroverse eben nicht umfassend behandelt wird.

Ich zitiere dazu weiter aus dem Beutelsbacher Konsens:

(Vincent Kokert, CDU: Dann sagen Sie doch mal Ihre Meinung! – Andreas Butzki, SPD: Hat der Referent aufgeschrieben.)

„... wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten“.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Diese Gefahr besteht bei der vorliegenden Vereinbarung, die das Bildungsministerium mit der Bundeswehr geschlossen hat, leider.

(Torsten Renz, CDU: Lassen Sie eine Frage zu, dann wird sich das aufklären!)

Letztlich ist auch das Überwältigungsverbot im Beutelsbacher Konsens berührt, denn bestimmte Standpunkte nicht darzustellen, ist gleichbedeutend damit, ihre Darstellung als unerwünscht einzustufen. Und genau das passiert mit der bestehenden Vereinbarung. Zahlreiche Akteurinnen und Akteure, die sich mit aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik intensiv befassen, müssen sich doch fragen, warum ihr Wissen im Gegensatz zu dem Wissen der Bundeswehr nicht gefragt ist, warum die Ergebnisse ihres Engagements weniger wert sind. Eine offene und vielfältige Gesellschaft kann und muss es sich leisten, zu dieser Vielfalt zu stehen.

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Berger, gestatten Sie eine weitere Anfrage des Abgeordneten Dahlemann von der SPD-Fraktion?

(Torsten Renz, CDU: Sie hat ja noch gar keine gestattet.)

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gilt da das Gleiche.

(Vincent Kokert, CDU: Herr Dahlemann steht Ihnen näher.)

Hören Sie mir mal bis zum Ende einfach zu – Ihre Redezeit ist, glaube ich, viermal so lang wie meine –

(Torsten Renz, CDU: Woran liegt denn das?)

und dann gucken wir weiter.

Schule soll in wissenschaftliche Herangehensweisen und wissenschaftliche Problembetrachtung einführen. Wissenschaftlichkeit bedeutet immer, ausgewogene Betrachtung unterschiedlicher Standpunkte und Positionen, ein Diskurs, dessen Ergebnis nicht von vornherein feststeht, eine Kultur des engagierten Streits und der fairen Debatte.

(Torsten Renz, CDU: Der Einstieg war gut, aber jetzt fällt es ab.)

Was Ziffer II des Antrags anbelangt, möchte ich noch mal darauf eingehen, was mein Kollege, der Abgeordnete Johannes Saalfeld, bereits im Jahr 2013 zu dem Antrag der LINKEN schon gesagt hat. Den würde ich gerne noch mal in Erinnerung rufen.

(Torsten Renz, CDU: Die Zeit können wir einsparen. Lassen Sie lieber Zusatzfragen zu!)

„Öffentliche Mittel, gleich welcher Art“,

(Torsten Renz, CDU: Das kennen wir schon.
Lassen Sie mich lieber was fragen!)

„sollten ausschließlich für zivile Forschungsprojekte an
Hochschulen verausgabt werden.“

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn!)

„Dies ist ein Gebot des Humanismus und vor allem der
Transparenz“,

(Udo Pastörs, NPD: Absoluter Blödsinn!)

„denn ich vermute, dass viele hier im Hohen Haus bei der
Verabschiedung des letzten Landeshaushalts ... davon
ausgegangen waren, dass die bewilligten Mittel“, die den
Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, eben „nicht
zur militärischen und wehrtechnischen Forschung einge-
setzt werden.“

(Egbert Liskow, CDU: Reden Sie
doch nicht so einen Müll da vorne!)

„Wäre stattdessen ein Haushaltstitel für solche fragwür-
digen und umstrittenen Forschungsvorhaben explizit im
Landeshaushalt eingestellt worden, dann hätten wir si-
cherlich eine veritable Auseinandersetzung hier im Land-
tag, in den Medien und in der gesamten Öffentlichkeit
erlebt.“

Die Gefahr, dass öffentliche Mittel des Landes direkt oder
indirekt in drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte flie-
ßen könnten, ist in der Realität sehr groß, denn Drittmit-
telforschung profitiert immer von der staatlichen Grund-
ausstattung vor Ort. Das fängt mit der Arbeitszeit von
wissenschaftlichen Angestellten an, wenn sie einen
Drittmittelantrag schreiben“ und endet mit der Nutzung
vorhandener Geräte.

„Eine weitere Gefahr sehe ich in der gewollt engen Ver-
zahnung von Lehre und Forschung an den Hochschulen.
Die Inhalte der Forschung sollen ja in die Lehre überge-
hen. Ich bin aber davon überzeugt, dass Studierende, die
sich explizit für wehrtechnische Lehre und Forschung
interessieren, genügend Möglichkeiten in Deutschland
haben, ihren Interessen nachzugehen.“

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

„Es gibt schließlich die beiden Bundeswehruniversitäten
in München und Hamburg. Dagegen sind wir dem Ver-
trauensschutz derjenigen Studierenden verpflichtet, die
an eine zivile Universität gegangen und nicht an wehr-
technischer Forschung interessiert sind.“

(Udo Pastörs, NPD: Diese
Trennung ist gar nicht möglich. –
Torsten Renz, CDU: Findet diese Trennung
denn statt in Mecklenburg-Vorpommern?
Dann bitte konkrete Beispiele!)

Da komme ich gleich noch drauf, Herr Renz.

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, an immer
mehr Hochschulen in Deutschland wird die Einführung
einer Zivilklausel diskutiert.“

(Torsten Renz, CDU:
In Baden-Württemberg auch?)

„Dies entspricht auch der akademischen Tradition“,

(Torsten Renz, CDU:
In Baden-Württemberg auch?)

„sich nach Albert Einstein und Wernher von Braun mit
Technologiefolgeabschätzungen unter ethischen Dimen-
sionen des Forschungsbetriebes“

(Torsten Renz, CDU: Was
ist mit Baden-Württemberg?)

„aktiv auseinanderzusetzen.“

(Torsten Renz, CDU: Grüne Ministerin! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dass Ihnen das fern ist, Herr Pastörs, ist mir klar. Eth-
sche Dimensionen spielen bei Ihnen nicht so die Rolle.

„Diese Diskussionen vor Ort führen erfreulicherweise
dazu, dass an immer mehr Hochschulen eine solche
Zivilklausel verabschiedet wird“, unter anderem hier im
Land an der Universität Rostock. „Infolgedessen sucht
sich die wehrtechnische Forschung neue Orte. Der Druck
auf Hochschulen ohne Zivilklauseln nimmt daher zu.“

Wie sieht es aber konkret bei uns im Land aus? Jetzt hat
die Universität Rostock interessanterweise zwar eine
Zivilklausel, was aber nicht bedeutet, dass Kooperatio-
nen mit der Bundeswehr ausgeschlossen sind, sondern
lediglich, dass der Akademische Senat zustimmen muss.
Und die Universität Rostock ist die einzige Hochschule,
die so eine Zivilklausel hat, die aber trotzdem einen Ko-
operationsvertrag mit der Bundeswehr hat, weil der Se-
nat diese Ausnahme beschlossen hat.

(Torsten Renz, CDU:
Wird dagegen verstoßen?)

Wir haben andere Hochschulen im Land, beispielsweise
die Universität Rostock,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Greifswald!)

die hat keine Zivilklausel,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Greifswald!)

aber auch keine Kooperation mit der Bundeswehr. Dann
haben wir Hochschulen im Land, beispielsweise die FH
in Neubrandenburg,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die hat keine Zivilklausel, hat aber eine Kooperation mit
der Bundeswehr. Also wir haben gesehen, dieses In-
strument Zivilklausel schließt grundsätzlich nichts aus,
führt aber zu einer größeren Sensibilität beim Abschluss
solcher Kooperationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich gera-
de relativ positiv über den vorliegenden Antrag gespro-
chen habe, bitte ich dennoch darum, dass wir nachher
nach Ziffern getrennt abstimmen. Der Kollegin Oldenburg
war es gestern zu kompliziert, ich bitte heute jedoch
darum, dass wir nachher,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

dass wir nachher getrennt abstimmen, und zwar auch die Unterpunkte, nicht nur Ziffer I und Ziffer II, sondern auch die jeweiligen Unterpunkte in den arabischen Ziffern, denn wir GRÜNE wollen an den Hochschulen keine gesetzlich vorgeschriebene Zivilklausel, wir wollen keinen diktierten Frieden.

(Udo Pastörs, NPD: Keinen diktierten Frieden!)

Uns ist die Autonomie der Hochschule wichtiger.

(Torsten Renz, CDU: Erstmalig Übereinstimmung!)

Wir möchten stattdessen – und ich habe ja aus den Beispielen, wie es hier an den Hochschulen läuft, schon den Eindruck, dass die Hochschulen für diese Fragen, was die Kooperation mit der Bundeswehr anbelangt, sehr sensibilisiert wurden –, wir möchten, dass sich die Mitglieder der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen eben selbst auf den Weg machen, dass sie selbst die Notwendigkeit einer Zivilklausel erkennen

(Torsten Renz, CDU: Freiheit von Forschung und Lehre!)

und sich selbst zur Einhaltung dieser Regeln verpflichten.

(Torsten Renz, CDU: Forschung und Lehre.)

Nicht unbedingt Freiheit von Forschung und Lehre, sondern ein gewissenhafter Umgang damit.

(Torsten Renz, CDU: Das beinhaltet das ja.)

Nur durch einen breit getragenen Konsens entfaltet die Zivilklausel ihre volle Wirkung vor Ort. Dabei sollte das Land die Zivilklausel an Hochschulen natürlich fördern und mit entsprechenden Initiativen per Beschluss den Rücken stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, falls nun die Frage aufkommt, warum wir GRÜNE einerseits den Hochschulen keine gesetzlichen Vorgaben für eine Zivilklausel machen wollen, andererseits vehement für ein klares Verbot von Veranstaltungen der Bundeswehr an allgemeinbildenden Schulen eintreten, dann kann ich diesen vermeintlichen Widerspruch schnell aufklären. Bei den Hochschulen besteht nicht wie bei den Schulen die Gefahr der Überwältigung. An den Hochschulen haben wir es ausschließlich mit erwachsenen Menschen zu tun, an den Schulen aber zum größten Teil mit Minderjährigen.

(Torsten Renz, CDU: Sie wollen mit 16 wählen lassen, trauen denen jetzt aber nicht zu, dass da ein Bundeswehroffizier reingeht.)

Deshalb wollen wir das sogenannte Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot an den Schulen sicherstellen, Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Aber wählen kann er.)

An Hochschulen sehen wir diese Gefahr nicht

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und deshalb auch nicht den expliziten Regelungsbedarf.

(Torsten Renz, CDU: Was ist denn mit einem in der 10. Klasse?)

Meine Damen und Herren, ich fasse kurz zusammen:

(Torsten Renz, CDU: Wenn der 17 ist?)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zu Ziffer II unter Punkt 2 dem Antrag nicht zustimmen. Zu dem Punkt I.2 haben wir ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten.

(Andreas Butzki, SPD: Es ist rot!)

Der größte Teil unserer Fraktion wird sich enthalten, weil wir die Formulierung in dem Antrag der LINKEN hier für sehr missverständlich – wir haben es an der Aufregung gespürt –, sehr missverständlich halten, und ein Teil wird ihn auch ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Renz, CDU:

Zwei enthalten sich von drei. –
Andreas Butzki, SPD: Machen Sie das aber zahlenmäßig!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

(Egbert Liskow, CDU:
So was von lächerlich!)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jeder souveräne Staat muss die Fähigkeit und das Recht haben, sein Territorium und die Lebensinteressen seines Volkes im Ernstfall mit eigenen militärischen Mitteln zu verteidigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Die Streitkräfte müssen in der Lage sein, der politischen Führung eigenständiges Handeln zu ermöglichen, wenn substanzielle nationale Interessen bedroht sind. Das ist nicht nur eine natürliche Erkenntnis, das haben wir auch so in unserem Parteiprogramm verbrieft.

(Heinz Müller, SPD: Dann kann ja nichts mehr schiefgehen.)

Die NPD steht also im Gegensatz zu den Vertretern der SED-Nachfolgepartei zu einer Nationalen Volksarmee.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

In unserem Programm haben wir weitere Feststellungen getroffen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die militärischen Kapazitäten Deutschlands wurden in den letzten 20 Jahren massiv reduziert und in transnationale Sicherheitsstrukturen integriert. Die Bundeswehr verfügt demzufolge heute nicht mehr über rein nationale Großverbände in nennenswertem Umfang. Erkennbares Ziel der Umstrukturierung ist es, militärische Kapazitäten künftig nur noch auf europäischer Ebene vorzuhalten, was eine rein nationale Verteidigungsfähigkeit ausschließt. Diesem Ziel etwa dient die Aussetzung, also die schrittweise Abschaffung der Wehrpflicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahren zielstrebig von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe umgebaut.

(Stefan Köster, NPD: Söldnertruppe.)

Dies wird unter anderem in der Zweiteilung der deutschen Streitkräfte deutlich, die einerseits relativ gut ausgerüstete Krisenreaktionskräfte für den Auslandseinsatz und andererseits das restliche Gros der Streitkräfte vorsieht. Im Zuge dieses Umbaus der Bundeswehr wächst die Fähigkeit, sich an meist völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und Interventionseinsätzen in aller Welt zu beteiligen,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

während ihre Fähigkeit, im Ernstfall deutsches Territorium zu verteidigen, immer weiter ausgehöhlt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Schrott, was wir hier haben.)

Die von den etablierten Parteien getragene Sicherheitspolitik der Bundesregierung verstößt nicht nur gegen den vom Grundgesetz vorgegebenen Verteidigungsauftrag der deutschen Streitkräfte, sie steht auch im eklatanten Gegensatz zu allen Grundsätzen einer nationalen und demokratischen Wehrpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel trans- und internationaler Großmachtpolitik sein. Weltweite Interventionseinsätze deutscher Soldaten und die globale Verflechtung deutscher Sicherheitsstrukturen auf Kosten der Fähigkeit zu nationalem militärischem Handeln lehnt die NPD mit Nachdruck ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Deshalb stellen wir aber gerade nicht eine Armee als solches infrage, so, wie Sie das hier tun. Auf der Internetseite Ihres Bundesverbandes der LINKEN differenzieren Sie ja sogar noch, dass es in der DDR eine Friedensarmee gegeben hätte,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

ganz anders, als das heute die Bundeswehr sei. Das ist linke Phrasendrescherei in Höchstkultur. Aber von den LINKEN ist man solche Verlogenheit ja gewohnt.

(Thomas Krüger, SPD: Von Phrasendrescherei verstehen Sie ja was!)

Man kennt es ja, wenn von Friedlichkeit und Toleranz gesprochen wird und dann doch Steine fliegen – natürlich ganz friedlich.

Wir werden Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen, denn er ist ideologisch verblendet und er wird nichts, aber auch rein gar nichts an den Verhältnissen in dieser Welt ändern. Nicht die Armee ist das Problem, sondern die Regierung, der sie unterstellt ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat Dr. Al-Sabty von der Fraktion DIE LINKE.

(Egbert Liskow, CDU: Da soll er sich mal entschuldigen! – Udo Pastörs, NPD: Linke Spinnerei!)

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Auf die Argumente der Braunen werde ich nicht eingehen,

(David Petereit, NPD: Können Sie ja gar nicht.)

die sind zu flach.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Welche Argumente denn? Das waren doch gar keine. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wenn Herr Petereit von Steinewerfern redet, dann fragen Sie sich, was für ein gewalttätiger Mensch Sie sind, Herr Petereit!

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Aber ich muss auch an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ich bin froh und stolz, dass ich einer Partei angehöre,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

einer Partei, die einzige Friedenspartei in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Dietmar Eifler, CDU, und Egbert Liskow, CDU – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Herr Minister Brodkorb, ich habe heute an Ihrer Reaktion gesehen,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Sie sind aus den Fugen gegangen, weil Sie das Thema richtig hart getroffen hat.

(Zurufe von Jürgen Seidel, CDU, und David Petereit, NPD)

Und lassen Sie mich das Wort „schäbig“ benutzen: Ihre Argumente heute waren wirklich sehr schäbig.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Schäbig? – Michael Andrejewski, NPD: Schäbig. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und da würde ich gerne Fragen stellen, die Sie nachher beantworten. An wie vielen Schulen es hier bei uns

(Stefan Köster, NPD: Friedliche Weltrevolution.)

während der Unterrichtszeit das Schießen gibt, würde ich gerne mal von Ihnen hören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen gerne einen Auszug aus „Faust“, Teil 1

(Udo Pastörs, NPD: Aus „Faust“?)

von Johann-Wolfgang von Goethe vortragen:

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Ein Bürger und sein Nachbar unterhalten sich. Der Bürger sagt: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, / Wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinander schlagen. / Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus / Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten; / Dann kehrt man abends froh nach Haus, / Und segnet Fried und Friedenszeiten.“

Der Nachbar sagt:

(Zuruf von David Petereit, NPD – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

„Herr Nachbar, ja! So lass ich's auch geschehn: / Sie mögen sich die Köpfe spalten, / Mag alles durcheinander gehn; / Doch nur zu Hause bleib's beim alten.“

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Was ist das denn?)

Ende des Zitates.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, toll! – Gelächter bei Stefan Köster, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Text stammt von Goethe im Jahr 1808,

(Stefan Köster, NPD: Hat er den in Persien geschrieben?)

aber er ist heute genauso aktuell wie damals.

(Michael Andrejewski, NPD: Der war übrigens Napoleon-Bewunderer.)

Wenn Sie heute unserem Antrag zustimmen würden, dann leisten Sie einen Beitrag für den Frieden,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt sprechen Sie doch endlich mal zu Ihrem Antrag! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn beim Alten darf es nicht bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt sprechen Sie doch endlich mal zu Ihrem Antrag, was Sie sich da aufgeschrieben haben!)

Die Universität Rostock erhielt in den Jahren 2011 bis 2015 circa 725.000 Euro an Zuwendungen für Forschungsaufträge für die Bundeswehr, und das, obwohl es an der Uni Rostock eine Zivilklausel gibt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Außerdem erhielten die Universitätsmedizin Rostock und Greifswald, die Hochschule Neubrandenburg und

das Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik in Kühlungsborn Zuwendungen für Rüstungsforschung.

(Torsten Renz, CDU: Wie viel?)

In der Antwort ...

(Torsten Renz, CDU: Ungefähr?)

Ich habe das gerade erzählt.

(Torsten Renz, CDU: Ja, wie viel?)

Insgesamt sind es ungefähr 900.000 für die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Das können Sie mal nachschauen in meiner Kleinen Anfrage.

(Andreas Butzki, SPD: Und?)

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage, Drucksache 6/5226, bewertete die Landesregierung diese Tatsache wie folgt, ich zitiere: „Die Bundeswehr ist nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland allein am Ziel der Landesverteidigung und damit der Friedenssicherung orientiert. Entsprechende Forschung unterfällt somit dieser Zielstellung. ... Daher sind ‚Konsequenzen‘ nicht angezeigt.“ Ende des Zitates.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Zivilklausel der Universität Rostock wurde sehr wohl verletzt, indem Forschungsaufträge der Bundeswehr angenommen wurden.

(Udo Pastörs, NPD: Genehmigt worden! – Rainer Albrecht, SPD: Warum leuchtet die rote Lampe da?)

Die Bundeswehr dient eben nicht nur der Landesverteidigung. Meine Fraktion hat es noch nie verstanden, dass das Land am Hindukusch verteidigt werden muss.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Dr. Al-Sabty!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist klar, dass Sie das nicht verstehen.)

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Gerade dieser Krieg ist verloren worden, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Regine Lück: Kommen Sie bitte zum Ende!

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Die Taliban erobern Afghanistan zurück und die zweitgrößte Gruppe ...

(Der Abgeordnete Dr. Hikmat Al-Sabty beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ruhe auf der Regierungsbank! Leitet der Innenminister jetzt schon die Plenarsitzung?)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Dr. Al-Sabty, bitte setzen Sie sich hin!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Jetzt hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insbesondere zum Teil der Hochschulen in diesem Antrag ist es wie erwartet so geblieben, Herr Al-Sabty, ähnlich wie bei der Einbringung. Sie haben über Krieg und Frieden gesprochen, aber über die ungeheuerlichen Vorwürfe in Richtung der Hochschulen haben Sie sich gar nicht mehr in dem Sinne getraut, etwas zu sagen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Da haben Sie wieder gar nicht zugehört.)

geschweige denn, das noch konkret zu untersetzen.

Im Bereich der Schulen ist es aus meiner Sicht ein hilfloser Versuch geblieben, die Militarisierung an Schulen und insbesondere auch an Kitas – die ja neu in diesem Antrag sind, die bisher noch gar nicht in den politischen Diskussionen waren – mit aufzunehmen und zu versuchen, hier einen Generalverdacht auszusprechen.

Normalerweise ist es ja bei Anträgen so, dass man davon ausgeht, schlimmer geht es immer. Ich glaube, nach dem, was Sie niedergeschrieben haben und was hier heute abgelaufen ist, haben Sie diesmal eine Grenze überschritten, weil Sie sich nicht nur gegen die Bundeswehr gestellt haben, sondern Sie haben auch die Bundeswehr in Ihrem Antrag ganz klar an den Pranger gestellt, und das geht gar nicht und ist aufs Schärfste zurückzuweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Deshalb möchte ich die Gelegenheit hier nutzen und sagen – auch wenn das bei Ihnen nicht so gerne zu hören ist, dieser Ausdruck –, wir haben eine Parlamentsarmee in diesem Lande und wir als CDU-Fraktion sagen jedem Einzelnen dieser Parlamentsarmee: Danke für das, was Sie hier für unser Land leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD)

Zu Ihrem Antrag im Einzelnen: Allein die Antragsbezeichnung „Keine Militarisierung in der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“ unterstellt, dass jetzt bereits eine stattfindet, und Sie sind den Beweis in der Diskussion schuldig geblieben – im Antrag steht er sowieso nicht –, Sie sind den Beweis schuldig geblieben, dass das stattfindet.

Unter Ziffer I wollen Sie wahrscheinlich darstellen – und auch hier findet eine Unterstellung statt –, dass alles ausgerichtet ist an den Hochschulen auf den Bereich der Militarisierung. Das können Sie doch wohl nicht ernsthaft glauben und hier auch noch artikulieren! Sie tun durch Ihre Formulierung so, als wenn an unseren Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern nichts anderes mehr stattfindet.

Das führen Sie dann auch noch aus, indem Sie „effektive Kontrollmechanismen“ fordern. Ganz konkret benennen Sie die Universität Rostock in Ihrem Antrag, indem Sie dann in der Begründung sagen: „In der Grundordnung der Universität Rostock ist eine Zivilklausel verankert, die aber nicht konsequent umgesetzt wird.“ Das ist eine Behauptung, eine ungeheuerliche Behauptung, wenn Sie das nicht beweisen können. Und dafür sollten Sie sich an

dieser Stelle vielleicht mal entschuldigen bei der Universität Rostock.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU:
Genau. Und schämen vor allem!)

Sie formulieren weiter eine zunehmende Militarisierung der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist auch noch mal wichtig für unsere Zuhörer, Herr Al-Sabty. Wenn Sie sich darstellen und über Kriegsregionen in der Welt sprechen, das ist alles in Ordnung, dass Sie das hier aufrufen, aber dass Sie als Grundlage solche Formulierungen nehmen, dass in Mecklenburg-Vorpommern an den Hochschulen und Universitäten eine zunehmende Militarisierung stattfindet, das sagen Sie den Leuten, den Zuhörern nicht. Das steht hier schwarz auf weiß und das ist aus unserer Sicht unmöglich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wenn wir dann zur Thematik Schulen kommen – und wie gesagt, Sie werfen jetzt, warum auch immer, noch die Kindertagesstätten hier mit in einen Topf,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

erwähnen Sie auch nicht mal, keine Belege dafür –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Natürlich!)

Sie formulieren hier,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Lesen Sie keine Zeitung?)

Sie formulieren zum Beispiel, dass unsere Schulen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen Sie
die Antwort der Bundesregierung
auf die Anfrage unserer Fraktion!)

Sie formulieren zum Beispiel ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: An drei
Kindertagesstätten in Mecklenburg-
Vorpommern war die Bundeswehr.)

Frau Oldenburg, ganz konkret zu Ihnen:

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: An drei! An drei!)

Ab und zu wird mir suggeriert, Sie haben so einen sozialdemokratischen Touch, was Ihre politische Ausrichtung betrifft.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Was Ihnen
suggeriert wird, ist mir ziemlich Wurst.)

Ich will Ihnen ganz klar sagen, das, was Sie heute hier abgezogen haben zum Thema Bundeswehr, das ist bei der linken Politik wahrscheinlich noch links außen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und wenn Sie dann,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Und was sollte das jetzt?)

und wenn Sie dann in Ihren Antrag hineinschreiben, die Lern- und Erziehungsziele in Mecklenburg-Vorpommern sind hier nach dem Schulgesetz in Gefahr, dann will ich Ihnen mal eins sagen: Es gibt 16 Lernziele. Dann tun Sie so, als wenn die morgen alle umkippen und der Besuch von drei Jungbundeswehroffizieren die Lern- und Erziehungsziele in Mecklenburg-Vorpommern infrage stellt.

Dann kommen Sie noch mit einem konkreten Beispiel, indem Sie sagen, „zum Beispiel für Gerechtigkeit und Frieden“, das ist infrage gestellt. Was Sie da populistisch machen, ist, dass Sie von 16 Zielen 15 schon mal weglassen und das eine nur halb zitieren. Das will ich der Vollständigkeit halber hier mal ergänzen. Das Erziehungs- und Bildungsziel heißt – nachzulesen in Paragraf 3 übrigens – „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Wahrscheinlich erstarrte da die Tinte bei Ihnen zu sonst was, das trauen Sie sich nicht mal aufzuschreiben. So versuchen Sie hier, populistisch in so einem Punkt Politik zu machen, und das ist die Sache eigentlich nicht wert.

Wenn Sie die Kooperationsvereinbarung konkret hier aufrufen, dann will ich Ihnen auch zum Thema Kooperationsvereinbarung, weil Sie sich ja hinstellen und sagen, die Bundeswehr, die Jungoffiziere marschieren in die Schulen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jugend...! Jugend...!)

und werben für ihre Tätigkeit in der Bundeswehr.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht Jungoffiziere, sondern Jugendoffiziere. Das habe ich Ihnen das letzte Mal schon gesagt.)

Die Jugendoffiziere – danke für den Hinweis, Herr Ritter –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Merken Sie sich das doch mal endlich!)

also die Jugendoffiziere werben an den Schulen für die Tätigkeit in der Bundeswehr.

Jetzt habe ich zufällig die Kooperationsvereinbarung, die Sie ja infrage stellen, hier vor mir. Da steht unter Ziffer II ein entscheidender Satz: „Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.“ Das ist die klare Aussage in dieser Kooperationsvereinbarung.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und dann ist definiert, was stattfinden soll,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auf Sportveranstaltungen gibt es keinen Alkohol.)

und da geht es los: Es erfolgt eine „politische Bildung im Bereich der internationalen Politik“. Bildungsvermittlung soll hier stattfinden, nichts von Werbung. Dann steht: „die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen ... sowie von Lehrkräften“. Die Möglichkeit besteht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Die Bundeswehrautos reichen aus. Das ist alles Werbung.)

Wo wird denn hier der Zwang ausgeübt? Wenn wir das umschreiben sollen, dann müssen Sie das sagen, dann sind wir bereit,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das schaffen Sie ja nicht einzuhalten.)

auf alle Fälle darüber zu diskutieren.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und so geht das weiter. Auch im nächsten Punkt steht, die „Möglichkeit“ besteht. Und falls es Ihnen entgangen sein sollte, Frau Oldenburg,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Herr Renz!)

nach der letzten Diskussion auf Antrag der GRÜNEN, dass das Ganze hier schon mal sozusagen abgeschafft werden sollte, hat das Ministerium für Bildung eine Handreichung herausgegeben. Und auch auf diese Handreichung möchte ich noch mal kurz zu sprechen kommen, insbesondere auch an Kollegin Berger, die diese Handreichung wahrscheinlich nicht kennt,

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

weil hier steht nämlich: Unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses wird die Lehrkraft sicherstellen, dass zum Beispiel zu Veranstaltungen mit dem Jugendoffizier ein weiterer externer schulischer Kooperationspartner zum Unterricht hinzugezogen wird, „von dem zu vermuten ist, dass er eine dezidiert andere Auffassung zum Unterrichtsthema vertritt“.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gut, dass wir das Thema thematisiert
haben im Landtag.)

Das ist die Handreichung für die Lehrkräfte.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und die Handreichung sagt dann auch weiterhin aus,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die GRÜNEN beantragen das und der Minister
macht danach eine Handreichung.)

dass die Jugendoffiziere aufgrund einer Einladung die Schule betreten, dass zum Zweiten das Thema mit den Lehrkräften abgestimmt wird, dass zum Dritten das Veranstaltungsformat abgestimmt wird.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Was alles nicht eingehalten wird. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da trifft das nämlich genau zu, dass man sich auch andere Partner einlädt mit unterschiedlichen Auffassungen. Da brauchen Sie also hier nicht so zu tun, als wenn die Möglichkeit nicht besteht.

Und dann geht es weiter, dass nach dem Unterricht eine Nachbereitung mit den Jugendoffizieren stattfindet. Insofern glaube ich jetzt auch noch mal klargestellt zu haben, dass es eben nicht so ist, wie DIE LINKE hier zu suggerieren versucht, dass es nur um die Werbung von Nachwuchs für die Bundeswehr geht. Das ist noch mal wichtig, an dieser Stelle hier, glaube ich, die Sache zu betonen.

Dann möchte ich wirklich noch mal darauf hinweisen, dass insbesondere die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gewahrt bleiben sollte. Und wenn Sie jetzt schon Vorschriften machen wollen und hier die Uni Rostock an den Pranger stellen und dann noch Kontrollmechanismen einführen wollen, ich glaube, das widerspricht sich, das wird auch durch uns zurückgewiesen. Ich glaube, es wurde sehr ausführlich dargestellt. Deswegen will ich mich auch reduzieren auf ein, zwei Begriffe.

Der Vergleich mit DDR-Zeiten – da sollte die Fraktion DIE LINKE noch mal in sich gehen, da war nämlich das gesamte Schulsystem möglicherweise inklusive der Kindertagesstätten tatsächlich durchsetzt von dieser Militarisierung. Das wissen Sie.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das werden Sie uns noch 100 Jahre vorwerfen.)

Meine Stichworte sind da „Manöver Schneeflocke“ und dann auch der als obligatorisch eingeführte Wehrkundeunterricht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nehmen Sie sich auch noch mal die Fibel raus, auch da werden Sie entsprechende Abschnitte finden zum Tag der NVA. Das war dann Pflichtveranstaltung,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist ja richtig, Herr Renz, aber
was hat das damit zu tun heute?)

aber nicht, was wir heute hier vorfinden. Insofern glaube ich, dass Sie aus wahlstrategischer Sicht oder möglicherweise – das wäre dann besonders traurig – aus Langeweile dieses Thema noch mal auf die Tagesordnung gehoben haben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Och, Herr Renz!)

Und was mich da insbesondere ärgert, ist, dass Sie alles in einen Topf schmeißen, die Kita einfach mit reinschreiben,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

nicht ein konkretes Beispiel nennen, um Ihre ungeheuerlichen, unsäglichen Unterstellungen gegenüber der Bundeswehr, den Hochschulen, den Lehrern, den Kitas hier zu untersetzen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir sagen ein ganz klares Bekenntnis zur Bundeswehr und werden diesen Antrag mit Überzeugung ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303. Es ist beantragt worden, über die Ziffer I Nummer 1 und Nummer 2, die

Ziffer II Nummer 1 und Nummer 2 sowie die Ziffer II Nummern 3 bis 5 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Andreas Butzki, SPD: Doch so viel!)

Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt kommt die große Mehrheit.)

Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD. Damit ist in Ziffer I die Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 abgelehnt.

Wer der Ziffer I Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD,

(Egbert Liskow, CDU: Und Herr Jaeger.)

es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf aus dem Plenum: Halt! Halt! Halt!)

Damit ist in Ziffer I die Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 abgelehnt.

Wer der Ziffer II Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD. Damit ist in Ziffer II die Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 abgelehnt.

Wer der Ziffer II Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD. Damit ist in Ziffer II die Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 abgelehnt.

Wer in Ziffer II den Nummern 3 bis 5 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD. Damit sind in Ziffer II die Nummern 3 bis 5 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5303 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pariser Klimaabkommen ernst nehmen – Energiewende retten – EEG-Novelle nachbessern!, Drucksache 6/5435. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5493 vor.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Pariser Klimaabkommen ernst nehmen –
Energiewende retten – EEG-Novelle nachbessern!
– Drucksache 6/5435 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/5493 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit diesem Antrag will sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier mit dem Thema Erneuerbare-Energien-Gesetz auseinandersetzen, ein Gesetz, was unser Bundesland, egal wie man zu diesem Gesetz steht, extrem tangieren wird. Wir haben diesen Antrag natürlich sehr frühzeitig gestellt, damit er noch auf der Tagesordnung ist, und haben deswegen die aktuellen Entwicklungen – am Mittwoch hat das Bundeskabinett zusammengesessen – nicht mehr berücksichtigen können. Für uns ist auch zentral, dass wir hier im Parlament über das unser Land so massiv betreffende Gesetz gemeinsam reden können.

Ich gehe am besten einmal durch, was wir zu den einzelnen Punkten geschrieben haben und was sich jetzt aus meiner Sicht wie geändert hat.

Unser zentraler Vorwurf der GRÜNEN – und das auch auf Bundesebene – ist, dass die Ausbauziele viel zu gering angesetzt wurden, nicht nur deswegen, weil wir jetzt eine ganze Branche, und das trifft aus meiner Sicht vor allem die Offshorebranche, massiv ausbremsen müssen – das trifft uns im Land Mecklenburg-Vorpommern industriepolitisch ganz besonders –, sondern vor allen Dingen, das kommt auch in der Überschrift vor, weil wir dann, wenn wir nur 45 Prozent für das Jahr 2025 im Regenerativanteil an Strom anstreben, definitiv die Zusagen, die unsere Bundesumweltministerin in Paris gemacht hat, nicht schaffen. Dafür sind mindestens 60 Prozent erforderlich. Dieses Ziel können wir schaffen, wenn wir es denn gemeinsam wollen.

Ich gehe jetzt mal die einzelnen regenerativen Energieträger durch.

Windkraft onshore war vorgesehen, und so war es auch im Ausbaukorridor des EEG 2014. Dort waren 2.500 MW als Korridor vorgegeben, und zwar als Nettozubau, soweit ich es verstanden habe. Da ist auch durch die Verhandlungen der Ministerpräsidenten eine Verbesserung eingetreten. Wir liegen jetzt bei einem Bruttozubau von 2.900 MW im Windkraftbereich. Das sind aus meiner Sicht 20 Prozent zu wenig, aber Sie hören schon an den 20 Prozent, das liegt bereits relativ nahe an dem, was sinnvoller Zubau in der Bundesrepublik Deutschland ist. Wir würden uns da etwas mehr wünschen, aber das ist erst mal eine Sache, die ist relativ gut.

Problematisch in diesem Bereich sind zum einen das Thema Ausschreibung als auch die danach folgenden Berechnungen. Man will nämlich alle fünf Jahre diese Anlagen überprüfen, um deren Vergütung nachträglich anzupassen. Das wird ein gigantischer bürokratischer Aufwand werden, der auf allen Seiten zu leisten ist. Ob das sinnvoll ist? Ich halte es nicht für sinnvoll, das hätte man alles mit dem EEG gut regeln können. Als entspre-

chende Vergütungsabsenkungen, wie sie jetzt schon für 2017 geplant sind, hätte man das alles gut machen können. Mit weniger Bürokratie hätten wir ein ähnliches Ergebnis erreichen können. Das ist jetzt vergessene Milch. Wir sind im Bereich der Ausschreibung.

Um hier auch gleich auf den Änderungsantrag der LINKEN einzugehen, der sich ja auch auf diese De-minimis-Regelung bezieht, dem werden wir in diesem konkreten Punkt zustimmen. Das wäre eine sinnvolle Sache, aber da sind die Messen jetzt gesungen, deswegen haben wir es auch nicht noch mal in unseren Antrag aufgenommen.

Interessant ist, dass jetzt ein sogenanntes einstufiges Vergütungsmodell eingeführt werden soll. Um das zu erklären: Es geht darum, für einen gewissen Zeitraum gibt es bisher eine höhere Vergütung, die später auf eine niedrigere fällt. Weil es am Anfang eine höhere Vergütung gibt und dann eine niedrigere, belasten wir in den Anfangsjahren die EEG-Umlage besonders stark. Von daher ist die Idee, auf ein einstufiges Modell umzusteigen, für das EEG auf jeden Fall richtig, auch wenn es etwas mehr Bürokratie verursacht. Diese richtige Idee ist aber genau im Offshorebereich nicht weiter umgesetzt worden. Gerade dort hätte sie uns aufgrund der sehr hohen Anfangsvergütung besonders stark bei der Entlastung der EEG-Umlage geholfen und damit die Sache eben auch für Privatleute und Industrie einfacher gemacht. Das halte ich für eine verpasste Chance.

Im Bereich Windkraft ist die große verpasste Chance, dass man überhaupt nicht versucht hat, bei den Anlagen zu erreichen, dass die besser netzkonform sind, als sie es zurzeit sind. Man hätte also problemlos reinschreiben können, am 100-Prozent-Standort erwarten wir mindestens 4.000 rechnerische Volllaststunden. Damit wären das Anlagen gewesen, die einen nicht zu massiven Netzausbau fordern, aber eine kontinuierliche Stromproduktion haben. Das hätte man problemlos reinschreiben können. Vielleicht gibt es da Möglichkeiten, dieses Thema über die Ausschreibungsrichtlinie noch mit einzubringen. Ein kleines bisschen ist das reingekommen, und zwar, weil man für Anlagen kleiner 3 MW bestimmte Vergütungsvorschriften nicht ganz so hart angezogen hat wie für größere Anlagen. Also von daher kann ich das so ein bisschen in der Tendenz erkennen, dass man daran gedacht hat.

Das wichtigste und größte Thema übrigens, was wir auch hier immer diskutiert haben, den Netzausbau mit dem Ausbau der Windkraftanlagen am besten zu synchronisieren – was ein relativ schwieriges und aussichtsloses Projekt ist –, ist aus meiner Sicht im jetzigen Entwurf positiv aufgegriffen worden, weil man ausdrücklich gesagt hat, wir wollen diese Sektorenkopplung, also auch ausdrücklich Power to Heat erwähnt hat. Wir wollen, dass in Zukunft Überschusswindstrom und auch anderer Strom aus regenerativen Energiequellen in Fernwärmenetzen untergebracht werden kann. Dafür sind den Ländern zum einen Pilotprojekte überlassen worden – dieses Angebot sollten wir wirklich nutzen –, und zum anderen sind 2.000 MW vorgesehen, wo solche Projekte jetzt auch über das Energiewirtschaftsgesetz angewendet werden können. Auch da sollten wir aktiv auf unsere Kommunen zugehen, damit sie diese Möglichkeiten gerade bei den Stadtwerken ausdrücklich nutzen. Das bringt das Ganze voran.

Bei Offshore, wie gesagt, ist das große Problem, dass man die Ausbauziele, die man eingedampft hatte, weil

man das Gefühl hatte, die EEG-Umlage geht uns durch die Decke, nicht noch mal nachgesteuert und gesagt hat: Was wollen wir denn am Ende im Offshorebereich?

Ich gehe auch gleich auf DIE LINKE ein, die hier geschrieben hat, wie viel Prozent im Jahr 2030. Darüber gibt es innerhalb der GRÜNEN ja eine ganz heiße Diskussion, ist man jetzt für 2030 oder für 2040 für 100 Prozent. Ich habe versucht, diese Diskussion in unserem Antrag gar nicht erst aufzumachen. Es gibt in meiner Logik eine ganz einfache Sache, dass ich mir überlege, was will ich am Ende erreichen an Ausbauzahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Da sagt man übrigens jetzt zum ersten Mal – im Gesetzentwurf steht es auch drin –, dass man 600 Terrabitstunden anstrebt. Das finde ich wichtig, dass wir mal solche ersten Pflöcke einschlagen. 600 Terrabitstunden entsprechen momentan der Bruttostromerzeugung in Deutschland. Wir haben nur einen Verbrauch von 520 Terrabitstunden, dazu kommen aber Eigenverbrauch der Kraftwerke plus Export, und deswegen kommen wir auf 600 Terrabitstunden. Da ist die Aussage, das ist die Orientierungszahl, die ich eins zu eins unterschreiben kann.

Daraus folgt, ich müsste jetzt ausrechnen, wie ich diese Strommengen erzeuge. Dann käme ich im Offshorebereich relativ schnell dahin, ich brauche 35.000 MW, um im Bereich Offshore diesen Beitrag zu leisten. Und jetzt gibt es eine ganz einfache Rechnung: Wie lange ist die Lebensdauer dieser Anlagen? Etwa 20/25 Jahre. Dann teile ich die 35.000 durch 25 und erhalte in etwa die Zubauemenge pro Jahr. Das sind 1.400 MW, die ich kontinuierlich jedes Jahr zubauen muss. Der Zubau, der jetzt hier drinsteht, beträgt 750 MW.

Das bedeutet praktisch, setze ich das fort, komme ich niemals auf die notwendige Menge, die ja gleichzeitig auch im Gesetz steht. Da könnte man – ich weiß, dass es jetzt kaum noch möglich sein wird –, aber das sind Sachen für die Zukunft, wo man sagen muss, ihr habt die 600 Terrabitstunden, das ist der richtige Weg, und jetzt legt mal nach. Wie wollt ihr die erzeugen? Dann folgt logisch daraus, was man machen kann: die Einsparmöglichkeiten im Offshorebereich, die vor allem darin bestehen, auch dort das einstufige Vergütungsmodell einzuführen. Und weil die Branche sehr sensibel reagiert, weil sie sehr lange Planungszeiträume hat, sollte man mindestens einen Anreiz vorschlagen, der zu beiderseitigem Vorteil ist, zum Vorteil für die Stromkunden und zum Vorteil für die Offshorebranche. Da wären definitiv Verhandlungslösungen möglich gewesen.

Fotovoltaik bleibt weiterhin das große Stiefkind. Wir bräuchten, um unser Ziel zu erreichen, 100.000 MW Fotovoltaikanlagen in Deutschland aufzubauen, einen jährlichen Zubau von 4.000 MW. Davon sind die 600 MW Freiflächen weit entfernt. Und das, was zusätzlich darüber hinaus möglich ist – also im privaten Haushalt –, da kommen pro Jahr, das sehen wir an den momentanen Zahlen, wahrscheinlich so 1.000 bis 1.200 MW noch obendrauf. Das ist zu wenig in diesem Bereich und es wäre ein klares Signal an Handwerk und Industrie, wenn wir uns zu einem anderen Modell bekennen würden, also mehr drauflegen.

Was wieder verpasst wurde, ist, anzureizen, dass wir nicht mehr die reine Südausrichtung haben. Das Thema wird mit jeder Fotovoltaikanlage, die obendrauf kommt, immer wichtiger. Das mit Batteriespeichern wegzupuffern, wie

manche wohlmeinenden Menschen das gerne fordern, würde die Energiewende noch viel teurer machen. Es ist einfacher, die Module aus Süden auszurichten in Ost-West-Richtung. Das ist ganz, ganz einfach und müsste nur im Gesetz gefordert und angereizt werden. Das wird leider nicht gemacht. Positiv ist tatsächlich, dass die 52.000-MW-Obergrenze im Bereich Fotovoltaik jetzt rausgefallen ist. Das war überfällig, weil das eine Zahl ist, die nicht annähernd ausreicht, um unser Energiewendeziel in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.

Das nächste Stiefkind bleibt die Biomasse. Es ist schwer für die Biomassebranche, damit überhaupt umzugehen, mit diesen relativ geringen Ausbauraten. Da hat ja Bayern noch mal mächtig gekämpft und auch, glaube ich, etwas erreicht, was uns auch im Land Mecklenburg-Vorpommern nützen wird. Aber die ganz große verpasste Chance, die wirklich elementar wichtig wäre, ist, einen klaren Schwerpunkt auf das Thema „Einspeisung in die Erdgasnetze“ zu setzen. Man hat jetzt eine Flexibilisierung eingeführt, wonach die relativ ineffizienten, und zwar im Strombereich ineffizienten Biogasanlagen nur noch halbtags produzieren sollen. Der aus meiner Sicht wesentlich bessere langfristige Weg „Direkteinspeisung ins Erdgasnetz“, der die Bauern überhaupt nicht stört, die kriegen ganz genauso ihr Geld für das, was sie anbauen auf dem Feld, der ist nicht angereizt, der tritt sogar immer weiter zurück. Das finde ich ausdrücklich schade. Da sollte man noch mal gucken, ob hier etwas machbar ist.

Die zuschaltbaren Lasten hatte ich erwähnt, das ist ein wirklich großer Fortschritt, dass das jetzt in der Politik, in der Bundespolitik klar angekommen ist. 2.000 MW werden zwar nicht ausreichen, sind aber ein erster Schritt, der uns Erfahrungen sammeln lässt und der diese Sache vorantreiben kann.

Das andere wichtige Thema ist das Thema Bürgerenergiegesellschaft. Ich habe es in meinem Antrag ein Stück weit rausgelassen. DIE LINKE hat es ja ausdrücklich noch mal im Änderungsantrag aufgegriffen. Wir werden dem Änderungsantrag der LINKEN auch so zustimmen. Warum ich es rausgelassen habe: Der Schwerpunkt für uns bei der Energiewende ist tatsächlich das Thema Klimaschutz. Wir haben auch innerhalb der GRÜNEN die heiße Diskussion, ob nicht eigentlich die Bürgerenergie – also gegen die großen Energiekonzerne und so weiter anzugehen – noch wichtiger sein könnte als das andere Ziel, der Klimaschutz. Dazu muss ich sagen, unterm Strich ist es mir zwar nicht egal, aber es ist auch okay, wenn EnBW den Offshorewindpark baut und ich es nicht nur als Bürgergesellschaft hinkriege, weil ich das Klimaschutzziel nach vorne stelle.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Offshorewindpark als Bürgerenergiepark.)

Nein, es gibt auch noch andere Projekte.

Wir brauchen aber, und das will ich deutlich sagen, auch das Thema Bürgerenergie bei Fotovoltaik, bei Windkraftprojekten, weil uns das die Akzeptanz für diese Energieform erhält.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Natürlich.)

Das sehe ich ein, aber es ist nicht der Schlüsselbegriff in meinem Antrag. Da stelle ich jedenfalls klar das Thema Klimaschutz voran.

Was interessant ist und was auf unser Land zukommen wird, ist, dass die Bundesregierung sagt – was ich übrigens auch für richtig halte –, die Offshoreprojekte werden zukünftig von Bund und Land vorbereitet. Darauf müssen wir uns genehmigungstechnisch auch sehr einstellen. Ich komme nachher noch mal darauf zurück. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Diskussion hat ein Restrisiko, dass wir in einem sehr kleinen Kreis sehr fachlich Interessierter sehr spezifische Diskussionen führen. Tenoriert ist sie ursprünglich über den Klimaschutz kommend. Ich hoffe, dass wir uns einig sind, dass unstrittig ist, dass infolge des Klimaschutzabkommens von Paris natürlich die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, noch mal stärkere Bemühungen in der Emissionsminderung nach sich ziehen – gar keine Frage. Ich hoffe aber, dass genauso unstrittig ist, dass wir uns in Mecklenburg-Vorpommern und auch in diesem Hohen Hause schon seit Jahren durchaus engagiert mit großer Übereinstimmung für den Klimaschutz einsetzen.

Ich will nur daran erinnern, zeitgleich zum Kyoto-Abkommen ist das Klimaschutzkonzept dieses Landes verabschiedet worden. Darauf aufbauend hat es den „Aktionsplan Klimaschutz“ gegeben, der auch regelmäßig weiterentwickelt worden ist. Er beinhaltet eine Vielzahl von Maßnahmen und ist natürlich in regelmäßigen Abständen aktualisiert und fortgeschrieben worden, zuletzt im Jahr 2015. Im Frühjahr sind die Klimaschutzaktionen in einem sehr umfangreichen Katalog Bestandteil der Gesamtkonzeption für eine integrierte Energie- und Klimaschutzpolitik der Landesregierung geworden und dort erneut bestätigt worden.

Für eine breite Kommunikation und Informationen zu diesen landesspezifischen Aktivitäten, aber auch zu Maßnahmen und Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene gibt es extra eine eigene Internetseite „klimaschutzaktionen-mv.de“. Ich behaupte, Klimaschutz war auch bisher bereits aktiver Bestandteil der politischen Arbeit, noch mal, der Landesregierung und ausdrücklich gerade auch dieses Hohen Hauses.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wesentlicher Faktor, wenn wir umweltschädliches CO₂ einsparen wollen, ist aber – und das ist das Thema, was Sie mit dem Antrag vorrangig angetastet haben – die Nutzung erneuerbarer Energien zur Erzeugung von Strom und Wärme, sicherlich auch der Mobilitätsbereich, aber Sie haben jetzt vor allen Dingen auf den Strombereich geguckt. Das ist im Übrigen einer der Gründe – ich glaube, da waren wir uns auch über die demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses hinweg weitgehend einig –, dass in den letzten Jahren der erhebliche Ausbau von

erneuerbaren Energien in diesem Lande natürlich gerade auch diesem Ziel dienen sollte. Wir wissen alle miteinander, rein rechnerisch können wir den Strombedarf im Land Mecklenburg-Vorpommern inzwischen komplett aus erneuerbaren Energien decken. Wir sind sogar an nicht wenigen Tagen des Jahres zu einem Stromexportland geworden. Gemeint ist bei Export insbesondere der Export in andere Bundesländer.

Wir tragen damit natürlich erheblich zur CO₂-Einsparung im Land selber bei. Der letzte CO₂-Bericht hat gezeigt, im Lande selber haben wir sogar eine ganz leicht abnehmende Tendenz. Die ist deshalb etwas unglücklich, weil, wenn man nur auf die Zahl schaut, wirkt es fast wie Stagnation. Wenn man sich aber die Zunahme des Stromverbrauches anschaut, die sich mit wachsender Industrie auch erklären lässt, dann haben wir insgesamt über die letzten Jahre hier im Land pro erzeugte oder verbrauchte Stromkilowattstunde einen durchaus positiven CO₂-Beitrag geleistet.

Ich stimme Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu guter Letzt ausdrücklich zu, dass ohne das EEG – ich glaube, das gehört zu einer ehrlichen Bilanz dazu – diese Schritte in der Gesamtrepublik, aber auch bei uns nicht möglich gewesen wären und das EEG ganz zweifelsfrei ein, wenn nicht sogar der Geburtshelfer der Energiewende – im Strommarkt wohl gemerkt – im Strommarkt ist und sich als absolutes Erfolgsmodell gezeigt hat.

Auch wenn ich für die Iranreise zuweilen schräg angeschaut werde, das Thema Energiewende hat eine Riesenrolle im Iran gespielt. Und zu meiner persönlichen Überraschung – so tief im Film war ich im dortigen Recht nicht –, es gibt dort quasi so etwas Ähnliches, sehr viel profaner, aber so etwas Ähnliches wie das EEG, weil der Iran ganz bewusst – ein bisschen aus Klimaschutzgründen, aber vor allen Dingen aus anderen Gesichtspunkten, die zum Beispiel etwas mit autarken Systemen in der Fläche zu tun haben – sehr nachhaltig auf Solarenergie, auf Windkraft und auch auf Biomasse schaut. Also das, was wir mit dem EEG hier einmal vorgelegt haben, wird jetzt in anderen Ländern abgewandelt auf die jeweiligen Bedarfe in ähnlicher Weise nachvollzogen.

Auch Russland hat im Rahmen des Russlandtages im Energiepanel sehr deutlich gezeigt, auch dort gibt es zwischenzeitlich artverwandte Regeln. Die sind natürlich immer nach den eigenen rechtlichen Spezifika ausgestaltet, aber es zeigt sich, dass das EEG sich durchaus in anderen Ländern in ähnlichen Formen als Ideengeber wiederfindet. Also das absolute Erfolgsmodell wird durchaus anderswo geteilt.

Aber genauso klar ist auch – und damit bin ich bei Ihrer Kritik am Ausschreibungsmodell –, genauso klar ist auch, die erneuerbaren Energien sind aus den Kinderschuhen heraus und dem müssen natürlich gesetzgeberische Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Genau dem dient dann auch die aktuelle Umsetzung des Ausschreibungsmodells für die verschiedenen erneuerbaren Energieerzeugungsarten im EEG.

Bei diesen Änderungen – da bin ich dicht bei Ihnen – sind nicht all unsere Landeswünsche in Erfüllung gegangen. Aber ich behaupte genauso fest – das ist eine Diskussion, die sich länger hingezogen hat –, wir konnten an vielen Stellen für unser Bundesland wichtige Punkte in den Diskussionen platzieren und finden die heute auch

wieder. Das Ergebnis ist dann das, was einen guten Kompromiss auszeichnet, es ist nämlich etwas, was niemanden ganz zufriedenstellt. Das spricht sehr dafür, dass der Kompromiss relativ gut gelungen ist. Da muss man eben auch sehen, dass die Meinungen durchaus weit auseinandergehen, sowohl zwischen den Bundesländern – Nord und Süd haben da nuanciert unterschiedliche Auffassungen – als auch zwischen Bund und Ländern und innerhalb des Bundestages.

Bei der Windkrafterzeugung an Land sind die norddeutschen Forderungen – das ist auch von den norddeutschen Ministerpräsidenten gemeinsam ganz ausdrücklich im Wismarer Appell getragen worden – nach 2.500 Megawatt netto nicht durchsetzbar gewesen. Aber die Windkraft an Land – Sie haben eben einen anderen Punkt betont –, das scheint mir der eigentliche Erfolg der Verhandlungen der letzten Wochen und Monate zu sein. Die Windkraft an Land ist eben nicht zum reinen Rechenposten geworden mit einem untersten Auffangnetz von im Extremfall unter 2.000 Megawatt brutto. Wir sind also nicht mehr der reine Puffer, der rechnerisch übrig bleibt, wenn alle anderen den Kuchen gegessen haben. Es ist nicht mehr der Brotkrumen, der vom Tisch fällt, sondern ganz ausdrücklich, für Windkraft an Land gibt es jetzt einen eigenen Zielkorridor, der eben nicht mehr rechnerisches Überbleibsel ist.

Deshalb, die festen Ausbauwerte für Windkraft an Land sind einer der großen Verhandlungserfolge der letzten Wochen und Monate, im Übrigen für die norddeutschen Länder insgesamt. Da haben sie in vorzeigbarer, in vorbildhafter Weise zusammengestanden und haben damit dann auch einen politischen Erfolg erzielt. Ab 2017 sollen zunächst jährlich 2.800 Megawatt brutto jährlicher Zubau entstehen, ab 2020 dann die von Ihnen angesprochenen 2.900 Megawatt. Noch mal, nicht als Auffangnetz, nicht als subsidiäres Auffangnetz und vorher kommt ein Rechenexempel, sondern als eigener, selbstständiger Ausbaukorridor. Windkraft an Land ist damit wieder auf Augenhöhe bei den Zielzahlen mit den anderen Ausbaumöglichkeiten für erneuerbare Energien.

Und ja, das sind Bruttowerte, das ist in der Tat der Wermutstropfen, aber gemessen an der Ursprungsforderung nach der flexiblen Rechenposition ohne jede Vorhersehbarkeit eines festen jährlichen Zubaus mit einem lediglich untersten Auffangnetz von im Extremfall unter 2.000 MW brutto ist das, was wir jetzt haben, eine spürbare Verbesserung. Ich bin Ihnen da auch für Ihre deutlichen Hinweise dankbar. Gerade mit dem festen Korridor von 2.800 beziehungsweise 2.900 Megawatt ist damit eine für die industrielle Pipeline planbare Größe erreicht, die nicht volatil als Rechenposten von Jahr zu Jahr unvorhersehbar schwankt, sondern berechenbar gleich groß über mehrere Jahre besteht. Das ist zum Teil Repowering, zum Teil Neubau, aber für die, die sich da gewerblich industriell betätigen, ist das ein fester Korridor, in dem sie sich bewegen. Die sind nicht jedes Jahr davon abhängig, was nun gerade zufällig als Restrechengröße übrig bleibt.

Im Fotovoltaikbereich, würde ich behaupten, haben wir Ähnliches angetroffen. Die 4.000 Megawatt waren, offen eingestanden – ich kenne die Diskussion, glaube ich, ganz gut –, bei keinem ernsthaft im Pott, wenn wir die Länderdiskussion anschauen. Hier werden jährlich 600 Megawatt ab Anlagengrößen von 750 KW ausgeschrieben und auch hier, da bin ich ja dicht bei Ihnen, gibt es Licht und Schatten. Aber auch hier sind einige der kritischen Punkte noch

mal berücksichtigt worden: etwas höhere Werte, die Einbeziehung und insbesondere, dass das, was kleine Verbraucher für sich tun, was durchaus über 1.000 MW pro Jahr liegen dürfte, wenn das weiterhin vernünftig vermarktet wird, obendrauf kommt. Fotovoltaik lebt, anders als bei Wind, ja nicht nur vom gewerblichen Großausbau, sondern gerade auch von vielen Kleinprojekten, sodass der Gesamtwert deutlich über diesen 600 MW liegen wird.

Bei der Biomasse werbe ich auch sehr für das, was da am Ende gelungen ist. Es ist nämlich gelungen, dass diese überhaupt mit den anderen gleichberechtigt ausgeschrieben wird. Das war ursprünglich in den Überlegungen der Bundesregierung gar nicht vorgesehen. Das ist auch der Erfolg dieser Bund-Länder-Verhandlungen. Biomasse sollte nicht ausgeschrieben werden und wäre damit aus Sicht der gesamten Branchen zunehmend und endgültig aufs Abstellgleis geraten. Wir haben das gesamte Verfahren hindurch – zumindest für Bestandsanlagen, das war uns immer als Allererstes wichtig –, die Forderung erhoben, Biomasse ebenfalls auszuschreiben, damit sie wieder gleichwertig mitschwimmen kann. Mit 150 Megawatt in den kommenden drei Jahren und 200 Megawatt ab 2020 ist da auch ein wichtiger Schritt erreicht worden.

Gerade für die Bestandsanlagen im Lande hatte ich große Sorgen, dass wir nicht nur Strom abschalten, sondern hier auch noch die erneuerbare Wärme, die zum Teil ausgekoppelt wird. Ich glaube, auch da haben wir viel mehr erreicht, als wir zunächst gehofft hatten, als die ersten Entwürfe vorlagen, auch wenn, und das will ich deutlich als Wermutstropfen benennen, gerade beim Thema Altholz leider noch keine Lösung erkennbar war. Ein Thema, das ebenfalls – nicht nur, weil wir Anlagen im Lande hatten, sondern weil Altholzentsorgung an der Stelle eine sinnvolle synergetische Entsorgung war – nach unserer Überzeugung einen eigenen Punkt verdient hätte. Für Bestandsanlagen – auch das wird man sagen müssen, das ist ja momentan im Kompromiss noch gar nicht erkennbar – wird sicherlich, für Bestandsanlagen Biomasse wohl gemerkt wird sicherlich auch noch einmal definiert werden, welche Qualitätsstandards erfüllt sein müssen, damit Bestandsanlagen künftig erfolgreich an Ausschreibungen teilnehmen können. Wenn dabei aber zum Beispiel Wärmenutzung und andere Standards eine Rolle spielen, ist das im Sinne der Akzeptanz und einer ganzheitlichen Sicht auf das Thema Energiewende nach meiner Überzeugung durchaus sinnvoll. Wir haben da in der Vergangenheit ja auch manche Sünde dabei, die uns in der Diskussion über Biomasse große Probleme bereitet. Wenn da etwas hochgezont wird und insbesondere die Wärmeauskopplung und -nutzung zur Verpflichtung würde, fände ich das nicht ernsthaft von der Hand zu weisen.

Einer Darstellung in zwei Sätzen – das ist das letzte große Thema, auch vorhin angesprochen – ist die Offshorewindkraft leider beinahe nicht zugänglich. Dafür sind die Regelungen und die Probleme hier zu detailliert und feinziseliert. Dieses Thema hat in den vergangenen Monaten durchaus alle emotionalen Höhen und Tiefen der norddeutschen Länder in der Diskussion durchlebt. Auch hier gilt, es könnte noch optimaler sein. Aber gerade bei diesem Thema haben wir stark gekämpft und waren bei der Frage, die wir gemeinsam mit den norddeutschen Nachbarn vertreten haben, durchaus nicht erfolglos.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Aber, das gehört auch dazu, sobald es beim Thema Offshore ostseespezifisch wird, wird es dann, freundlich formuliert, sehr einsam für uns. Da die norddeutschen Bundesländer in der großen Länderfamilie an sich schon nicht nur mit Freunden umgeben sind – Offshore gilt vielen mittel- und süddeutschen Bundesländern leider als der Schuldige an der Preisentwicklung der EEG-Umlage, völlig unsinnig, aber es ist leider so –, ist das Thema Offshore nur im norddeutschen Verbund gemeinsam lösbar und da ist die Ostsee alleine – im norddeutschen Verbund – dann auch noch mal wieder ein Einsamkeitsfaktor. Deshalb, das will ich deutlich sagen, wird es auch hier bis zur letzten Minute darauf ankommen, dass wir als Norddeutsche unseren vollen Einsatz zeigen. Da hoffe ich, dass auch durch die Bundestagsdebatten in einigen feineren Nuancen noch Veränderungsprozesse realisiert werden.

Aber wenn wir jetzt die festen Ausbaukorridore je Energieerzeugungsart resümieren, wenn wir sie Revue passieren lassen, wird eines deutlich: Auf die Kritik, ob formal am Gesamtausbaukorridor von 40 oder 45 Prozent festgehalten wird, kommt es nach unserer Überzeugung nicht entscheidend an, denn dieser Prozess lebte immer davon, dass Windkraft onshore die Rechengröße blieb. Das ist beseitigt. Es gibt für jede der Erzeugungsarten einen eigenen Korridor. Die 40 bis 45 Prozent sind nettes Beiwerk, sind aber jetzt nicht mehr Gegenstand für eine der Energieerzeugungsarten, dass sie repressiv wirken und auf die Rechengröße Einfluss haben.

Ich weiß, dass das wunderbare Diskussionen auslöst, würde mich aber an dem Kriegsschauplatz nur begrenzt aufhalten wollen, weil es nach meiner Überzeugung auf die Ausbaukorridore ankommt. Für uns war deshalb nicht die Überschrift „40 oder 45“ entscheidend. Wir haben auf die Werte der einzelnen erneuerbaren Energieerzeugungsformen geschaut, die waren für uns maßgeblich. Sie sind sicherlich nicht durchgängig Gründe zum Jubeln, aber eben auch nicht mehr wechselseitig voneinander abhängig. Sie beschreiben jeweils einzelne Ausbauziele und darauf kam es uns an. Von daher sind wir an der Stelle durchaus zufrieden, soweit man mit einem Kompromiss zufrieden sein kann.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt auch Punkte, die uns noch einiges Kopfzerbrechen bereiten werden. Für die Windkrafttarife an Land wird es eine Einmaldegression von fünf Prozent geben. Auch hier ist es in Verhandlungen gelungen, eine ausreichende Vorlaufzeit – wenigstens das! –, eine ausreichende Vorlaufzeit zu vereinbaren. Dieser außerordentliche, einmalige Preisabschlag von fünf Prozent greift – in Anführungszeichen – erst zum 1. Juni 2017, also mit Planungsvorlauf und nicht kurzfristig, wie es zwischendurch ernsthaft im Raume stand.

Beschäftigen werden uns zudem die Netzenspassgebiete. In Gebieten mit einer festgestellten Netzenspasssituation wird der weitere Windkraftzubau an Land auf 58 Prozent des Durchschnitts der drei Vorjahre beschränkt. Diese Regelung dürfte bei uns zumindest zunächst nicht greifen. Wir werden das aber in den nächsten, den kommenden Jahren genau zu beobachten haben, damit uns daraus kein Nachteil erwächst. Das damit verfolgte Ziel, Netzausbau und Windkraftzubau stärker zu verzahnen, ist aber nach meiner Überzeugung nicht von der Hand zu weisen. Auch Sie hatten es ja ausdrücklich als durchaus wichtiges Ziel mit benannt. Dieses Netzenspassmanagement greift

ein wichtiges Anliegen dieser EEG-Novelle auf, die Steigerung der Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energien. Diese Akzeptanz leidet ganz erheblich – ich erlebe das täglich in Diskussionen und Sie werden es nicht anders erleben –, wenn durch Netzenspässe der Zubau nur noch dazu führt, dass Abregelungen aus Sicht der Menschen überdurchschnittlich gesteigert werden.

Diese Netzenspassregelung steht aber nicht allein, um diese Abregelungsprobleme in den Griff zu kriegen. Es soll nach dem Bund-Länder-Kompromiss eine Regelung für zuschaltbare Lasten – auch von Ihnen angesprochen – zur Nutzung von anderenfalls abgeregeltem erneuerbarem Strom geben. Die Schleswig-Holsteiner hatten dankenswerterweise diese Diskussion mit einem umfangreichen Gutachten qualitativ sehr gut vorbereitet. Von uns mitgetragene Initiativen im bisherigen Bundesratsverfahren werden mit der jetzt getroffenen Vereinbarung zu dieser Frage Gesetzesrealität werden. Wir hoffen, dass diese Testballons, um die soll es zunächst gehen, für zuschaltbare Lasten ein breites Anwendungsfeld zulassen – das wäre wichtig, dass das Feld breit bleibt –, das auch uns Pilotprojekte möglich macht, weil – da bin ich dicht bei Ihnen – da müssen wir gemeinsam unbedingt Dinge mit im Boot haben.

Zu guter Letzt hat die Landesregierung, allen voran der Ministerpräsident höchstselbst, hartnäckig dafür gekämpft, dass die Bund-Länder-Vereinbarung vorsieht, dass das Bundeswirtschaftsministerium in nicht allzu weiter Ferne einen Vorschlag für die Abschaffung der sogenannten vermiedenen Netzentgelte auf Wind- und Solarstrom, also die sogenannten volatilen Stromquellen, vorlegt. Damit wird eine faktisch unglaubliche Ungerechtigkeit, die zumindest heute in keiner Weise mehr zeitgemäß ist, ernsthaft und zeitnah auf den Prüfstand kommen. Das war ein Riesenverhandlungserfolg und ist im Übrigen erst in letzter Minute gelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundeskabinett – Sie haben es angesprochen – hat am Mittwoch den Reformentwurf des EEG beschlossen. Aus diesem Grunde ist die jetzige Behandlung einen Tick zu spät, um in den Bund-Länder-Verhandlungen noch ernsthaft Wirkung zeigen zu können. Denn mit dem sehr komplexen Bund-Länder-Kompromiss sind umfangreichere Veränderungen zum jetzigen Zeitpunkt hinsichtlich ihrer Erfolgchance mehr als unwahrscheinlich geworden. Auch wenn ich weiß, dass wir das jetzt hier und heute zum Teil unterschiedlich bewerten werden, vom Abwürgen der Energiewende, wovon im Eingangstext bei Ihnen die Rede ist, sind wir nach meiner Überzeugung zum Glück noch ein ganzes Stück entfernt, auch wenn wir uns an verschiedenen Stellen in den Verhandlungen noch mehr hätten vorstellen können, keine Frage. Aber das ist das Schicksal von Kompromissen, denn uns gegenüber saßen nicht wenige, die sich auch erheblich weniger hätten vorstellen können.

Kompromisse führen in der Regel zu Lösungen zwischen den verschiedenen Positionen. Keiner setzt sich ganz durch, keiner ist ganz zufrieden, und, ich wiederhole mich hier gern, das entspricht ja auch dem Wesen eines guten Kompromisses: Keiner ist ganz zufrieden. In diesem Sinne verstehe ich die hier noch folgende Debatte auch als Beleg dafür, dass Zufriedenheit in Gänze nie erreicht werden kann, aber dass wir umgekehrt jetzt pragmatisch mit Kompromissen werden umgehen müssen. Ich glaube immer noch, dass das, was ursprünglich auf dem Tisch

lag, uns deutlich mehr Schaden zugefügt hätte als das, was in den Verhandlungen letztlich gelungen ist. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die rege Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Dr. André Brie, DIE LINKE, und
Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Minister ist in seinem Schlusswort auf den Titel des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen: „Energiewende retten – EEG-Novelle nachbessern!“.

Herr Jaeger, aus Ihrer Einlassung und Einbringung heraus ist der Antrag schon konterkariert, weil mit dem Ergebnis, was uns jetzt mit dem Beschluss der Bundesregierung vom Mittwoch dieser Woche vorliegt, nachdem sich am Montag die Bundesregierung mit den Bundesländern auf diesen Entwurf des EEG 2016 verständigt und geeinigt hatte, kann ich an der Stelle für meine Fraktion sagen, dass dies eine gute Nachricht ist für den Erfolg, für den weiteren Erfolg der Energiewende in Deutschland.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich darf an dieser Stelle aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf zitieren, um auch noch mal die Ziele zu benennen. Zitat: „Als zentraler Baustein der Energiewende soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von derzeit rund 33 Prozent auf 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 und auf 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035 steigen. 2050 soll der Anteil bei mindestens 80 Prozent liegen. Die erneuerbaren Energien übernehmen daher langfristig die zentrale Rolle in der Stromerzeugung. ... Durch dieses Gesetz wird das EEG auf Ausschreibungen umgestellt: Künftig wird der in EEG-Anlagen erzeugte Strom grundsätzlich nur noch bezahlt, wenn die Anlagen erfolgreich an einer Ausschreibung teilgenommen haben. Zu diesem Zweck wird die Bundesnetzagentur ... die Zahlungen für Strom aus neuen Anlagen regelmäßig ausschreiben. Dabei werden die Ausschreibungsvolumen so bemessen, dass der Ausbaukorridor (40 bis 45 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2025) eingehalten wird.“ Zitatende. Meine Fraktion und ich finden das einen richtigen Schritt.

Alle, alle Experten, mit denen wir im Gespräch waren, haben uns bestätigt, dass so ein gravierender Prozess der Umstellung der Energieerzeugung in einem Land nur erfolgreich sein kann, wenn er in geordneten Strukturen vonstattengeht. Das verlangt, so, wie wir das immer in dem energiepolitischen Dreieck dargestellt haben, die Umweltverträglichkeit, die Netzsicherheit, die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit. Auf die Wirtschaftlichkeit will ich auch noch eingehen.

Herr Jaeger, es ist verständlich, wenn Sie so ein Stück weit der Branche sehr nahestehen, mit ihr verhandelt sind, dass Sie die Mengen des Zubaus insgesamt im Auge haben, wir aber viel zu selten über die Preisentwicklung gesprochen haben.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Haben Sie gehört, dass ich die ganze Zeit über Preise geredet habe im Offshore-bereich, dass sie die Preise runterkriegen?!)

Der Minister ist darauf eingegangen und hat gesagt, dass eine Preisanpassung erfolgen soll. Das ist außerordentlich wichtig, denn, und das möchte ich hier noch mal ganz deutlich hervorheben, im Jahr 2003 betrug die EEG-Umlage für einen Haushaltsstromkunden in Deutschland 0,41 Cent je Kilowattstunde, im Jahr 2011 betrug sie bereits 3,53 Cent und derzeit beträgt sie 6,35 Cent je Kilowattstunde. Einen vierköpfigen Haushalt belastet sie mit 220 Euro pro Jahr. Hinzu kommen die Umlagen nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz und

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was kostet eigentlich die Endlagerung von Atommüll?)

nach dem Energiewirtschaftsgesetz, die Stromsteuer, die Konzessionsabgabe, das Netzentgelt, die Mehrwertsteuer und die Kosten für die Beschaffung und den Betrieb. Für das Jahr 2015 summieren sich die Kosten auf 28,71 Cent je Kilowattstunde, während die reinen Beschaffungskosten 7,05 Cent betragen.

Allein die sogenannten Redispatchkosten, also die Kosten, die für den Strom aus EEG-Anlagen anfallen, der nicht abgeleitet werden kann, betrugen im letzten Jahr 1 Milliarde Euro. Dass sie nicht abgeleitet werden konnten, das ist genau diese Verzahnung zwischen Zubau und Netzausbau. Wenn das nicht im Einklang steht, laufen die Kosten weiter auseinander. Aus diesem Grunde hat auch die Bundesnetzagentur darauf hingewiesen und davor gewarnt, dass diese Kosten sich auf 4 Milliarden Euro im Jahr erhöhen können, wenn der notwendige Netzausbau zur Ableitung des Stromes nicht zügig voranschreitet.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, warum denn eigentlich nicht? Warum denn eigentlich nicht? –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Bau der neuen Stromtrassen verzögert sich allerdings auch aufgrund dessen, dass auf bestimmten Trassen Erdkabel verlegt werden sollen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wir bauen doch schneller. – Egbert Liskow, CDU:
Da sind doch die GRÜNEN dagegen.)

Die Netzausbaukosten werden sich allein dadurch für diesen Bereich verdreifachen. Damit werden die Kosten für den Netzausbau in den nächsten Jahren insgesamt dramatisch ansteigen. Hinzu kommt, dass neue Planungsverfahren und Genehmigungen den Ausbau verzögern, sodass mit der Fertigstellung der Stromtrassen erst drei bis vier Jahre später als geplant zu rechnen ist. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, in den Jahren bis zum Jahr 2025 auf akzeptablen Ausbaustufen zu bleiben und nicht unkontrolliert zuzubauen,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das will doch niemand.)

um genau diese Redispatchkosten zu verhindern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Unkontrolliert, Herr Eifler, das ist doch so ein Unsinn!)

Ich weiß auch, Frau Schwenke, es wird der Vorwurf kommen, die CDU-Fraktion ist gegen die erneuerbaren Energien. Das ist gerade nicht der Fall!

(Rudolf Borchert, SPD:
Das würde ich nicht sagen.)

In all den Jahren, in denen wir hier dieses Thema besprochen haben, haben wir immer das energiepolitische Dreieck dekliniert. Das war für uns eigentlich der Rahmen dessen, wie die Energiewende stattzufinden hat. Daran hat sich nichts geändert und ich finde, das ist auch im Abbild der EEG-Novelle zu erkennen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dies vorangestellt möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig es ist, preisdämmend zu wirken. Gerade deshalb hat sich meine Fraktion immer wieder für das energiepolitische – ich wiederhole mich – Dreieck von Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit im Bereich der Energieversorgung ausgesprochen. Derzeit wagt niemand, die Entwicklung der erneuerbaren Energieumlage oder des Netzentgeltes zu prognostizieren.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das machen doch gerade alle.)

Deshalb ist es notwendig, das Erneuerbare-Energien-Gesetz regelmäßig zu überprüfen und den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau und der Entwicklung von Speichertechnologien zu synchronisieren. Auch dieser Aspekt ist in der Novelle des EEG aufgegriffen worden, dass man also Energie, zusätzliche Energie in Power to Heat einspeichern kann. Es nützt weder dem Klimaschutz noch dem Bürger, noch der Akzeptanz der Energiewende, wenn Strom aus erneuerbaren Energieanlagen erzeugt wird, der dann letztendlich nicht abgeleitet werden kann. Allein die Inbetriebnahme der Offshoreanlage BorWin3 in der Nordsee in diesem Jahr wird die Energiekunden aufgrund des fehlenden Netzanschlusses mit 700 Millionen Euro jährlich belasten.

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Fraktion begrüßt ausdrücklich die Anfang der Woche beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung der EEG-Reform 2016. Ziel muss es also sein, die Kosten für die Endverbraucher, aber auch für den Mittelstand und die energieintensive Industrie so gering wie möglich zu halten. Insgesamt bleibt zum vorliegenden Antrag festzustellen, dass aufgrund der jüngsten Entwicklung erst einmal abgewartet werden muss, inwieweit sich die Partnerländer wie zum Beispiel die USA oder China an die Beschlüsse des Weltklimagipfels von Paris halten. Unabhängig davon ist es nicht infrage zu stellen, dass die Ziele, die die Bundesrepublik Deutschland in der Erklärung benannt hat, die sie in Bezug auf den Klimaschutz abgegeben hat, auch einzuhalten sind. Das will ich hier nicht infrage stellen.

Gleichzeitig muss zur Kenntnis genommen werden, dass gerade die Europäische Union die Klimaschutzziele mittels der Wiedereinführung von Kernkraftanlagen umsetzen will. Wir haben alle davon gehört. Hier gibt es meines Erachtens erheblich mehr Diskussionsbedarf als zwischen Bund und Ländern. Wie ich bereits ausführte, hat es Anfang der Woche eine Einigung zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern zur EEG-Reform 2016 gegeben. Damit ist auch die Ziffer II Ihres Antrages hinfällig.

Insgesamt vertritt meine Fraktion die Auffassung, dass die Akzeptanz der Energiewende durch überbordende Kosten sowohl im Bereich der EEG-Umlage, aber noch mehr im Bereich des Netzentgeltes nicht infrage gestellt werden sollte. Deshalb begrüßen wir alle Anstrengungen der Bundesregierung, die Kosten im Rahmen zu halten, um so das Gelingen der Energiewende und die Umsetzung der Beschlüsse des Weltklimagipfels von Paris zu gewährleisten.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Eifler.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Minister, ich habe vollstes Verständnis dafür, dass Sie hinter dem Kompromiss stehen, der zwischen Bund und Ländern ausgearbeitet wurde. Das stelle ich überhaupt nicht infrage. Ich an Ihrer Stelle würde das auch tun. Nun bin ich aber nicht an Ihrer Stelle und kann, Kollege Jaeger, ehrlich gesagt, diesem Kompromiss nicht ganz so viel Positives abgewinnen, wie ich zumindest den Eindruck hatte, dass Sie das heute vom Pult aus vermittelt haben. Ich meine schon – das ist auch ein Widerspruch zu dem, was der Minister gesagt hat –, das Gesamtausbauziel für 2020 auf 40 bis 45 Prozent der Stromerzeugung zu begrenzen, ist eine ziemliche Attacke auf die Energiewende und gefährdet die Energiewende.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich auch deutlich kritisiert.)

Ja, ist klar, aber der Minister hat gesagt, das war nicht sein Hauptkampffeld. Das verstehe ich zwar, aber so, wie uns der Kollege Eifler das gerade aus der Begründung vorgelesen hat, steht das ausdrücklich noch mal drin, dass also an diesem Ausbauziel nicht gerüttelt werden soll. Da kann man ja einfach nur mal gucken, wie sozusagen der Ausbau in den letzten Jahren erfolgt ist. 2015 lag der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung bereits bei 32,6 Prozent, 2014 bei 25,8. Das ist eine Steigerung von knapp 7 Prozent in einem Jahr. In einem einzigen Jahr war der Zubau so groß, wie es die Große Koalition für ein ganzes Jahrzehnt vorsieht. Und das soll ich positiv finden? Also ich kann das nicht.

Ein realistisches und wünschenswertes Ausbauziel ist ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 55 bis 60 Prozent bis 2025 und 70 Prozent bis 2030. Das, meinen wir zumindest, würde uns Schritt für Schritt voranbringen. Die vorgesehenen Schritte, wie sie jetzt angestrebt werden, reichen dafür nicht aus. Eine konkrete Forderung fehlt bisher im Antrag, deshalb unser Änderungsantrag, der solche Ziele mit aufnimmt.

Meine Damen und Herren, einigen von Ihnen wird es vielleicht auch so gehen wie mir: Mir graut eigentlich mittler-

weile jedes Mal davor, wenn eine neue Novelle des EEG ins Haus steht. Jedes Mal wird es im Grunde schlimmer. Jedes Mal wird sich Schritt für Schritt von den Grundsätzen, die das EEG so erfolgreich gemacht haben, verabschiedet. Jedes Mal wird auch systematisch etwas zerstört. Erst war es die Bioenergie – und das, was jetzt vereinbart ist, ist ja vielleicht nicht ganz schlecht, aber es ist eigentlich nur ein Pflaster –, dann die Solarenergie und nun möglicherweise auch noch die Windenergie.

Die Festschreibung dieses Ausbaukorridors von 2.800 beziehungsweise 2.900 Megawatt mag zwar an sich schon ein Erfolg sein – da stimme ich Ihnen zu, Herr Minister –, aber heißt das nicht im Wesentlichen, ab 2020 wird es faktisch nur noch Repowering, kaum noch realen Zubau geben? Sie können sich möglicherweise vorstellen, was das für die Branche bedeutet. Planbar ist das ja, aber ist es ausreichend, um es wirklich als das wirtschaftliche Standbein auch für Mecklenburg-Vorpommern in der Zukunft noch zu bewerten und haben zu wollen?

Der Systemwechsel bei der Förderung war ja nichts Überraschendes. Bereits mit dem EEG 2014 wurden die Ausschreibungen ab 2017 festgelegt. Wir haben das immer kritisiert. Wir halten das für den falschen Schritt und sind nach wie vor der Meinung, dass auch im Rahmen des EEG eine solche Kostenreduzierung möglich ist. Das zeigt sich ja im Prinzip auch schon. Doch klang der Gang zu diesem schwerwiegenden Schritt damals, 2014, noch so, als sollte er gut durchdacht vollzogen werden. Aber was ist stattdessen passiert? Es kommt zu nicht einmal einer Handvoll Pilotausschreibungen für die Fotovoltaikfreiflächen. Eine vernünftige Auswertung ist offenbar nicht gewünscht, denn es wird dermaßen aufs Tempo gedrückt, dass gar keine Zeit für eine vernünftige Debatte ist, und diejenigen, die sich zu Wort melden, werden nicht gehört.

Letztlich kann man bei den wenigen Pilotausschreibungen nur zu einem Ergebnis kommen: Es ist mitnichten der Nachweis erbracht worden, dass das System längerfristige Kostensenkungen gegenüber dem bisherigen System liefert. Es ist mitnichten der Nachweis erbracht worden, dass Bürgerenergien innerhalb der Ausschreibungssysteme in akzeptabler Weise zum Zug kommen, und es ist mitnichten der Nachweis erbracht worden, dass das Fotovoltaikausschreibungsdesign so mir nichts, dir nichts auf die Windkraft übertragbar ist.

Ich will Ihnen auch erklären, wie ich zu dieser Einschätzung komme. Es stimmt, dass bei der letzten Ausschreibungsrunde für Fotovoltaikfreiflächenpilotausschreibungen die Kosten auf einen mengengewichteten Zuschlagswert von 7,41 Cent je Kilowattstunde gesenkt werden konnten. Damit liegt der Wert knapp 1 Cent unter der EEG-Einspeisevergütung. Aber, meine Damen und Herren, wann bitte werden diese Anlagen denn gebaut? In 18 bis 24 Monaten. Wenn wir uns die Senkung der Anlagenpreise der letzten Jahrzehnte anschauen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Bieter lediglich die voraussichtliche Kostenentwicklung eingepreist haben. In den zwei Jahren wären auch die Einspeisevergütungen weiter zurückgegangen.

Die internationalen Erfahrungen besagen, dass die reelle Gefahr besteht, dass die Preise in Zukunft wieder steigen werden. Wer will denn nach vier Ausschreibungsrunden taktisches Bieterverhalten, vor allem von Großunternehmen, die die eigentlichen Profiteure des Systemwechsels

sind, ausschließen? Meine Fraktion hat nach wie vor erhebliche Zweifel, dass der Wechsel zu den Ausschreibungen überhaupt einen Preisvorteil bringt, denn eines hat die Vergangenheit gezeigt: Wer die großen Konzerne unterstützt, ihnen zu einer Monopolstellung verhilft und die kleinen klein hält, der kriegt eine Rechnung präsentiert, die sich gewaschen hat. Und wenn wir über die kleineren auf dem Markt sprechen, versucht die Bundesregierung, diese nicht nur klein zu halten, sondern ganz und gar auszubremsen – entgegen wohlmeinenden Worten.

Meine Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr einen Antrag zu diesem Thema im Landtag vorgelegt, aber uns wäre es wichtig, die Akteursvielfalt auch in diesen umfangreichen Antrag von Ihnen, Kollege Jaeger, mit aufzunehmen. Wie steht es denn um die Akteursvielfalt in den vier Ausschreibungsrunden für Fotovoltaik? Einzig und allein in der dritten Runde haben zwei Energiegenossenschaften einen Zuschlag erhalten. In den anderen drei Ausschreibungen war nichts mit dem von der Bundesregierung angepriesenen Erhalt der Akteursvielfalt.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Natürlich wurden diese zwei Zuschläge zum Anlass genommen, um zu jubeln und zu sagen, seht her, hier habt ihr eure Akteursvielfalt. Zwei Energiegenossenschaften! Doch wie sind diese beiden da eigentlich reingerutscht? Beide Genossenschaftsprojekte sind bereits noch unter EEG-Vergütungsbedingungen begonnen worden, konnten aber nicht rechtzeitig umgesetzt werden. Damit die Projektierungskosten nicht völlig verlustig gehen, wurde extrem niedrig geboten. Das wird aber in Zukunft nicht der Regelfall sein. Das war mehr oder weniger fast Zufall. Deshalb muss an dieser Stelle noch etwas passieren.

Da sich der Systemwechsel zu den Ausschreibungen leider nicht verhindern lassen wird, ist Folgendes denkbar:

Erstens. Es könnten die Spielräume genutzt werden, die die Kommission einräumt, also die De-minimis-Regelung. Aber auch das ist eher unwahrscheinlich.

Zweitens wäre auch die Einführung des Preisübertragungsverfahrens denkbar. Dabei werden kleinere Akteure von der Pflicht zur Teilnahme an den Ausschreibungen befreit, ihnen wird ein planbarer Preis gesichert zugewiesen. Diese Forderung wurde bereits im Bundesrat beraten. Nach den Vorstellungen von Genossenschafts- und Umweltverbänden sollte ein festes Kontingent von 600 Megawatt für die kleineren Akteure bestehen. Dieser Forderung schließt sich meine Fraktion an. Deshalb finden Sie auch diese Forderung in unserem Änderungsantrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion stimmt den getroffenen Feststellungen und Forderungen im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den schon Tatsache gewordenen Änderungen zu. Ich hoffe, oder Sie haben es ja schon gesagt, Kollege Jaeger, unserem Änderungsantrag wollen Sie auch zustimmen. Im Punkt II.6 fordern Sie ein Gesamtkonzept, Kollege Jaeger. Ein Konzept ist das schon, was die Bundesregierung uns da als Kompromiss mit den Ländern vorlegt, nur haben wir erhebliche Zweifel, ob die in der Begründung des Gesetzentwurfes postulierten Ziele auf diesem Weg überhaupt erreichbar sind.

Zur Kostensenkung habe ich schon einiges gesagt, das will ich nicht wiederholen. Die Synchronisation mit dem

Netzausbau soll erreicht werden. Klar ist, dass der Netzausbau etwas mehr Zeit braucht, als es dauert, einen Windpark zu errichten. Aber ich kann überhaupt nicht erkennen, dass die Bundesregierung hier den gleichen massiven Druck aufbaut, damit es an dieser Front tatsächlich vorwärtsgeht. Im Gegenteil, ich vermute eher, dass sie darauf baut, dass das Netz ausreicht, um den Kohlestrom aufzunehmen, zumal die Windenergie im Norden noch zusätzlich mengenmäßig eingeschränkt werden soll. Also ich denke, die mengenmäßige Begrenzung in Netzengpassgebieten wird nicht nur Hessen treffen, sondern auch uns. Kleinere Fortschritte sind zu erkennen bei der Bioenergie, für die vor allem Bayern gekämpft hat und die uns natürlich auch zugutekommt. Auch die angekündigten Regelungen zur Nutzung von Überschussstrom für die Wärmeversorgung sind zu begrüßen. Das ist hier schon mehrfach getan worden.

Aber kommen wir zum Dritten. Unsere Hausaufgaben bei der Umsetzung der Pariser Vereinbarungen, die werden so nicht erreicht werden können. Grundsätzlich ist es die Energiewende, die gefährdet ist, und weil der Umbau der Energiewirtschaft der Hauptpfad für die Erfüllung der Klimaziele von Paris ist, bleibt das Abschlussdokument für Deutschland nach wie vor ein Papiertiger.

Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu und bitten auch um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rudolf Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich möchte mich als Erstes beim Antragsteller bedanken, denn der Antrag ist sehr aktuell und er ist sehr wichtig. Wann kommt es schon mal vor, dass vor zwei Tagen das Bundeskabinett in Berlin einen Gesetzentwurf beschließt, der dann ins parlamentarische Verfahren geht, das diese gravierende Bedeutung hat, und gleichzeitig auch hier im Landtag beraten werden kann, vor allem unter dem Gesichtspunkt „Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern“? Insofern ist es gut, dass wir aufgrund eines Antrages der Opposition heute die Gelegenheit haben, dieses Thema zu beraten.

Ich möchte schon ankündigen, dass wir den Stand der EEG-Novelle und die Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern am 22. Juni ebenso im Energieausschuss auf der Tagesordnung haben werden und dann sicherlich die Gelegenheit haben, das Thema noch mal vertiefend im Ausschuss zu beraten, auch angesichts der noch zu erwartenden aktuellen Entwicklung im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum ist diese EEG-Novelle so wichtig? Sie beinhaltet einen grundsätzlichen Systemwechsel in der bisherigen Förderung der erneuerbaren Energien, weil eine ganz wichtige Säule der erneuerbaren Energien praktisch komplett verändert wird. Es bleibt zwar beim Einspeisevorrang für erneuerbaren Strom und es bleibt auch dabei, dass der festge-

legte Preis für 20 Jahre garantiert wird. Aber die Höhe der Einspeisevergütung wird nicht wie bisher nach dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit politisch festgelegt, um Über- und Unterkompensation zu vermeiden, sondern die Höhe der Einspeisevergütung wird zukünftig im Ergebnis einer Ausschreibung festgelegt. Aufgrund der vorliegenden Gebote wird das zu vergebende Ausschreibungsvolumen Grundlage dafür sein, den Zuschlag zu erteilen, sodass man natürlich auch vorher nicht weiß, welcher Preis letztendlich erzielt wird. Der wird sicherlich dann unter den jetzt noch gültigen 8,4 Cent pro Kilowattstunde liegen. Es wird voraussichtlich eine Obergrenze von 7 Cent geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Begründung gibt es für diese EEG-Novelle?

Zum einen verspricht man sich von dieser EEG-Novelle, dass es durch die Einführung, wie es so schön heißt, von Wettbewerb und Markt zu einer Kostendämpfung kommt. Das ist notwendig und sicherlich wünschenswert, nur fehlt bisher der Nachweis, ob das wirklich so ist und in welchem Umfang. An dieser Stelle sei mir gestattet – obwohl er jetzt nicht im Raum ist, Kollege Dietmar Eifler hat ja hier wieder die Preisdiskussion aufgemacht –,

(Zurufe von Minister Harry Glawe
und Egbert Liskow, CDU)

nur mal der Hinweis gestattet, auch für den Kollegen Egbert Liskow: Wir haben gerade aufgrund der positiven Preiswirkungen von erneuerbaren Energien zurzeit einen Börsenstrompreis von 2,67 Cent pro Kilowattstunde

(Egbert Liskow, CDU: Aber das
weiß doch der Bürger nicht!)

und das ist natürlich vor allen Dingen auf die progressive positive Kostenentwicklung durch die erneuerbaren Energien zurückzuführen.

Ach, da ist Herr Kollege Dietmar Eifler!

Man darf die Kostendiskussion bei Erneuerbaren eben nicht nur an der EEG-Umlage festmachen, aber, ich glaube, das gehört jetzt nicht hierher, um weiter vertieft zu werden,

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Jürgen Seidel, CDU)

die Zwischenbemerkung wollte ich jedoch schon noch mal machen.

Zweitens. Es ist eine Zielsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, der Novelle, dass der Ausbau der Energien gebremst wird. Das ist erklärte Absicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Energiewende und deren Auswirkungen sollen nicht abgewürgt werden, sie sollen gebremst werden, um zu einer besseren Abstimmung beim Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Stromnetz zu kommen.

Die dritte Begründung für die EEG-Novelle ist die notwendige EU-Konformität zum 31.12.2016. Hier wird Bezug genommen auf die jüngste Rechtsprechung am 10. Mai im Europäischen Gerichtshof, der wesentliche Bestand-

teile des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes als staatliche Beihilfe einordnet. Insofern gibt es drei gute Gründe für diese EEG-Novelle und das wird auch in keiner Weise von der SPD infrage gestellt.

Bewerten wir jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wesentlichen Schwerpunkte des Gesetzentwurfes auch ausgehend von der Zielsetzung.

Da beginne ich als Erstes mit einer ganz wichtigen Entscheidung, die mit diesem Gesetz verbunden ist, und das ist die Begrenzung des Ausbaukorridors 2025 auf 40 bis 45 Prozent. Diese Begrenzung sieht die SPD sehr kritisch und ich verweise auf den Wismarer Appell. Die Ministerpräsidenten der Nordländer haben dort klar und aus meiner Sicht richtigerweise festgelegt, die 45 Prozent sollten keine Obergrenze sein. Kollege Jaeger hat darauf verwiesen und es gibt auch Experten, Fachleute, die das berechnet haben, dass bis 2025 60 Prozent notwendig wären, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen will, so, wie es im Weltklimavertrag von Paris vereinbart wurde, die bis zu 2 Grad Erwärmung letztendlich auch einzuhalten.

Die Klimaschutzziele sind also mit diesen Ausbauzielen, die wir jetzt vereinbart haben, nicht vereinbar. Insofern ist natürlich auch der zweite Punkt, der zweite zentrale Kritikpunkt damit verbunden, und das sind die zu geringen Ausschreibungsmengen.

Das entscheidende Steuerungsinstrument sind die Ausschreibungsmengen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die sind aus unserer Sicht zu gering angesetzt. Die sind zu gering. Zum einen sind jetzt im Onshorebereich 2.800 MW brutto inklusive Repowering im Gesetzentwurf angesetzt. Die Forderungen im Wismarer Appell der norddeutschen Länder waren 2.500 MW netto, das wären in etwa 3.800 MW brutto. Wir liegen hier also praktisch wenigstens 1.000 MW brutto unter dem, was eigentlich schon als Kompromiss vereinbart war. 2014 waren bereits als Kompromiss 2.500 MW netto vereinbart und insofern kann die SPD-Fraktion dieser Festlegung auf 2.800 MW brutto nichts Positives abgewinnen.

Zu Offshore: Die Notwendigkeit des Ausbaus im Offshorebereich setzt 1.400 MW voraus. Kollege Jaeger, die Forderung der Branchen selbst hier im Land sind 900 MW pro Land. In Mecklenburg-Vorpommern ist diese Position so vertreten worden. De facto haben wir aber nur 730 MW, das wäre, wenn überhaupt, höchstens ein Offshorewindpark in Nord- und Ostsee in einem Jahr. Das ist auf keinen Fall ausreichend.

Drittens, PV-Strom: Bisher waren die Forderungen der Länder und natürlich auch der Branche, dass mindestens 800 MW pro Jahr in das Ausschreibungsvolumen gehen, jetzt stehen im Gesetzentwurf 600 MW. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, einfach zu wenig und daran gibt es überhaupt nichts zu beschönigen. Ich werde noch mal darauf eingehen, wer das im Wesentlichen zu verantworten hat.

Jetzt komme ich zum Positiven, wie das immer so ist im Leben, es gibt Licht und Schatten. Meine Fraktion freut sich sehr, dass es nachträglich gelungen ist, dass die Biomasse als wichtige Regelenergie und als wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum richtigerweise ins Ausschreibungssystem aufgenommen wurde. Wer da alles Mütter und Väter des Erfolges waren, sei mal da-

hingestellt, aber Fakt ist, dass wir als Land natürlich davon profitieren, ist vollkommen klar. Ich finde es auch richtig, dass es nicht nur für Neu-, sondern auch für Altanlagen gilt. 150 MW in den ersten Jahren, dann sollen 200 MW in das Ausschreibungsvolumen gehen. Hier gibt es also durchaus die Chance, dass Einlagen, die demnächst aus der Förderung rausfallen, über das Ausschreibungsvolumen wieder neu reinkommen, und das ist nur zu begrüßen. Ab 2023 soll das Ausschreibungsvolumen neu festgelegt werden und auch das halte ich für sachgerecht.

Viertens: Wir begrüßen natürlich sehr, dass das Thema Sektorenkopplung jetzt endlich auch in der Bundesregierung angekommen ist. Es geht darum, dass wir Überschussstrom als zuschaltbare Lasten nutzen können, dass wir die Sektoren Strom, Wärme und Verkehr miteinander nutzen. Hier sollen Projekte zur Erprobung durchgeführt, aber darüber hinaus auch 200 MW praktisch eingesetzt werden. Das ist sehr zu begrüßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich beim Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überrascht hat, aber das hat Kollege Jaeger ja schon zu relativieren versucht, ist die Tatsache, dass es im Antrag keine Aussagen zur Sicherung der Akteursvielfalt gibt. Ich muss noch mal deutlich sagen, für uns als SPD ist es eine ganz zentrale Frage für den Erfolg der Energiewende und natürlich auch für die Akzeptanz, dass die Akteursvielfalt, und damit meinen wir nicht nur die Akteure Genossenschaften, nicht nur die Akteure Bioenergie, sondern dass generell kleine und mittlere Akteure noch eine Chance bekommen, sich im neuen System für die Energiewende einzubringen, denen also eine Chance zu geben. Hier setzt auch ein zentraler Kritikpunkt an. Es ist zwar unterhalb von 750 KW die Befreiung von der Ausschreibung vorgesehen, das ist für die PV-Branche gut, aber natürlich für den Onshorebereich völlig unzureichend. Damit kann keiner so richtig was anfangen.

Jetzt haben Sie natürlich vorgesehen, dass man als Kleinstakteur – das ist ja definiert, im Übrigen noch eingegrenzt – die Möglichkeit hat, sich an der Ausschreibung zu beteiligen, ohne dass man den Nachweis einer BImSch-Genehmigung zu erbringen hat. Das ist sicherlich gut, aber ich befürchte, nicht ausreichend. Nach meinem Dafürhalten besteht die große Gefahr, dass das der Tod auf Raten für die kleinen Akteure innerhalb der Energiewende wäre. Insofern sehen wir hier natürlich auch Nachbesserungsbedarf, indem wir die De-minimis-Regelung der Europäischen Kommission nutzen.

Unser Vorschlag ist, bis zu drei Anlagen aus der Ausschreibungspflicht herauszunehmen, sie davon zu befreien und somit praktisch den Kleinstakteuren hier eine faire Chance zu geben. Und, wie gesagt, im Gegensatz zu Kollegen Jaeger sehe ich hier noch nicht alle Messen gesungen. Ich hoffe stark, dass es auch in der CDU-Bundestagsfraktion ein paar Kollegen gibt, die ja vor Ort beim Thema Bürgerenergie sehr unterwegs sind, die dann vielleicht noch mal aktiv werden. Aber zum parlamentarischen Verfahren komme ich noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bewerten wir jetzt als SPD-Landtagsfraktion den Gesetzentwurf der Bundesregierung? Ja, wir stehen zum Ausschreibungssystem, aber wir kritisieren, dass das Ausschreibungsvolumen zu gering ist, und wir kritisieren, dass die Akteursvielfalt nicht gesichert ist. Ich zitiere unseren Fraktions-

vorsitzenden Norbert Nieszery, dem ich hier nur zustimmen kann – ansonsten würde ich ihn natürlich auch nicht zitieren –: Die „Ergebnisse ... sind schlechter als erhofft und besser als befürchtet“, Zitat aus einer Pressemitteilung. Ich könnte es mit meinen Worten sagen: Es konnte Schlimmeres verhindert werden und dass Schlimmeres verhindert wurde, ist ein Verdienst unseres Ministerpräsidenten und auch ein Verdienst unseres Energieministers. Bei den beiden möchte ich mich ausdrücklich bedanken, aber auch bei den Mitarbeitern im Energieministerium. Ich weiß, wie die in den letzten Monaten geackert haben, um wirklich Schlimmeres zu verhindern, und das ist auch gelungen. Insofern ist ganz klar, dass wir als SPD-Fraktion den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen, weil ich glaube, die Aufforderung an unsere Landesregierung,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

tätig zu werden im Sinne des Antrages, das hat unsere Landesregierung nachweislich gemacht,

(Egbert Liskow, CDU:
Erst loben und dann ablehnen.)

auch überwiegend erfolgreich.

Das man nicht alles erreicht, wenn es um Kompromisse geht, Herr Minister, ist mir schon klar, aber zur Gefechtslage möchte ich mal etwas sagen. Wer hat denn da auf der Bremse gestanden und wer ist denn eigentlich unterwegs, um die Energiewende abzuwürgen? Natürlich sind es auch Kohleländer, die andere Interessen haben als Mecklenburg-Vorpommern.

(Egbert Liskow, CDU:
War da die SPD auch dabei?)

Selbstverständlich gehören dazu auch Nordrhein-Westfalen und Brandenburg und sicherlich sind es auch Teile der SPD.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Aber wenn man sich mal die Stellungnahmen des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Herrn Kauder, ansieht, wenn man Stellungnahmen des CDU-Wirtschaftsflügels, Herrn Fuchs und andere hört

(Egbert Liskow, CDU: Und Frau Kraft.)

und wenn ich einige Reden hier im Landtag höre, dann muss ich deutlich sagen, ich habe zumindest den Eindruck, dass es vor allen Dingen die CDU und die CSU sind, die auf die Bremse gehen, um die Energiewende mindestens zu verlangsamen.

(Egbert Liskow, CDU: Sagen
Sie das mal Frau Kraft!)

Die Sabotage der CSU in Bayern beim Ausbau der Strominfrastruktur, die hat ja wohl inzwischen jeder mitgekriegt.

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist korrekt, was er da sagt. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Ausbau der Netzinfrastruktur sollte geplant bis 2022 abgeschlossen sein und nachweislich liegt es an der

Blockade Bayerns, dass wir dieses jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit erst 2025 erreichen werden. Erdkabel sind nicht nur teurer, sondern Erdkabel führen natürlich auch zu einer Verzögerung von circa zwei bis drei Jahren. Das ist die einzige Begründung und die einzige Erklärung.

Im Übrigen könnte man die Überlastung der Netze relativ schnell verhindern, indem man Kohlekraftwerke vom Netz nimmt und damit natürlich die Netze wieder funktionsfähiger macht, aber auch das ist aus bekannten Gründen leider zurzeit nicht gewünscht.

(Egbert Liskow, CDU: In NRW,
Frau Kraft will das nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie geht es jetzt weiter? Es ist schon interessant, mal darauf zu verweisen, dass es zwar im Kabinett die Beschlussfassung durch die Bundesregierung letzten Mittwoch gibt, aber jetzt passiert etwas, was mir in 18 Jahren Landtag noch nicht so oft vorgekommen ist: Man hat ernsthaft vor, dieses umfangreiche und nicht ganz einfache Gesetz – das zeigt ja schon die heutige Debatte – mit einer Zweiten und Dritten Lesung im Bundestag noch vor der Sommerpause am 7. Juli abzuschließen. Am 7. Juli! Wir haben heute den 10.06., und wenn ich mir vorstelle, ich würde hier im Landtag so mit solch einem wichtigen Gesetz umgehen, ich bin mir sicher, ich würde das hier nicht durchkriegen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich kann mich nur wundern. Eine Anhörung ist geplant am 23.06. im Wirtschafts- und Energieausschuss des Bundestages zu diesem Thema – drei Stunden, drei Stunden zu diesem Gesetz! Und einen Tag später oder,

(Egbert Liskow, CDU: Wer ist
denn in der Bundesregierung?)

Entschuldigung, nicht einen Tag später, eine Woche später, immerhin eine Woche später, am 6. Juli wird dann der Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Bundestag beschließen. Eine Woche nach einer Anhörung!

(Michael Silkeit, CDU: Das ist doch fast wie
bei uns im Landtag. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Das geht doch von heute auf morgen bei uns. –
Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Nein, so etwas würde in der Form hier nicht stattfinden, zumindest habe ich das im Energieausschuss nicht erlebt und auch nicht im Finanzausschuss in den 13 Jahren davor, weil das natürlich eine wirkliche Aushöhlung des parlamentarischen Verfahrens bei solch einem wichtigen Thema ist.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da glaube ich, wer unabhängig von Parteigrenzen entsteht für Parlamentarismus und für eine wichtige Rolle von Fraktionen, der kann so etwas ja wohl nicht gut finden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Im nächsten Monat
Nachtragshaushalt, Erste und Zweite Lesung.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss meiner Rede möchte ich noch mal deutlich sagen, diese Horrorszenarien, dass die jetzige EEG-Novelle praktisch

den Ausbau erneuerbarer Energien abwürgt und verhindert, teilen wir nicht. Aber unsere Sorge ist schon, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien in einem Maße verlangsamt wird,

(Jürgen Seidel, CDU: In NRW.)

dass es aus den genannten Gründen nicht nur für den Klimaschutz, sondern ebenso für die Wirtschaftsentwicklung, für Arbeitsplätze auch für unser Land außerordentlich gefährlich ist.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Und macht es doch auch teurer!)

Die zweite Aussage: Der Netzausbau ist unbedingt schneller nach vorne zu bringen, zu forcieren. Der Fraktionsvorsitzende hat den Vorschlag unterbreitet, einen Masterplan von der Bundesregierung zu erwarten, um endlich dieses wichtige zentrale Thema nach vorne zu bringen.

Und drittens: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei, auch die jetzige EEG-Novelle wird die Energiewende nicht abwürgen. Wir werden es erleben, 100 Prozent erneuerbare Energien bei Strom, Wärme und Verkehr. Davon lasse ich mich nicht abbringen und insofern bin ich ganz optimistisch für die Zukunft, auch wenn die jetzige EEG-Novelle nur zum Teil wirklich hilfreich ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Klimaschutzabkommen von Paris ist in keiner Weise ernst zu nehmen. Es ist zwar völkerrechtlich bindend, es gibt aber keine Sanktionen für die, die einzelne Vertragspunkte oder auch alle verletzen. Auch wenn 175 Staaten das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, bewirkt es deshalb weniger als zum Beispiel das Waldgesetz von Mecklenburg-Vorpommern. Dieses ist zwar im territorialen Sinne weniger ambitioniert als das Pariser Abkommen, es will nicht den ganzen Planeten schützen, sondern nur die Wälder des bescheidenen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, aber wenigstens schafft es das, weil es Sanktionen beinhaltet. Da steht nicht nur drin, bitte tut dies nicht und bitte tut das nicht, da steht nicht nur drin, es ist nicht gestattet, forstbehördlich gesperrte Waldflächen zu betreten, da steht auch drin, dass das eine Ordnungswidrigkeit ist. Das ist auch nicht einfach nur Papier, sondern da steht weiterhin drin, dass das bis zu 7.500 Euro kosten kann. Schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten können bis zu 75.000 Euro kosten. Wenn so etwas drinstehen würde im Pariser Abkommen, hätte das vielleicht eine andere Wirkung. Es steht aber nicht drin.

Ein Vertrag ohne Sanktionen bewirkt gar nichts. Da muss man sich schon der deutschen Trautmanzkompanie anschließen, um zu hoffen, die Staaten würden aus reinem Verantwortungsgefühl den Vertrag erfüllen, auch wenn keine Sanktionen drohen. Genauso gut könnte

man aus der Abgabenordnung oder dem Einkommenssteuergesetz Strafbestimmungen herausnehmen und sagen, wir vertrauen auf Steuerehrlichkeit, Herr Hoeneß. Auch das würde kaum funktionieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber das Klimaabkommen ist nicht nur nutzlos, es stiftet sogar Schaden, weil es ein falsches Gefühl der Sicherheit vermittelt. Großer Zirkus in den Medien, Politikererklärungen, riesiger Aufwand – da glauben viele, es passiert ja tatsächlich etwas, lehnen sich zurück und denken, die Verantwortlichen unternehmen was. Besser wäre es, wenn solche Klimakonferenzen ganz offen regelmäßig scheitern würden, wenn keine wirklich verbindlichen Regelungen zustande kommen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Deutlich, genau.
Das ist nur Quacksalberei.)

wenn man sagen würde, das wurde wieder nichts, wir würden nur eine Scheinlösung anbieten, irgendein Symbol. Das wollen wir aber nicht und deswegen brechen wir das ab und sagen, Leute, der Klimawandel geht weiter, mit allen negativen Folgen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Das würde bei der Öffentlichkeit, wenn es so wäre, für eine realistische Einstellung hinsichtlich der tatsächlich drohenden Gefahren aus dem Klimawandel sorgen. Stattdessen werden die Leute eingekullt. Es wird letztendlich darauf hinauslaufen, dass diejenigen, die sich wirklich daran halten, die Doofen sind, die anderen sich die Hände reiben, sich auf deren Kosten wirtschaftliche Vorteile verschaffen, und dass die klimafreundlichen und klimaschonenden Maßnahmen, die die einen, die Doofen – in Führungsstrichen –, machen, wieder ausgeglichen werden durch die Schweinereien, die die anderen sich leisten, sodass es am Ende gar nichts bringt.

(Udo Pastörs, NPD:
Und Wettbewerbsnachteile.)

Das Beste oder das einzig Erfolg versprechende wäre, wenn jeder, der an so einer Konferenz teilnimmt, eine Riesensumme abliefern würde, die er dann schon los wäre und die eingezogen bleibt, wenn er diese Maßnahmen nicht macht. Alles andere funktioniert nicht. Es funktioniert ja genauso wenig,

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hört sich
nach einem sehr realistischen Konzept an.)

es funktioniert genauso wenig bei dem Eurorettungsprogramm. Da gibt es keine Sanktionen. Die Griechen wissen ganz genau, dass man sie retten wird. Die Italiener und Franzosen wissen ganz genau, dass nichts passiert, wenn sie ihre Schulden weiter ausbauen. Das bringt alles nichts.

Dann sollte man diesen ganzen Zirkus lassen, sollte die Leute nicht in falscher Sicherheit wiegen, sondern lieber selber Maßnahmen ergreifen, die man auch selbst kontrollieren kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will am Anfang mal sagen, es gibt unglaublich viele ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland, und dass wir für ein paar Strafen vorsehen müssen, das gehört sicherlich dazu. Aber die Masse der Menschen zahlt nicht nur Steuern,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

weil sie sonst bestraft wird und in den Knast wandert, sondern weil sie anerkennt, dass Steuern notwendig sind, um unsere Gemeinschaft sozusagen zu finanzieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Dann nehmen Sie die Strafbestimmungen raus und warten mal ab!)

Und deswegen, weil es da sehr viele gibt, ist das Thema: Wir machen ein Klimaabkommen. Über die Strafen hätten sich alle Staaten total zerstritten, aber wir haben jetzt erst mal eine Richtung, wo wir gesagt haben, in die wollen wir gehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Was wir hier diskutieren, soll genau dieser Beitrag sein, uns daran zu erinnern, dass wir uns verpflichtet haben, dass das Wort etwas gilt, wenn man sich verpflichtet hat,

(Udo Pastörs, NPD: Schall und Rauch! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und dass man dann politisch Haltung zeigen und das umsetzen muss.

Jetzt zu den geäußerten Sachen.

Lieber Dietmar Eifler, wir sind uns ja völlig einig, wenn wir darüber reden, wie können wir die Energiewende so preiswert wie möglich machen, wie können wir sie so preiswert wie möglich für Industrie, Handwerk, Großverbraucher, für die Privatleute organisieren, suchen wir gemeinsam nach Möglichkeiten und gucken, was wir machen können. Ich höre aber immer wieder durch, dass aus der CDU der Vorwurf kommt, eigentlich ist die Energiewende praktisch nicht zu bezahlen, wenn wir das machen, dann geht uns die ganze Industrie hier flöten, und Sie deswegen das Gefühl haben ...

(Jürgen Seidel, CDU: Wer hat das denn gesagt? – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Ich habe ja gesagt, mein Gefühl in dieser Richtung ...

(Jürgen Seidel, CDU:
Also hier hat das keiner gesagt.)

Jetzt könnte ja die CDU auch mal aus Fehlern der GRÜNEN lernen,

(Heiterkeit und Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

und zwar konkret aus dem Fehler, den der GRÜNEN-Energieminister in Schleswig-Holstein gemacht hat. Der hatte nämlich den ganz hellen Gedanken, dass er gesagt

hat, ich habe so viele Flächen für Windkraftanlagen, ich stelle das mal in das Belieben der Gemeinden und die können überall vor Ort abstimmen, ob sie jetzt die Windkraftanlagen haben wollen oder nicht. Was ist passiert? Diejenigen, die rausgeflogen sind, haben geklagt, haben sich auf das Bundesbaugesetzbuch berufen

(Rudolf Borchert, SPD: Völlig richtig. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Jaja.)

und haben gesagt, sorry, das ist eine Privilegierung, so steht es im Bundesgesetz. Lieber GRÜNEN-Minister, das war eine Superidee, aber jetzt sind in Schleswig-Holstein alle Regionalpläne gekippt worden.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und nachdem das passiert ist, beschließt die CDU auf dem letzten Parteitag, in Zukunft werden in Mecklenburg-Vorpommern –

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

wenn Sie mal richtig dran sind – alle Gemeinden darüber bestimmen können. Leute, das müsst ihr zusammenkriegen!

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Deshalb wird Zukunft auch mit „C“ geschrieben, wie „Chaos“.)

Also entweder sagt ihr, das ist Quatsch, was der Robert Habeck gemacht hat – und das war leider Quatsch –, dann könnt ihr es nicht auf einem CDU-Parteitag beschließen,

(Minister Dr. Till Backhaus: Nicht nur in dem Fall.)

oder ihr sagt den Leuten ehrlich, was ihr wollt. Und da höre ich tatsächlich raus, wenn man denen nach dem Munde redet, dass man eigentlich sagt, wir nutzen alles, was das unter Druck setzt so richtig. Wir haben ja noch Alternativen in petto.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Moment haben wir zwar eine Bundeskanzlerin, die immer vorneweg rennt mit allem Möglichen, den Atomausstieg will sie auch,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

aber irgendwann ist sie nicht mehr da und dann kommen wir mal wieder mit den Fakten, und die heißen, die Atomkraftwerke können auch noch ein paar Jahre länger laufen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ist meine politische Befürchtung.

Wenn wir darüber reden, wie machen wir die Energiewende möglichst preiswert,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sind wir ja beieinander, aber dann müssen wir mal anfangen, über Konzepte zu reden. Das heißt, was will ich denn im Endausbau überhaupt erreichen? Dabei kann man auch darüber streiten,

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

müssen da soundso viel Fotovoltaikanlagen, müssen da soundso viele Offshorewindparks entstehen und so weiter. Wenn ich das dann aber ...

(Dietmar Eifler, CDU: Habe ich doch gesagt.)

Nee.

(Dietmar Eifler, CDU: Das steht doch drin.)

Nein, es steht eben definitiv nicht drin, was erreicht werden soll.

(Dietmar Eifler, CDU: Natürlich!)

Das sind alles Zahlen, die politisch umkämpft sind.

Jetzt zu den 45 Prozent: Der Energieminister sagt, wir haben eigentlich jetzt im EEG-Entwurf die Dramatik der 45 Prozent rausverhandelt. Das stimmt, ganz klar, weil nämlich ursprünglich der Plan war, zu sagen, 45 Prozent sind fix. Alles, was darüber hinausgehen würde, wird bei Onshorewindkraft einfach gestrichen. Und wenn am Ende dann nichts mehr aufgebaut wird, sorry, dann ist es so, aber die 45 Prozent sind fix. Das ist raus, weil nämlich genau der Teil, nämlich die Windkraft Onshore dafür nicht mehr zur Verfügung steht und gesagt wurde, 2.800/2.900 werden ausgeschrieben und zugebaut. Deswegen stimmt das nicht.

Aber warum stimmt auch die Kritik von unserer Seite, von der Opposition an den 45 Prozent? Die haben nämlich die lange Schleifspur im Bereich der Offshorewindenergie, weil dort kein Plan existiert, wie schnell man was erreichen muss, welche Ausbauraten man pro Jahr haben muss, damit man das Endziel erreicht. Wie gesagt, das ergibt sich ganz logisch daraus: Ich habe ein Endziel, teile das durch die Lebensdauer und dann weiß ich, jedes Jahr muss ich das installieren, damit ich diese Leistung auf Dauer vor Ort habe.

(Dietmar Eifler, CDU: Das kann ich aber nur, wenn ich den Restanschluss auch habe.)

Das kann man ganz einfach rechnen.

(Dietmar Eifler, CDU: Das interessiert doch nicht. Das geht doch nicht.)

Nein, aber das Problem ist doch, wenn ich sehe, dass wir offshore 1.400 MW pro Jahr bräuchten, ihr dann aber reinschreibt – und da ist ja vor allen Dingen auch ein Stück weit Herzblut der CDU an diesem Thema –, es reichen 730 oder 750 MW, bedeutet das, dass ihr das Signal an die Industrie gebt, Leute, übertreibt es nicht, fahrt mal die Kapazitäten ein bisschen runter, mehr ist wirtschaftlich nicht machbar. Ja, das ist okay, wenn man keinen Plan hat, aber wenn ihr einen Plan hättet, dann wüsset ihr, dass wir das brauchen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

weil wir nämlich nicht an Land, weil wir nicht an Land alles mit Windkraftanlagen vollstellen können, brauchen wir Offshorelösungen, auch wenn das etwas teurer ist.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

So, und jetzt mein Vorschlag, den ich mehrfach wiederholt habe: Die EEG-Umlage wird auch beeinflusst – und da sind wir im Widerspruch – durch die relativ hohen Kosten der Offshorewindkraft am Anfang.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Die steigen nämlich mit 19 Cent ein. Der Vorschlag ist, zu sagen, mittelt doch das, was ihr denen über 20 Jahre zahlen wollt, dann können beide Seiten damit leben. Wir steigen aber mit etwas über 10 Cent ein, das entlastet in den nächsten 8 Jahren die EEG-Umlage massiv. Ich kann nicht verstehen, warum man, wenn man sich um die Preise sorgt, was ja berechtigt ist, auf solche konkreten Vorschläge nicht eingeht und sagt, dafür werden wir kämpfen. Wir machen weder die Offshoreindustrie kaputt, noch überlasten wir das Ganze bei der EEG-Umlage.

Redispatch und der Netzausbau: Bayern hat ja mit seiner Blockadehaltung zumindest erreicht, das muss man positiv anmerken, dass die Erdverkabelung nach vorne kommt. Die ist zwar pro Kilometer, pro Meter oder wie man es bemessen will, etwa 8- bis 15-fach teurer, sagen die Fachleute, aber, und das ist der große Vorteil, ich brauche nicht zehn oder fünfzehn Jahre, um diese Leitung zu verlegen, das geht auch in zwei oder drei Jahren.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Damit entfallen die Milliardenkosten im Bereich des Redispatch, die ja richtigerweise angesprochen wurden. Das ist nämlich ein Problem und das muss man am Ende zusammendenken. Bisher hatte die Bundesnetzagentur immer argumentiert, auf die Leitungen bezogen, Erdkabel ist 50 Prozent teurer – bei 110-kV-Leitungen –, das wird von uns abgelehnt, macht das als Freileitung. Dass ihr dann eben fünf, sechs Jahre länger braucht, weil ihr die Bürgerproteste habt, das ist nicht das Problem der Bundesnetzagentur. Deswegen ist das, glaube ich, eine sinnvolle Sache,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

mehr auf Erdkabel zu setzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, wir werden da auch technologische Erfolge haben, um das im Preis nach unten zu bringen. Was ich nicht gut finde – ich habe eben noch mal im Internet nachgesehen –, BorWin3 wurde gerade als großes Beispiel dafür gebracht, die Anlagen stehen und der Netzanschluss ist nicht da. Ich habe es eben nachgelesen, BorWin3 soll 2019 ans Netz gehen. Es stehen nur Erfolgsmeldungen drin, was die HGÜ-Leitungen angeht, wer da jetzt was gebaut hat. Auf See steht von BorWin3, von den Windkraftanlagen noch nichts. Also von daher bitte nicht erzählen, da stünde ein großer Offshorewindpark und der Netzanschluss sei noch lange nicht fertig. Dort läuft alles, wie sich die CDU das wünscht. Alles ist zielgenau, ist im Plan. Genauso wird 2019 der Netzanschluss fertig,

(Rudolf Borchert, SPD: Das geht doch.)

2019 baut die Industrie die Anlagen und es wird zusammen geschaltet.

(Jürgen Seidel, CDU: Was die CDU sich wünscht, das ist vernünftig.)

Ja, das ist auch vernünftig. Ich bin doch dafür, nicht dagegen.

Der Unterschied übrigens zwischen offshore und onshore ist,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

es gibt keine Onshoremühle, die hier irgendwo im Land herumsteht und auf den Netzanschluss wartet, der aufgrund des nicht ausgebauten Netzes nicht möglich ist.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Für eine Onshoremühle ist immer die Voraussetzung, dass der Netzanschluss genehmigt und gebaut ist, bevor die Anlage sozusagen von der finanzierenden Bank überhaupt genehmigt wird.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Nur beim Offshoresystem wissen wir, eins wird immer ein, zwei Monate eher fertig sein als das andere. Das ist unvermeidbar.

Das Thema „Vermiedene Netzentgelte“ hatte ich in meiner Rede nicht. Das hängt auch damit zusammen, dass ich keine Informationen hatte. Ich finde das sehr interessant und das will ich auch noch mal deutlich sagen für die, die vielleicht hier bei dem Thema zuhören. Wie betrifft das unser Land? Zu den vermiedenen Netzentgelten – wohin-ter sogar eine sinnvolle Idee stand, die aber von der Bundesnetzagentur pauschalisiert begriffen wurde und die deswegen zum Gegenteil geführt hat –: Wenn die vermiedenen Netzentgelte entfallen, bedeutet das gerade für unsere Menschen im ländlichen Raum eine deutliche Entlastung, weil nämlich die WEMAG und andere Flächennetzbetreiber sehr darunter stöhnen. Das ist ein Erfolg, wenn wir das hinkriegen.

Ich will auch noch mal daran erinnern – und das ist noch nicht selbstverständlich bei allen GRÜNEN, es ist mit Sicherheit auch nicht selbstverständlich bei unseren anderen demokratischen Parteien –, wir haben hier gemeinsam beschlossen, dass die Netzentgelte bundeseinheitlich geregelt werden sollen. Das, finde ich, ist ein gemeinsamer Erfolg des Landtages und ein Signal, das auch langsam durchsickert, weil auch Bayern irgendwann mitkriegen wird, dass ein Erdkabel schon ein bisschen teurer ist und da eine bundesweite Solidarität angemessen ist, wenn wir das gemeinsame Projekt „Energiewende“ haben.

(Jürgen Seidel, CDU: Das wollte die CDU.)

So, und das Letzte noch mal zum Thema Offshore. Es gibt ja immer wieder Vorbehalte gegen Offshorelösungen, weil es ein bisschen teurer ist, deswegen würde ich immer wieder nach vorne stellen, wir haben da die Möglichkeit, mehr zu tun bei den rechnerischen Volllaststunden. Deswegen können die im Redispatch Sachen vermeiden und deswegen sollte es auch endlich in die Ausschreibung rein: nur noch Offshoreprojekte mit min-

destens 5.000 rechnerischen Volllaststunden. Das müssen die leisten. Ich sage mal, Baltic I – das ist auch okay, das war am Anfang –, die kommen auf 4.500. Je höher die rechnerische Zahl der Volllaststunden, umso besser sind sie netzverträglich, umso weniger Netzausbau müssen wir für diese Projekte leisten.

Und das Letzte noch mal zu der Zahl 45. Warum müssen wir darüber diskutieren? Weil aus dieser Zahl am Ende folgt, wo muss ich denn Kohle und Atomkraftwerke in welchen Zeiträumen vom Netz nehmen. Und das wird immer mehr spielentscheidend. Dass Kohlekraftwerke laufen müssen, hängt nicht nur damit zusammen, dass wir sie brauchen als Strom, dass wir sie brauchen, um die Netze stabil zu halten. Die müssen zum Teil schlicht laufen, weil wir den ganzen Tagebau davor nicht einfach mal herunterfahren können. Der muss nämlich seine Kohle irgendwann loswerden, ansonsten säuft der Tagebau irgendwann ab, wenn man da die Pumpen abstellen würde für ein paar Stunden und so weiter.

Und daraus folgt, ohne einen klaren Plan zum Thema Kohleausstieg werden diese Redispatchkosten nicht nach unten gehen. Und wenn wir uns einig sind, dass wir die nach unten bringen wollen, müssen wir uns darüber unterhalten, was unsere Pläne sind, wie wir die Kohle zurückfahren. Das ist auch wichtig für die Kohlekraftwerksbetreiber, damit die wissen, was sind noch sinnvolle Investitionen, wo wackelt die Politik unter Umständen am Ende wieder hin und her und dann brauchen wir die Kohlekraftwerke doch.

Also lasst uns zusammen über solche Konzepte reden. Wir kriegen die Energiewende deutlich preiswerter hin, als viele zurzeit befürchten. – Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5493 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD, es enthielt sich niemand. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5493 abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5435 zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5435 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Thesen zur Entwicklung der Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern fortschreiben, Drucksache 6/5440.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Thesen zur Entwicklung der Baukultur
in Mecklenburg-Vorpommern fortschreiben
– Drucksache 6/5440 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kurz vor Abschluss der Legislatur stellt meine Fraktion noch einmal die Baukultur in den Fokus. Ich bedaure sehr, dass es nicht gelang, alle demokratischen Fraktionen mit diesem Antrag ins Boot zu holen. Die Bündnisgrünen werden jetzt vielleicht überrascht sein. Ich habe versucht, mit den Regierungsfractionen zu sprechen und sie für diesen Antrag zu gewinnen. Nachdem dies scheiterte, haben meine Fraktion und ich entschieden, dass ich ihn allein einbringe.

(Dietmar Eifler, CDU: Aber gesprochen haben wir.)

Ich betone, dass es mit der SPD und der CDU keine inhaltlichen Differenzen zum Antragsbegehren gibt, und ich bin mir fast sicher, dass auch bei den Bündnisgrünen kein Dissens besteht. Nein, es ist schlichtweg Tatsache, dass es nach Meinung der Regierungsfractionen – und das lassen Sie sich mal auf der Zunge zergehen – wenig Sinn macht, solch einen Antrag kurz vor Ende der Wahlperiode zu stellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was?!)

Da frage ich: Wie ist es denn jetzt mit Ihren Anträgen kurz vor Ende der Legislatur?

Ich habe gute Gründe ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Genau.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe gute Gründe, diesen Antrag jetzt einzubringen. Wie Sie wissen, habe ich mich entschieden, nicht wieder für den Landtag zu kandidieren. Also jetzt oder nie habe ich die Gelegenheit, die Baukultur noch einmal zu pushen. Das ist ein persönliches Anliegen und meine Herzenssache, aber natürlich auch das der Linksfraktion.

Das Anliegen ist nicht neu. 2003 gehörte ich im zweiten Jahr meiner Landtagstätigkeit zu den Geburtshelfern und -helferinnen der Thesen zur Baukultur. Im Dezember des Jahres 2012 behandelten wir einen Antrag von SPD und CDU zur Baukultur. Schon damals wollte ich mit einem Änderungsantrag ...

(Rainer Albrecht, SPD: Von wem war das noch mal? Wer hat den Antrag gestellt?)

Schon damals, Herr Albrecht, wollte ich mit einem Änderungsantrag erreichen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

die 21 Thesen auf ihre Aktualität hin zu überprüfen. Die Ergebnisse sowie Vorschläge zur Fortschreibung sollten in den mit dem Antrag von SPD und CDU geforderten Bericht zur Baukultur einfließen. Dieser Bericht sollte

verschoben werden, um genügend Zeit zu haben, den notwendigen Dialog zu führen und die Kammern, Verbände, Ausbildungseinrichtungen und weitere Partnerinnen und Partner mit einzubinden. Wie immer wurde unser Änderungsantrag damals abgelehnt.

Die Unterrichtung der Landesregierung orientierte sich nah an dem erstmaligen Bericht des Dezembers 2009, der 2010 auch als Broschüre erschien. Er war allerdings mit 13 Seiten ziemlich knapp gehalten.

Auch dieser zweite Bericht spiegelte ausschließlich die Sicht der Landesregierung wider, die Sicht der Architektenkammer und der Ingenieurkammer fehlt. Wieder fehlen Anmerkungen, welche Maßnahmen besonders gut ankamen oder nicht fruchteten, um Baukultur in der Öffentlichkeit publik zu machen und zu befördern. Und erneut zeigte der Bericht das Erreichte auf, aber kein Wort davon, wie es denn mit der Baukultur in Zukunft weitergehen soll angesichts der Herausforderungen des Klimaschutzes, der Inklusion oder auch des demografischen Wandels.

(Rainer Albrecht, SPD: Da haben wir ja 2012 auf der Sitzung gesprochen.)

Es gab für mich seinerzeit keinen Grund, diese Unterrichtung auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen. Allen anderen ging es wohl auch so, so wurde die Unterrichtung für erledigt erklärt.

Ich habe weitere Gründe, warum die Zeit für diesen Antrag reif ist. Wir feierten vor wenigen Tagen 25 Jahre Stadterneuerung in Mecklenburg-Vorpommern. In Greifswald fand dazu eine Festveranstaltung statt. Unlängst feierte die Architektenkammer 25 Jahre ihres Bestehens. 25 Orte unseres Landes beteiligten sich mit Veranstaltungen am zweiten bundesweiten Tag der Städtebauförderung. In der kommenden Woche wird der Landesbaupreis zum zehnten Mal verliehen und auch der Tag der Architektur findet Ende Juni statt. Diese Anlässe sind meiner Meinung nach geradezu prädestiniert, über Baukultur zu reden und sie auch zu erleben. Schließlich reflektieren die gezeigten oder ausgezeichneten Vorhaben den baukulturellen Anspruch, der von Architekten und Ingenieuren geplant und auch mithilfe der Städtebauförderung umgesetzt wird.

Anlässlich dieser vielen Jubiläen und Aktivitäten sollte man meinen, dass dies auch auf der Internetseite des Netzwerkes „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ beworben und dokumentiert wird, aber weit gefehlt – gepflegt wird diese Seite vom Ministerium. Dort ist die letzte Pressemeldung von Juni 2015 datiert. Was sagt mir das? Das Netzwerk funktioniert nicht so, wie es notwendig wäre. Das darf nicht so bleiben! Und ich wollte nicht weiter abwarten. Ich wollte nicht warten, bis eine neue Koalitionsvereinbarung die weitere Förderung der Initiative „Baukultur“ und die weitere Begleitung des Netzwerkes „Baukultur“ beinhaltet. Das steht auch jetzt schon drin und ist kein Garant dafür, dass sich etwas in die richtige Richtung tut.

(Egbert Liskow, CDU: Doch, doch! –
Rainer Albrecht, SPD: Da haben Sie was falsch verstanden.)

Mit diesem Antrag soll ein Prozess in Gang gesetzt werden, um Vorarbeit zu leisten, Ideen zu entwickeln

und Kompromisse zu suchen, um die Aktualität der Thesen zur Baukultur zu prüfen und Vorschläge für deren Fortschreibung zu machen. Darin involviert sollten neben dem Wirtschaftsministerium die Kammern der Architekten, Ingenieure und Handwerker, die Hochschule Wismar, der Bauverband und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger sein. Ziel soll eine Einigung auf allgemeingültige Thesen sein, die wieder für die kommenden 10 bis 15 Jahre Maßstab unserer baukulturellen Ansprüche sind. Das soll und muss in den Fachauschüssen, aber auch öffentlich und breit diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, neben der äußerst vielfältigen und beeindruckenden Natur haben wir in Mecklenburg-Vorpommern eine genauso große Palette baukultureller Pfunde zu bieten. Es wäre müßig, diese aufzuzählen. Sie kennen sie auch alle. Davon profitiert natürlich in erheblichem Maße unser Tourismus. Viele Gäste kommen gerade wegen der Dichte von Schlössern sowie Guts- und Herrenhäusern oder wandeln auch gern auf der europäischen Route der Backsteingotik.

Landesweit gibt es Beispiele für gelungene Architektur, für kleine und große, moderne, historische, neue und sanierte Bauten aus dem Hoch-, Tief-, Ingenieur- und auch aus dem Landschaftsbau. Regionale Baukultur – das betone ich – und Tourismus profitieren in besonderem Maße voneinander. Das zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Von Investitionen und Wertschöpfung profitieren dabei insbesondere auch die ländlichen Regionen.

Dieses Potenzial muss gehoben und genutzt werden. Baukulturakteure und Touristiker müssen noch weiter aufeinander zugehen. Die Greifswalder Veranstaltung des Netzwerkes „Baukultur“ mit Wirtschaftsministerium und Architektenkammer gemeinsam mit dem Landestourismusverband und der DEHOGA unter dem Titel „Baukultur & Tourismus: Zwei Welten – ein Ziel?“ im Oktober letzten Jahres war ein guter Anfang. So zog der Präsident der Architektenkammer, Herr Brenncke, das Fazit, dass die gemeinsame Betrachtung von Baukultur und Tourismus auf regionaler Ebene verstetigt werden könnte. Das sollte unbedingt Aufgabe des Netzwerkes sein. Auch wäre eine solche Veranstaltung es wirklich wert, im Netzwerk „Baukultur“ dokumentiert zu werden.

Meine Damen und Herren, Thesen zur Baukultur wurden in einigen Städten und Ländern von verschiedenen Akteuren und auch zu unterschiedlichen Themen entwickelt. Bei der Fortschreibung sollte da das eine oder andere auch übernommen werden können. Ich will Ihnen Beispiele bieten. So entwickelte „LandLuft“ in Österreich zwölf Thesen für Dörfer. Ich will drei dieser Thesen herausgreifen, die mir besonders gefallen.

Ich zitiere: „Baukultur machen Menschen wie du und ich

Baukultur ist kein abgehobenes Anliegen von Experten, sondern entsteht dort, wo Menschen aktiv die Gestaltung ihres Lebensraumes in die Hand nehmen – im Idealfall entstehen Projektteams von Betroffenen, Experten und politisch Verantwortlichen, die in Summe eine hohe Lösungskompetenz für die Gestaltungsfragen des eigenen Umfeldes mitbringen ...

Baukultur bringt Lebensqualität

Die hohe Qualität, die Baukultur in der Gestaltung des eigenen Lebensraumes auslöst, wirkt sich positiv auf die subjektive Wahrnehmung der Lebensqualität durch Bürger aus. Die Teilnahme an der Entscheidungsfindung und an Gestaltungsfindungs-Prozessen verstärkt dieses Gefühl.

Baukultur schafft regionale Wertschöpfung

Baukultur nutzt das Know-how und handwerkliche Potenzial des regionalen Umfeldes stärker, als dies bei Standardlösungen der Fall ist. Baukultur nimmt auch auf regionale handwerkliche Traditionen und Bautechniken einen stärkeren Bezug.“ Zitatende.

Solche Thesen unterstreichen, dass Baukultur ein Haltefaktor für Menschen und ein bedeutender weicher Wirtschaftsfaktor gerade im touristischen Binnenland und überhaupt in ländlichen Regionen ist.

(Minister Harry Glawe: Das wird doch gelebt, das ist doch nichts Neues!)

Meine Damen und Herren, bemerkenswert sind auch die sechs Thesen der Bundesstiftung über „Baukultur im Klimawandel“, die sich mit der Energiewende und den Auswirkungen auf Gebäude sowie die Quartiers- und städtebauliche Entwicklung befassen.

So, wie es derzeit läuft, ist es nicht immer gut, weder für die Energiewende noch für die Baukultur. Sie sehen, das ist nur ein winziger Ausschnitt an Anregungen für die Fortschreibung. Wir sollten den Prozess jetzt einleiten und viel Sach- und Fachverstand nutzen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Lück.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der SPD-Fraktion.

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, einen breit angelegten Diskussionsprozess zu den 21 Thesen im Rahmen der Initiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ aus dem Jahre 2003 einzuleiten. Ziel soll sein, die Thesen auf ihre Aktualität hin zu überprüfen sowie den Fortschreibungs- und Ergänzungsbedarf zu ermitteln. Seit dem Jahre 2001 haben sich zahlreiche Akteure verpflichtet, dieses Bauerbe zu erhalten, zu pflegen und sinnvoll zu nutzen. Architekten, Ingenieure und Vertreter aus Politik und Verwaltung haben sich in der Initiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ zusammengeschlossen, um sich engagiert für hochwertige moderne Architektur und eine nachhaltige Regional- und Stadtentwicklung einzusetzen.

Als erstes Bundesland hat im Jahr 2003 der Landtag Mecklenburg-Vorpommern einen Beschluss zur Förderung der Baukultur gefasst. Ziel ist es, auf Grundlage eines breiten öffentlichen Dialogs eine schrittweise

Verbesserung der Baukultur im Land zu erreichen. Im Jahre 2003 wurde die Initiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ gestartet. Im Ergebnis dieser Initiative sind 21 Thesen zur Entwicklung der Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet worden. In den 21 Thesen wurden Wege und Maßnahmen, wie Baukultur umgesetzt und konstruktiv entwickelt werden kann, auf vielfältigen Veranstaltungen auch öffentlich diskutiert.

Meine Damen und Herren, seit 1998 würdigt die Landesregierung gemeinschaftlich mit der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern herausragende Bauwerke im zweijährigen Rhythmus mit dem Landesbaupreis. Der Landesbaupreis wird vom Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern, der Architektenkammer und der Ingenieurkammer am 16. Juni 2016 bereits zum zehnten Mal verliehen. Frau Lück hat auch darauf hingewiesen.

Am 22. Juni 2016 wird in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock der 12. Rostocker Architekturpreis vergeben und am 25. und 26. Juni 2016 begehen wir in Mecklenburg-Vorpommern den Tag der Architektur mit einem vielfältigen Rahmenprogramm im gesamten Land. All diese Aktivitäten bringen die Umsetzung der Thesen zur Entwicklung der Baukultur zum Ausdruck und bezeugen somit den breiten Dialog zur weiteren Stärkung der Baukultur in unserem Land.

Meine Damen und Herren, Baukultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sowohl auf der staatlichen als auch auf der privaten Ebene. Gebautes ist auch ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und unseres Zusammenlebens, dabei sinnvoll erfahrbar im Alltäglichen wie im Einzigartigen. Baukultur ist natürlich auch Prozesskultur, die Veränderung und Wandel berücksichtigt. Baukultur hilft, das Alte zu bewahren, und schafft gleichzeitig die Verbindung zum Neuen, zum Modernen, spannt somit die Brücke aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft. Die Weiterentwicklung der Baukultur bedeutet nichts anderes, als die Geschichte und Tradition des Landes zu bewahren und auf moderne innovative Architektur und nachhaltige Regional- und Stadtentwicklung zu setzen.

Baukultur heißt aber auch, mit unserer Umwelt verantwortungsvoll umzugehen. Dabei müssen ebenso ökologische und wirtschaftliche Qualitäten berücksichtigt und mit den soziokulturellen Anforderungen in Einklang gebracht werden. In diesem Sinne braucht Baukultur ein Umfeld, das von einer hohen Sensibilität und Verantwortung aller für die Qualität unserer Häuser, Straßen, Plätze, Brücken und Parks gekennzeichnet ist. Erste Warnzeichen sind mit Dämmplatten verummte Wohnsiedlungen und historisch wertvolle Bausubstanz oder zu Kleinkraftwerken umgebaute Bauernhöfe. Die Gestaltung der gebauten Umwelt, die Bewahrung des kulturhistorischen Erbes und der Schutz unserer einmaligen Landschaft sind von immenser Bedeutung für die Einwohner und die zahlreichen Touristen, die Mecklenburg-Vorpommern jedes Jahr besuchen.

Und unser Land geizt dabei nicht mit seinen Reizen. So beeindruckend die Städte und Dörfer in Mecklenburg-Vorpommern durch ihr einzigartiges Erscheinungsbild und ihr kulturelles Erbe. Die Hanse- und die Residenzstädte, die Ackerbaustädte, die Bäderorte mit ihrer einzigartigen Architektur, aber auch die vielen Guts-, Fischer- und Bauerndörfer sind dabei typisch für unser

Land. Unverwechselbare Architekturgeschichte bieten die über 2.000 Schlösser, Herrenhäuser, Gutshäuser mit ihren Parkanlagen und natürlich die Gotteshäuser in beeindruckender Backsteingotik. Der Städtetourismus hat sich zu einem echten Wirtschaftsfaktor entwickelt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, das Thema Baukultur ist auch im Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern als eine Leitlinie in der Landesentwicklung formuliert. Viele Landesbauten sind als Beitrag zur Baukultur im Ergebnis von Architekturwettbewerben entstanden. Um die Debatte um die Qualität von der Baukultur in der Öffentlichkeit zu fördern, bedarf es weiterhin eines kontinuierlichen Dialogs zwischen allen an Planung und Bauprozess Beteiligten mit den Nutzern.

Das Landesparlament hat auf Initiative der SPD-Fraktion 2012 die Regierung beauftragt, regelmäßig über die Initiative „Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern“ zu unterrichten. Der erste Bericht Ende 2013 über die Aktivitäten der Initiative „Baukultur“ war insofern eine gute Grundlage für die weitere Diskussion und die weitere Arbeit.

Um auch in Zukunft auf eine hohe Baukultur setzen zu können, bedarf es einer Verstärkung der Initiative „Baukultur“. Unser Ziel muss es weiterhin bleiben, das öffentliche Bewusstsein für die gebaute Umwelt zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger für Baukultur zu begeistern,

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

denn eine Erhöhung der Attraktivität der Städte und Dörfer führt zu einer Verbesserung der Lebensqualität und kann insbesondere einem weiteren Bevölkerungsrückgang im Land entgegenwirken.

Meine Damen und Herren, natürlich wird vielfach auch mit öffentlicher Unterstützung und mithilfe von Transferleistungen des Bundes gebaut. Seit Jahren ist die Städtebauförderung ein Erfolgsprogramm und eine tragende Säule, wenn es um die kontinuierliche städtebauliche Erneuerung geht.

Die SPD-Fraktion von Mecklenburg-Vorpommern und ihr Koalitionspartner bekennen sich zu den besonderen baulichen Werten des Landes, die sich hier als Ergebnis der mehr als tausendjährigen Baugeschichte als gebaute Kultur darstellen. Vor diesem Hintergrund fördern wir die Initiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ und werden den Aufbau des Netzwerkes auch zukünftig begleiten. Mit dem Netzwerk wollen wir erreichen, die Akzente im baukulturellen Leben Mecklenburg-Vorpommerns zu bündeln und die Aktivitäten besser aufeinander abzustimmen. Auch mit Blick auf die Bundesebene wird das Thema Baukultur durch die Gründung der Bundesstiftung „Baukultur“ besonders befördert.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Baukultur ist ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor für Mecklenburg-Vorpommern.

(Michael Silkeit, CDU: Mein Reden!)

Die Wichtigkeit dieses Themas haben wir im Jahre 2012 durch eine Antragsinitiative „Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern“ unterstrichen. Ziel des im Jahre 2014 initiierten Antrages „Kunst am Bau“ als Ausdrucks-

merkmal der Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern stärken“ war es zudem, bei der Förderung von Bau-maßnahmen die Möglichkeiten zur Berücksichtigung von „Kunst am Bau“ im Rahmen der vorhandenen Fördermittel fortzusetzen.

Bereits im Koalitionsvertrag 2011 bis 2016 haben sich die Koalitionäre zur Baukultur bekannt. Wir haben uns explizit dafür ausgesprochen, den Aufbau des Netzwerkes „Baukultur“ weiter zu begleiten. Ich denke, der Minister wird darauf gleich eingehen. Alle Aktivitäten, die auf Grundlage eines breiten Dialoges eine schrittweise Verbesserung der Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern erreichen, sind zu begrüßen.

Insbesondere Initiativen wie „Neues Wohnen in der Innenstadt“ und Veranstaltungsreihen wie „Planerwerkstatt“ werden unter Mitwirkung des Landes durchgeführt. Hierbei ist der Dialog mit den Gremien der Kommunen und den Bürgern der Region ein zentraler Punkt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Luft nach oben ist allemal. In der Gesellschaft findet es so aber nicht statt.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die 21 Thesen zur Entwicklung der Baukultur haben in ihrer Aktualität überhaupt nicht nachgelassen. Deshalb wird es selbstverständlich eine Aktualisierung und Fortschreibung geben, da sich dieser Prozess immer in der Realität widerspiegeln muss. Aber dafür bedarf es keines neuen Antrages, meine Damen und Herren der Linksfraktion. Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Regine Lück, DIE LINKE: Aber seit
einem Jahr schläft die Internetseite.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landtag hat sich in dieser Wahlperiode ja schon mehrfach mit dem Thema Baukultur beschäftigt. Viele Abgeordnete haben sich dabei in der Debatte für die Baukultur im Land ausgesprochen und diese auch gewürdigt. Zuletzt waren es zwei Anträge der Koalition. Im Grunde ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auch nur möglich, weil man ja den Eindruck bekommen muss, dass die Koalition es mit ihren Anträgen am Ende sonst nicht ernst meint.

(Rainer Albrecht, SPD: Na, na, na, na!)

Zuerst werden mit großen Worten Initiativen der Landesregierung gefordert, aber ob und vor allem wie diese umgesetzt werden, scheint SPD und CDU dann doch nicht mehr so zu interessieren.

(Rainer Albrecht, SPD:
Na, na, na, na! Ganz dünnes Eis!)

Frau Lück hat schon so ein bisschen darauf hingewiesen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

im Dezember 2012 hat die Koalition einen Antrag zur Baukultur vorgelegt. Der einzige Satz des Antragstextes lautete sinngemäß, die Landesregierung möge eine Unterrichtung über die eingeleiteten Aktivitäten zur Initiative „Baukultur“ vorlegen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr mager.)

Dies sollte übrigens auch schon die Fortentwicklung zur Baukultur beinhalten, genau das, was ja Antrag der Fraktion DIE LINKE heute hier ist. Das jedenfalls haben Sie damals versprochen, Herr Albrecht.

(Rainer Albrecht, SPD:
Ja, dazu stehe ich auch.)

Als die Unterrichtung der Landesregierung dann aber tatsächlich vorlag, war Ihr Interesse offenbar schon wieder erlahmt, denn Sie brachten diese Unterrichtung weder in den zuständigen Fachausschuss noch hierher in den Landtag, und die Weiterentwicklung war entgegen Ihrem ursprünglichen Antrag in dieser Unterrichtung gar nicht erst enthalten.

(Regine Lück, DIE LINKE: So groß war
die Liebe dann doch nicht zur Baukultur.)

Zwei Jahre später verlangte die Koalition erneut eine Unterrichtung zur Baukultur, dieses Mal konkret für die Koalition angeblich zum wichtigen Thema „Kunst am Bau“. Aber wieder gab es dann vonseiten der Regierungsfractionen keine Ambition, die Unterrichtung, als sie endlich vorlag, im Plenum oder im Ausschuss zu beraten. Dieses Mal war es meine Fraktion, die dafür gesorgt hat, dass die Unterrichtung dann doch noch in den Landtag gezogen wurde. Und als wir Ihnen anhand einer Kleinen Anfrage vorrechneten, dass nur 0,035 Prozent der Landesbauinvestitionen für „Kunst am Bau“ eingesetzt werden und das Land damit seine eigene Richtlinie nicht befolgt, da war Ihnen „Kunst am Bau“ dann doch nicht mehr so wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, manchmal kann man in diesem Landtag den Eindruck bekommen, dass wir Ihre Anträge ernster nehmen als Sie selbst.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesmal hilft DIE LINKE der Koalition auf die Sprünge.

(Egbert Liskow, CDU: Danke, dankel!)

Wir finden das grundsätzlich richtig, denn gerade die Fragen der Barrierefreiheit und der Energiewende spielen in der Tat eine immer größere Rolle.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Wir hatten ja zum Beispiel auch schon bei Landesbauten in Schwerin die Diskussion, auf welchen Dächern Solaranlagen installiert werden dürfen und wo nicht. Und ich möchte daran erinnern, dass wir in den nächsten Jahren unter anderem vor der Aufgabe stehen, viele Schulen – das sind zum Teil denkmalgeschützte Gebäude – barrierefrei zu machen. Leider hat die Landesregierung bis heute immer noch nicht ermittelt, wie viele Schulen im Land überhaupt barrierefrei sind und wie viele nicht.

Zur Frage der Barrierefreiheit sieht die Landesordnung Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude vor. Doch nach welchen Kriterien Ausnahmen gewährt oder auch verweigert werden, sagt die Landesbauordnung nicht. Dafür könnte ein Leitbild Orientierung geben. Darüber hinaus sind eine Aktualisierung und ein Diskurs nach 13 Jahren auch grundsätzlich sinnvoll, damit mehr Leute überhaupt von der Existenz dieser Thesen erfahren und die hier formulierten Leitlinien mit der Realität abgleichen.

Zu einer Aktualisierung gehört aber natürlich auch die Frage: Welche Wirkung haben denn diese 21 Thesen zur Baukultur in der Vergangenheit entfalten können? Die Unterrichtung der Landesregierung hat seinerzeit Beispiele für entsprechende Initiativen genannt. Aber natürlich muss auch kritisch hinterfragt werden, warum und wo einzelne Thesen nicht umgesetzt wurden.

Ich will als Beispiel nur drei Thesen anführen, von denen ich meine, dass diese noch ein bisschen Potenzial nach oben haben. Gemeint sind zum Beispiel These 9: „Siedlungserweiterungen sollen sich durch eine hohe städtebauliche und architektonische Qualität auszeichnen“, These 15: „Eine konsequente Einbeziehung der Öffentlichkeit soll dem sozialen und demokratischen Anspruch von Bau- und Planungsmaßnahmen gerecht werden“, oder These 17: „An den Allgemeinbildenden- und den Berufsschulen des Landes wird auf eine fundierte Wissensvermittlung in den die Baukultur betreffenden Bereichen Wert gelegt.“

Ich denke, viele von Ihnen kennen städtebaulich nicht so gelungene Siedlungserweiterungen und Aufbaumaßnahmen, bei denen die Beteiligung der Öffentlichkeit eher suboptimal verlief, und eine tiefe Vermittlung der Baukulturen durch die beruflichen Schulen ist sicherlich auch ein Wunschdenken. Darum muss eine Weiterentwicklung auch die Analyse beinhalten: Wo liegen diese Thesen eigentlich vor? Sind sie zum Beispiel in den Kommunalvertretungen bekannt oder wurden sie irgendwann nur in einem Hefter abgeheftet und als freundliche Empfehlung wahrgenommen?

Eine solche Evaluation sollte die Basis für neue und überarbeitete Thesen sein. Das würden wir uns von dem heute angestrebten Diskurs wünschen und stimmen dem Antrag mit dieser Empfehlung zu. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Eifler für die CDU-Fraktion.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Regine, es ist nicht ganz richtig, was du gesagt hast. Ich habe versucht, mit den Fraktionen zu sprechen. Wir haben miteinander gesprochen, wir haben aber gesagt, wir machen nicht mit.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist umso bedauerlicher.
Ich hab schon geglaubt, das ist
nicht überall angekommen bei euch.)

Also es ist nicht nur beim Versuch geblieben. Gut, aber ich kann ja auch erklären, warum. Zur Geschichte dieses Antrages haben wir schon einiges gehört. Gestatten Sie mir, hierzu noch einige Aspekte hinzuzufügen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na, da bin ich gespannt auf die Gründe, warum ihr nicht mitmacht.)

Auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE sollte der Antrag interfraktionell kommen. Wir haben signalisiert, dass wir dem nicht entsprechen werden. Warum nicht? Maßgeblich ist die sachliche, personelle und organisatorische Erneuerung nach Ablauf einer Legislaturperiode. Diesen Antrag am Ende einer Legislaturperiode vorzutragen und im Antragstext als Stichdatum zur Befassung mit den dann aktualisierten Thesen auch noch explizit das Jahresende 2018 zu nennen, ist problematisch.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nein, es geht um eine Auftragsstellung.)

Sie wollen mit diesem Antrag letztendlich nichts anderes als einen Arbeitsauftrag für die dann 7. Legislaturperiode geben, für ein Parlament, das noch gar nicht gewählt ist.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na, dann können wir uns die letzte Landtagssitzung ja auch sparen, wenn wir keine Anträge überweisen.)

In Ihrer Antragsbegründung heißt es sogar ganz explizit, ich darf zitieren: „Die Mitglieder des Landtages der 6. Legislaturperiode formulieren mit diesem Antrag einen Handlungsauftrag für die Mitglieder des Landtages der 7. Legislaturperiode.“ Zitatende. Hierfür sind die Abgeordneten dieser Legislaturperiode aber doch noch gar nicht gewählt. Was soll dieser Arbeitsauftrag?

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

In Artikel 27 der Landesverfassung heißt es, ich darf wieder zitieren: „Der Landtag wird auf fünf Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages.“ Zitatende. Vorsichtig formuliert deckt sich das von der LINKEN initiierte Vorgehen also nicht mit der Landesverfassung.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir können natürlich auch einen Blick in die Geschäftsordnung des Landtages werfen. In Paragraph 113 ist das dort nämlich noch konkreter geregelt, nämlich die „nicht erledigten Gesetzentwürfe“,

(Regine Lück, DIE LINKE: Es geht doch nicht um einen Gesetzentwurf.)

„Anträge, Unterrichtungen, sonstigen Vorlagen, Anfragen und Auskunftersuchen“ gelten nach Ablauf der Wahlperiode „als erledigt“.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Selbst wenn Sie mit diesem Antrag sich auf den Absatz 3 des Paragraphen 113 berufen würden, bliebe dieser Antrag am Ende der Legislaturperiode schwierig. Dieser Absatz 3 lautet wörtlich, Zitat: „Beschlüsse, mit denen von der Landesregierung regelmäßige Berichte zu einem Thema gefordert werden, bleiben für die nächste Wahlperiode in Kraft.“ Zitatende.

Jetzt fordern Sie in Ihrem Bericht aber keinen regelmäßigen, sondern einen in dieser Form erstmaligen Bericht und immer noch soll diesem Bericht umfängliches und sehr konkretes Regierungshandeln vorgelagert werden, nämlich eine von der Landesregierung mit unterschiedlichen Instrumenten, wie Werkstattgesprächen, Planerwerkstätten, Regionalkonferenzen, Foren, dem Tag der Architektur, dem Tag der Städtebauförderung, dem Tag des offenen Denkmals oder der Verleihung des Landesbaupreises, unterstützende Debatte. Spätestens das ist dann auch nicht mehr durch Paragraph 113 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages gedeckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Legislaturperiode und an dieser Stelle verschiedentliche Anträge der Regierungsfractionen zur Baukultur besprochen und beschlossen. Ich verweise auf die Drucksachen 6/1366 oder 6/2618. Übrigens: Die Landes-CDU hat sich in ihrem Wahlprogramm sehr deutlich zur Baukultur positioniert. Wir sind sehr dankbar für die bundesdeutsche Solidarleistung etwa der Städtebauförderung. Sie hat dazu beigetragen, dass unsere Städte trotz der bankrotten SED-Bau- und Wohnungsmarktpolitik heute wieder in neuem Glanz erstrahlen. Es ist wichtig, dass ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Ich hätte mich ja gewundert, wenn das gefehlt hätte.
Das passt so richtig in das Klischee. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist doch so, Regine, wenn wir heute durch unsere Städte fahren, die glänzen. Also ich habe es noch in Erinnerung,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Reden Sie über jetzt und hier!)

wie die Stadt Stralsund 1989 ausgesehen hat. Es war ein Jammer! Wenn man das heute in Bildern sieht, das treibt mir die Tränen in die Augen.

Es ist wichtig, dass die Landesregierung die Baukultur würdigt. Auch wir, die Landes-CDU, würdigen die Baukultur in unserem Wahlprogramm explizit. Wir plädieren zum Beispiel auch für eine internationale Bauausstellung in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau dorthin, in ein Wahlprogramm, später in ein Sondierungsgespräch und dann vielleicht in die Koa-Verhandlungen und in einen Koa-Vertrag, gehört ein Ansinnen mit einem von den LINKEN vorgeschlagenen Zeithorizont über die Legislaturperiode hinaus. Am 4. September wird gewählt und gewählt werden Parteien mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Lassen Sie uns abschließend beim Thema „Inhaltliche Schwerpunkte“ bleiben.

Nun war der Programmparteitag von der LINKEN in M-V am 21. Mai 2016. Die Hinweise auf die Baukultur sind in ihrem Programm überschaubar geblieben.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ja, aber wir haben sie wenigstens aufgenommen gegenüber anderen Wahlprogrammen.)

Aus dem Landtagswahlprogramm der LINKEN möchte ich zum Thema „Baukultur“ mit Erlaubnis der Präsidentin gern zitieren. Ich zitiere: „Das Land verfügt über einzigart-

tige Zeugnisse der Baukultur. Baukultur ist identitätsstiftend und ein weicher Wirtschaftsfaktor.“

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Lesen Sie doch mal Ihr Bauprogramm vor!)

„Wir wollen, dass baukulturelle Aspekte nicht nur bei bedeutenden historischen und modernen Bauvorhaben, sondern für alle Bauvorhaben selbstverständlich werden. Deshalb will DIE LINKE die Öffentlichkeit stärker für Baukultur interessieren. Wir wollen das Netzwerk Baukultur unterstützen und die Thesen der Initiative ‚Baukultur M-V‘ weiterentwickeln.“ Zitatende.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Na, das ist doch eine ganze Menge,
Herr Eifler. Was meckern Sie eigentlich?! –
Der Abgeordnete Helmut Holter
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Eifler, Entschuldigung, lassen Sie eine Zwischenfrage des ...

Dietmar Eifler, CDU: Nein, ich bin gleich am Ende. Die Fraktion DIE LINKE hat noch Redezeit.

Das ist zwar sicher richtig,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist gut,
was wir da aufgeschrieben haben.)

aber doch ziemlich überschaubar, und zwar vor allem, wenn wir die schon etwas konkreteren Handlungsaufträge Ihres Landtagsantrages zum Beispiel zu den Thesen der Initiative dagegenstellen. Dieser Antrag aber hat, wie gesagt, das nicht unwesentliche Manko, das Diskontinuitätsprinzip zu verletzen.

Was bedeutet das nun alles in summa? Nun, es drängt sich zumindest der Verdacht auf, dass das, was auf dem Programmparteitag der LINKEN am 21. Mai vergessen wurde,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wieso denn vergessen?)

hier nachträglich, nämlich am 10. Juni im Parlament geheilt werden soll. Für solche Spielchen sind wir aber nicht zu haben.

(Heiterkeit bei Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist ja unglaublich!)

Wir wählen die üblichen zeitlichen Abfolgen und Spielregeln unserer parlamentarischen Demokratie und setzen auf die besseren,

(Regine Lück, DIE LINKE: Hier wird einem
ja das Wort im Munde umgedreht!)

weil klareren Programminhalte des CDU-Landesverbandes im Wahlkampf.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Tolle Rede, Herr Eifler!
Das müssen wir den Architekten unbedingt mal
erzählen, was Sie hier berichten.)

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Initiative „Baukultur“ wurde im Juni 2003 gestartet, um einen breiten Dialog zu baukulturellen Fragen bei Bürgern, Bauherren, Politikern, Vereinen und Verbänden im Land zu entfachen, und hat zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Der von der Fraktion DIE LINKE eingebrachte Antrag erweckt den Eindruck, dass die Landesregierung die Initiative aus den Augen verloren haben soll. Das kann ich nur zurückweisen, Frau Lück.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na ja, das steht nicht im Fokus. Das steht nicht im Fokus. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie haben ja in Rostock erlebt, dass man mit den Fragen, die das Land, aber auch die Vereine und Verbände, die die Politiker bewegen, von allen Seiten gelobt worden ist. Ich habe keine Kritik gehört. Selbst Sie haben Herrn Brenncke auch noch gelobt. Sie waren ja dabei.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war doch eine Festveranstaltung. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ja, also von daher, denke ich, sollten wir mit einem sachlichen Dialog einsteigen und nicht immer so tun, als wenn wir die ganze Welt jetzt neu erfinden müssen. Und die 21 Thesen ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann
müsste die Rede von Herrn Eifler einem
sachlichen Dialog zugeordnet werden.
Das war überhaupt nicht sachlich!)

Herr Kollege Holter oder Fraktionsvorsitzender Holter, Sie wissen doch auch, im Jahr 2003 waren Sie dabei, als die Dinge auf den Weg gebracht worden sind.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Was war 2002? Wer war da Minister?)

Sehen Sie, Sie sind sozusagen ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Jaja, eben!
Ich hab sie mit aus der Taufe gehoben. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihre Kollegin war die Geburtshelferin und Sie waren der Vater oder so.

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU,
und Regine Lück, DIE LINKE –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ja, gut, also darüber sind wir uns ja auch völlig einig. Das ist unstrittig. Und Thesen sind bei Promotionen oder bei Doktorarbeiten sozusagen Grundlage einer Debatte. Da ziehen natürlich viele Fragen und Antworten, wer da diskutiert, und man muss einen breiten Dialog über Jahre führen.

Das Ziel der Initiative ist es ja einerseits, das öffentliche Bewusstsein für die qualitätsvolle Architektur und den

planerischen Umgang mit dem nützlichen und dem historischen Erbe im Land zu fördern. Ich denke, das ist unstrittig. Dazu zählen eine einzigartige Natur, typische Stadt- und Ortsstrukturen, eine unverwechselbare Backsteingotik, die Bäderarchitektur, die Gesamtheit wertvoller historischer Schlösser, Guts- und Herrenhäuser und auch Ingenieurbauwerke. Andererseits setzt sich die Initiative vor dem Hintergrund rückläufiger Bevölkerungszahlen kritisch mit den neuen Stadtentwicklungsstrategien auseinander und formuliert Thesen.

Sie haben zu Recht 21 Thesen formuliert und auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen werden auch heute immer noch diskutiert und mit Leben erfüllt. Die Schwerpunkte sind dabei die Vorbildwirkung des öffentlichen Bauherrn, also des Landes, der Kommunen, der Gemeinden, der Oberzentren, aber auch Architektur- und Ingenieurwettbewerbe spielen natürlich eine entscheidende Rolle. Die Frage der Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Weiterbildung, Forschung sowie die länderübergreifende Zusammenarbeit spielen eine Rolle.

Schauen wir auf das Erreichte, so kann man durchaus eine sehr positive Erfolgsbilanz ziehen. Dokumentiert sind die baukulturellen Aktivitäten und deren Ergebnisse eindrucksvoll. Wir haben das ja in zwei Baukulturberichten im Jahr 2010 und 2013 den Abgeordneten vorgelegt. Hier sind natürlich auch Feststellungen getroffen worden.

Meine Damen und Herren, Baukultur ist kein Selbstzweck. Qualität in Städtebau und Architektur gewinnen zunehmend als weicher Standortfaktor für wirtschaftliche Ansiedlungen, die Wohnortwahl und als Urlaubsziel natürlich weiter an Bedeutung. Unter Berücksichtigung von demografischen Veränderungen und einer erweiterten touristischen Entwicklung ist eine hohe Baukultur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Mecklenburg-Vorpommern.

Und ein hohes Maß an Baukultur ist ein bedeutender Identitätsfaktor der Menschen für ihre Heimat. Gut gestaltete Gebäude, Wohnquartiere, Städte und Dörfer sind Garanten für Wohnzufriedenheit und letztlich auch für bürgerliches Engagement, meine Damen und Herren. Landkreise, Städte, ländliche Gemeinden und besonders das Land Mecklenburg-Vorpommern als Bauherren öffentlicher Einrichtungen leisten Vorbildliches und geben Beispielhaftes für baukulturell gut gelungene Bauten und Gestaltung.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern übernimmt Verantwortung für die Qualität der gebauten Umwelt. Ein öffentlicher Bauherr setzt sozusagen auch Maßstäbe beim Bauen im Land und hier ist insbesondere der BBL zu nennen.

Meine Damen und Herren, mit zahlreichen Fördermaßnahmen wurden Baumaßnahmen von Landkreisen, Städten und ländlichen Gemeinden unterstützt. Historische Stadtkerne wurden vor dem Verfall bewahrt, Frau Lück. Und da hat der Kollege Eifler recht, wenn Sie mit offenen Augen betrachten, wie es 1989 aussah, als die Demonstrationen stattfanden: „Wir sind das Volk“, und sozusagen eine neue Gesellschaft gefordert wurde, dann müssen Sie schon zugeben, dass die Innenstädte dem Verfall preisgegeben waren. Und 25 Jahre danach kann man sich die Stadtkerne ansehen – im Land Mecklenburg-Vorpommern beispielhaft.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Also von daher, glaube ich, brauchen wir uns darüber gar nicht zu streiten, dass das eine historische Leistung war, die alle Architekten sowie Politik, aber auch Gemeinden, Städte und Oberzentren in Grundzentren erbracht haben, denn diese historische Bausubstanz soll für die Nachwelt bewahrt bleiben.

Von daher sind diese Anstrengungen – gerade auch durch die Städtebauförderung, an der ja Bund, Länder und Kommunen zu je einem Drittel beteiligt sind – nicht hoch genug zu werten. Auch Stadtgrundrisse, Stadtsilhouetten mit mittelalterlichen Straßenräumen und wertvolle Altbausubstanzen sind natürlich im Laufe der Zeit in den Innenstädten gut aufgebaut worden, gut saniert worden. Ich denke, sie entsprechen auch der Denkmalpflege, denn wir brauchen Lebensqualität. Das ist eine wichtige Adresse, gerade wertvolle und werthaltige Immobilien auch über die Denkmalpflege zu schützen und weiter zu erhalten.

Ob Denkmalschutz, ländlicher Raum, Siedlungsentwicklung, Beseitigung städtebaulicher Missstände, Architekten- und Ingenieurwettbewerbe und so weiter, die Thesen der Initiative „Baukultur“ spiegeln sich überall wider. In diesem Jahr wird zum zehnten Mal der Landesbaupreis verliehen. Der Landesbaupreis wird alle zwei Jahre vom für das Bauen zuständigen Ministerium des Landes, also meinem Ministerium, der Architekten- und Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommerns ausgelobt. Die eingereichten Arbeiten zeigen die Vielfalt der Herangehensweise, den heutigen großen Herausforderungen zu begegnen, und zeugen vom hohen Können der Planer und Baubetriebe, die sich als Dichter der Architektur beziehungsweise der Ingenieurkunst in all den Jahren bewährt haben. Mit dem Landesbaupreis werden Projekte ausgezeichnet, die in ästhetischer, funktioneller und wirtschaftlicher Hinsicht hohen Qualitätsansprüchen genügen.

Und, meine Damen und Herren, wir haben auch Neuerungen eingeführt, denn Bürger können über den Landesbaupreis Finalisten benennen. Daran will ich noch mal erinnern, dass also die Bürger die Möglichkeit haben, sich einzubringen, auch bei der Auswahl der Preisträger.

Meine Damen und Herren, ich denke, Baukultur bleibt eine ständige Aufgabe und wird es für die nächsten Jahre auch sein. Baukulturelles Leben in Mecklenburg-Vorpommern ist wichtig, auch für die NPD, meine Herren.

(Michael Andrejewski, NPD: Jawoll! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jawoll. Das ist wenigstens eine militärische Antwort, ja.

(Udo Pastörs, NPD: Jawoll! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Von daher bauen wir auch auf Sie, dass Sie die Dinge dann bewahren.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Meine Damen und Herren, das Bauen im Land verändert nicht nur Qualitäten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es steht in besonderer Weise auch beim Planen und beim Bauen mit im Vordergrund. Dies sind natürlich zu-

nehmend steuernde Größen: Wie wird gebaut? Wie bauen wir? Das sind Fragen, die auch nachhaltig sein müssen und Energieeffizienz beachten. Sie entwickeln dann auch die Frage, welche Potenziale in den nächsten Jahren im Land weiter gehoben werden müssen, und Planungsprozesse müssen natürlich transparent sein.

Von daher glaube ich, dass wir am Ende die Herausbildung einer eigenständigen Lebensidentität hier im Land weiter voranbringen. Die Nutzung des Tages der Architektur, die Städtebauförderung, der Tag des offenen Denkmals und Planerwerkstätten, Werkstattengespräche et cetera sind wichtige Bestandteile, die im Land gepflegt und auch weiter gelebt werden.

Die Landesregierung hat also viele Dinge angeschoben. Zu der Frage, wie es später mit den Thesen weitergehen sollte, will ich meinem Kollegen Eifler recht geben, das kann man nicht übers Knie brechen, das sollte auch Aufgabe der Kollegen der 7. Wahlperiode dieses Hohen Hauses werden. Von daher, denke ich, müssen das, nachdem der Bürger entschieden hat, wer regieren soll und wer nicht, die neuen handelnden Personen im September und im Oktober in den jeweiligen Koalitionsverhandlungen besprechen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ablehnung des Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Minister Glawe!

(Minister Harry Glawe: Hier!)

Sie hatten von uns verlangt, das Erbe, was Sie so auf Vordermann gebracht haben wollen, zu bewahren in der Zukunft. Allein uns fehlt da die Substanz.

Wenn man genau hinschaut im Land – und jetzt komme ich mal auf Frau Lück –, dann wundert ganz besonders, dass es DIE LINKE in ihrem sozialistischen Wahn als Ergebnis nicht geschafft hat, dem neuen Menschen, den Sie ja in Ihren Großprojekten der Betonarchitektur heranzüchten wollten,

(Regine Lück, DIE LINKE: Ich bitte Sie,
das ist aber unter der Gürtellinie!)

auch nur halbwegs eine vernünftige Wohnqualität zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Erzählen Sie mal nicht solchen Unsinn! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Und die kamen nicht aus dem Westen, um Sie da zu korrigieren, sondern das ist der Bauhaus-Gedanke von Gropius. Da müssen Sie mal ein bisschen in die Architekturgeschichte hineingehen.

Aber ich bleibe beim Thema. Es verwundert dann schon, wenn man hier die Arbeiterverräterpartei SPD hört,

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

die dann sagt, dass alles in bester Ordnung sei und man brauche sich über dieses Thema gar nicht zu unterhalten.

(Rainer Albrecht, SPD:
Das ist doch gar nicht richtig.
Da haben Sie nicht zugehört!)

Die NPD-Fraktion war es schon vor acht Jahren, die darauf hingewiesen hat – an dieser Stelle habe ich das getan –, dass die Verunstaltung ganzer Wohnviertel dadurch befördert wird, dass man die Wohnblocks strukturell so ausstattet, dass man sie mit Styropor beklebt. Mittlerweile gibt es schon Stellen, wo man das wieder abkratzt, so, wie wir das vorausgesagt haben, weil es ganz einfach wohnökologischer Blödsinn war. Es wird aber weiterhin praktiziert.

Ein nächster Punkt ist, dass man sich jetzt auch bei der Architektur ästhetisch versündigt, indem man überall sogenannte Solarplatten draufknallt, ohne Rücksicht auf Verluste, weil ja die GRÜNEN in ihrem Energiewendewahn alles und jedes fordern, ohne nur einen Funken von Ästhetik dabei zur Geltung zu bringen.

Der nächste Punkt ist, was hier auch vom Land gefördert und finanziert wird, im öffentlichen Baubereich glänzen Sie mit dem Versuch von Weltarchitektur insofern, als dass Sie diese hässlichen Stahl-Glas-Beton-Bauten auch noch mit Preisen ausstatten. Und wenn ich hier so rübergucke und sehe mir dieses Gebäude da drüben an, die Industrie- und Handelskammer, dann muss ich Ihnen sagen, ist das der Beweis dafür, dass Sie hier nur Schaumschlägerei betreiben und in der Praxis draußen das Gegenteil tun.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Dass Sie gegen das Bauhaus
was haben, das wundert mich nicht.)

Ganz besonders wundert mich dann bei der LINKEN, dass Sie hier richtigerweise angeführt haben, was für einen Schatz wir in der Backsteingotik

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Walmdächer.)

und in der regionalbezogenen Historie dieses Landes zu bewahren haben, aber gar nicht darauf eingehen, dass auch ein wichtiger Punkt für uns von der NPD ist, wie eigentlich die Wohnsituation der ganz normalen Arbeiterinnen und Arbeiter, der kleinen Leute ist. Die ist nach wie vor katastrophal.

Und wenn das Signal aus Berlin kommt und hier von Barbara Hendricks, Bauministerin, die Forderung aufgemacht wird, Zitat, „Junge Leute brauchen nicht viel Platz“ – und die will dann in einem Baukastensystem mit Hinweis auf die Flüchtlingssituation für junge Leute Wohnungen unter 25 Quadratmetern fördern –, dann sage ich nur: Was Sie hier alles losgetreten haben, ist nichts anderes als reine Verarschung der kleinen Leute in der Fläche, meine sehr verehrten Damen und Herren, und da machen wir nicht mit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Insofern werden wir, ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist beendet.

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Ende.

... werden wir den Ansatz Ihres Antrages mittragen, aber sind schon verwundert, dass Sie nicht mit einem Satz ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich hatte Sie darauf hingewiesen, dass Ihre Redezeit vorbei ist, und weise Sie auch noch mal darauf hin, dass bestimmte Begriffe in diesem Raum nicht genutzt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Jetzt hat Frau Lück das Wort von der Fraktion DIE LINKE. Bitte, Frau Lück.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was hat denn die
CDU im Wahlprogramm stehen zur Baukultur,
Regine? Da kannst du uns mal aufklären.)

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es äußerst schade, dass jeder, wirklich jeder Antrag der Opposition abgelehnt wird und dass nicht einmal eine ausgestreckte Hand genommen wird, gemeinsam zu handeln. Meine persönliche Meinung: Ich halte es für keine gute Kultur und das bringt vor allem unser Land nicht weiter, hilft den Menschen nicht. Wir müssen immer im Blick haben, wir sind alle angetreten, gute Landespolitik zu machen

(Egbert Liskow, CDU:
Na, dann macht doch welche!)

zum Wohle der Menschen. Ich habe den Eindruck, einige vielleicht im Raum hier auch nicht.

Wir können darüber reden, dass wir kluge und kreative Köpfe brauchen, um neue Wege zu gehen, neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen, dieser Anspruch muss aber auch für alle demokratischen Kräfte im Landtag gelten, egal welcher Fraktion sie angehören. Deshalb gebe ich den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen noch einen Rat, obwohl ich immer nicht viel davon halte, dass andere Ratschläge geben, aber in dem Falle tue ich es:

(Rainer Albrecht, SPD:
Ratschläge sind auch Schläge.)

Ein kultur- und respektvoller Umgang miteinander muss endlich selbstverständlich werden in diesem Landtag.

(Dietmar Eifler, CDU:
Machen wir doch.)

Ich habe nicht das Gefühl gehabt. In meiner Debatte, zu meinem Tagesordnungspunkt war es wohl so, aber in vielen anderen Debatten, zu anderen Themen ist es nicht so. Und es ist mir einfach ein Herzensbedürfnis, das noch mal sagen zu wollen hier in diesem Landtag.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Andere Landtage zeigen, dass man mit der Opposition anders umgehen kann, indem man nämlich auch Anträge von oppositionellen Parteien annimmt, wenn es um Sacharbeit geht, und nicht um politische Gräben, die natürlich die Parteien haben, sonst würden sie sich ja nicht unterscheiden. Das ist klar.

Aber zurück zum Thema: Wie wir gerade diskutierten, ist Baukultur für Mecklenburg-Vorpommern als Urlaubsland, Gesundheitsland, als Agrarland sehr viel wichtiger als zum Beispiel in einem von Industrie geprägten Land. Mit der Initiative zur Entwicklung der Baukultur – das hat der Minister noch mal gesagt – 2003 hatten wir bundesweit eine Vorreiterrolle und darauf waren wir auch fraktionsübergreifend alle sehr stolz. Eine öffentliche und über die Landesgrenzen wahrnehmbare Debatte über Baukultur und einen Prozess zur weiteren Entwicklung schenkt Aufmerksamkeit und ist geeignet, dass Mecklenburg-Vorpommern wieder eine Vorreiterrolle einnimmt. Und genau das war mein Wunsch mit diesem Antrag.

Bei uns findet der demografische Wandel im Zeitraffer statt. Wir sind mit führend als Land der erneuerbaren Energien. Deshalb sollten wir auch Vorreiter sein, um Maßstäbe zu setzen, wie das alles in Einklang zu bringen ist mit hohen baukulturellen Ansprüchen.

(Udo Pastörs, NPD:
Der Plenarsaal mit 30 Millionen.)

Worum geht es konkret? Ich stelle einige dringende Fragen: Wie können wir die Potenziale von Solarenergie auf Dächern besser nutzen, wo doch oft Belange des Denkmalschutzes oder Gestaltungssatzungen entgegenstehen? Dabei haben Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Dächern, vor allem Anlagen für erneuerbare Energien, die höchste Akzeptanz in der Bevölkerung.

Oder andere Fragen: Wird bei der Ausweisung von Windenergiegebieten der Bewertung von Landschaftsbildern, Denkmalen oder Denkmalensembles wirklich die gebotene Aufmerksamkeit geschenkt? Wie bekommen wir eine klimagerechte Gebäude-, Stadt- und Dorferneuerung hin, die den ästhetischen Ansprüchen genügt? Ist Dämmung wirklich immer die richtige Lösung? Was muss Vorrang haben, die Anforderungen an Barrierefreiheit in einer inklusiven Gesellschaft oder Anforderungen des Denkmalschutzes? Wie schaffen wir es, Barrieren abzubauen, und dennoch die historisch gewachsenen baulichen Strukturen zu erhalten oder wieder sichtbar zu machen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und zuletzt die Frage aller Fragen: Wie schaffen wir gute, zeitgenössische, regionalbezogene Baukultur und zugleich bezahlbaren Wohnraum? Weil das ist nämlich die generelle Frage. Deshalb sage ich auch, das ist die Frage aller Fragen. Oder muss gute Baukultur teuer sein?

Auf diese und noch viele andere Fragen sollten wir allgemeinverbindliche und praktikable, handhabbare Antworten finden. Sie sollten Richtwert sein und können natürlich Einzelentscheidungen nicht ersetzen. Aber solche Grundsätze können helfen, wenn es um Entscheidungen der regionalen Planungsverbände oder von Baugenehmigungsbehörden geht. Sie sollten ebenso Richtschnur sein, wenn städtebauliche Konzepte aufgestellt und in der Kommunalpolitik, Herr Minister, beraten und beschlossen werden. Ist er nicht da?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Hier!)

Ah ja, umgezogen

Baukultur ...

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Also was ich sagen will, meine Damen und Herren, Baukultur ist noch lange nicht angekommen. Baukultur wird meist nur mit herausragenden Bauten in Verbindung gebracht. Natürlich sind es die Leuchttürme, die die Anziehungspunkte sind. Deshalb müssen wir die weitere Sanierung beider Weltkulturerbestädte Wismar und Stralsund und auch die Bewerbung Schwerins in Einbettung der einzigartigen Naturlandschaft zur Aufnahme ins Weltkulturerbe besonders unterstützen, auch in der Städtebauförderung. Städtebauförderung ist eine Daueraufgabe, die auf hohem Niveau weitergehen muss. Ich sehe allerdings die Sorge, dass viele Orte des Landes nicht oder nicht mehr dabei sind.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Herr Ringguth,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja?)

seien Sie mal so nett und hören doch mal zu! Kaum sind Sie hier, schon stören Sie!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir reden
über Baukultur und wundern uns,
dass Sie darüber reden.)

Dann gehen Sie lieber Kaffee trinken! Das ist meine persönliche Meinung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE
und NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie verfügen über kein integriertes Stadtentwicklungskonzept, welches Grundlage für die Städtebauförderung ist. Damit meine ich die Orte, die es sich nicht leisten können, um noch mal Bezug aufzunehmen. Sie können ein solches Konzept nicht selbst finanzieren und die Fördermittel sind leider begrenzt. Deshalb wäre es wichtig, wieder ein eigenes Landesstädtebauförderprogramm zu haben.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Das sollte dort wirken, wo die Bund-Länder-Programme nicht greifen oder eingesetzt werden können. Es muss leicht und unbürokratisch zugänglich sein, meine Damen und Herren. Vor allem aber müssen wir vielen Menschen klarmachen, dass es noch so kleine Bauvorhaben sind, die aber gelebte Baukultur darstellen. Unser unmittelbares gebautes Umfeld entscheidet über unser Wohlbefinden. Deshalb ist es schade, dass in der Landesbauordnung zwar ein Verunstaltungsverbot enthalten ist, aber das von uns in der Novelle vorgeschlagene Gestaltungsgebot von Ihnen, liebe Regierungskoalition, abgelehnt wurde. Das finde ich schade. Vor allem bei genehmigungsfreien Bauvorhaben sind die Geschmäcker bisweilen eigenwillig bis sehr eigenwillig. So möchte ich es einfach diplomatisch formulieren.

Deshalb bin ich froh, dass wenigstens die Planung genehmigungspflichtiger Vorhaben den Architekten und bauvorlageberechtigten Ingenieuren vorbehalten bleibt. Und so sollte es natürlich auch in Zukunft sein. Geschmack ist ja sehr individuell und über guten Geschmack kann man natürlich sehr streiten. Aber Geschmack kann man lernen. Deshalb muss Baukultur in der Schule, in der Ausbildung, beim Studium eine viel größere Rolle einnehmen. Lehrpläne, Lehr- und Studiengänge müssen die baukulturelle Bildung mit im Blick haben. Dafür muss sich die Landesregierung gemeinsam mit dem Netzwerk starkmachen. Das ist einfach die Forderung, die wir haben. Lassen Sie uns jetzt den Prozess der Fortschreibung der Thesen zur Entwicklung der Baukultur in Gang setzen! Ich werbe also noch einmal für meinen Antrag, für unseren Antrag.

Und, Herr Eifler, um noch mal die Auseinandersetzung mit Ihnen zu führen, da Sie so vermessen waren, uns hier zu zitieren und unser Parteiprogramm zu zitieren.

(Dietmar Eifler, CDU: Ja.)

Ich kann ja mal aus Ihrem Parteiprogramm zitieren.

(Dietmar Eifler, CDU: Ja, na hoffentlich!)

Da werden Sie aber staunen, wie wenig darin zur Baukultur steht, Zitat:

„Zur Kultur unseres Bundeslandes gehört eine identitätsstiftende und heimatbezogene Baukultur,“

(Jürgen Seidel, CDU: Damit ist doch alles gesagt.)

„sowohl mit den historischen als auch mit den zeitgemäßen Gebäuden.“

(Dietmar Eifler, CDU: Dagegen ist doch nichts einzuwenden!)

Dann gibt es noch einen Satz zur heimatbezogenen Baukultur

(Dietmar Eifler, CDU: Da ist doch nichts einzuwenden! – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Torsten Renz, CDU)

und das wars, meine Herren von der CDU-Fraktion.

Heißt das, dass Sie, weil Sie ja die Frage so gestellt haben, Ihre Anträge, die Sie eingebracht haben, alle ins Wahlprogramm aufnehmen? Weil Sie ja genau die Frage an mich so gerichtet haben.

(Dietmar Eifler, CDU: Das können Sie vergessen!)

Also da sage ich Ihnen, ich glaube es nicht. Und warum unser Zitat aus dem Programm der Partei? Ich finde, wir haben die Baukultur aufgrund meiner Zuarbeit sehr gut platziert.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig, Regine.)

Und außerdem ...

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Schwach, was die CDU da formuliert hat. Aber gut, dass Sie vorgelesen haben, Herr Eifler.)

Ja, genau.

Ich will aber, um meinen Diskussionsbeitrag hier rund zu machen,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:

Da ist nichts gegen einzuwenden, gegen das Programm. –

Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Torsten Renz, CDU)

noch einiges zum Beginn meines Beitrages, den ich wieder aufnehmen möchte, sagen. Und zwar geht es noch mal um die bessere, um eine viel bessere Debatte- und Kultur. Für mich gehört einfach zu einer viel besseren Debatte- und Kultur, dass man zuhört, dass man inspiriert und überzeugt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Veranstaltung „Jugend debattiert im Landtag“ können Sie sich mal als Vorbild reinziehen.

(Rainer Albrecht, SPD: Da müssen Sie aber auch Ihre Fraktion angucken!)

Also die Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere der Werkstatthochschule in Rostock, sind nämlich die Preisträger auch auf Bundesebene,

(Andreas Butzki, SPD: Das können die LINKEN aber erst mal lernen.)

die sollten Sie sich mal anhören in einer Debatte. Da sage ich, in diesem Sinne setze ich auf unsere Jugend und hoffe sehr, dass wir hier eine neue und eine bessere Debatte- und Kultur im nächsten Parlament haben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5440. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde gern das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben, und zwar so, dass es auch vernehmbar ist im Saal.

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5440 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen und Enthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Drohenden Lehrkräftemangel abwenden – Lehramtskapazitäten erhöhen, Drucksache 6/5431.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drohenden Lehrkräftemangel abwenden –
Lehramtskapazitäten erhöhen
– Drucksache 6/5431 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt drei Wege, Nachwuchskräfte für den Lehrerberuf zu gewinnen: Entweder wir bilden unseren eigenen Lehrerberuf aus oder wir werben fertig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern an oder wir greifen auf Quereinsteiger ohne pädagogische Ausbildung zurück.

Die Quereinsteiger sollten die Ausnahme bleiben. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Erfolg versprach sich der Bildungsminister mit der Anwerbung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern. Seit vorgestern wissen wir, dass seine Lehrerwerbekampagne ein Schuss in den Ofen war.

(Torsten Renz, CDU: Oh nee, Herr Saalfeld!)

Auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktionskollegin Ulrike Berger antwortete der Bildungsminister, dass aktuell 200 Referendariatsplätze bei der letzten Ausschreibung für den 1. August nicht besetzt werden konnten, weil schlicht keine einzige zulassungsfähige Bewerbung dafür eingegangen ist.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, was nun? Bleibt noch die naheliegendste Lösung beziehungsweise der von mir vorhin genannte dritte Weg für unser Nachwuchsproblem. Wir bilden einfach genügend Lehrerinnen und Lehrer für den Eigenbedarf aus. Damit könnten wir das Problem lösen. Was sich schlüssig und vernünftig anhört, ist aber noch lange nicht Praxis in Mecklenburg-Vorpommern. Wir steuern, meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit regelrecht auf einen Lehrernotstand zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lehrerberarfsprognose der Landesregierung geht davon aus, dass wir ab dem Jahr 2020 bis zu 800 neue Lehrkräfte pro Jahr einstellen müssen – pro Jahr! –, um die anstehenden Verrentungen zu kompensieren. Das heißt, der Einstellungsbedarf vervielfacht sich in den nächsten Jahren. Obwohl das so ist, wurden die Lehramtskapazitäten an unseren Hochschulen in den aktuellen Zielvereinbarungen nicht etwa erhöht, sondern sie werden ab 2018 sogar sinken. 120 Studienplätze sollen ab 2018 wegfallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie jetzt verwundert sind,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

warum die Landesregierung sehenden Auges ihren Lehrernotstand selbst herbeiführt, dann haben Sie genau den Grund erkannt, warum wir GRÜNE heute hier mit einem Antrag im Landtag stehen. Spätestens ab heute

kann keiner der hier anwesenden Fraktionen behaupten, von diesen anstehenden Problemen nichts gewusst zu haben. Wir GRÜNE setzen uns mit dem vorliegenden Antrag für höhere Ausbildungskapazitäten und bessere Studienbedingungen beim Lehramtsstudium ein. Dazu gehört natürlich auch, dass die Hochschulen dafür zusätzlich finanziell ausgestattet werden müssen. Wir bitten hierfür um Ihre Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Lehrerbildungsgesetz enthält eine klare und kluge Vorschrift. Im Gesetz heißt es unter Artikel 1 Absatz 3: Die Ausbildungskapazitäten für Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen „(müssen) mindestens den Landesbedarf abdecken“. So steht es im Gesetz.

Der Bildungsminister hält sich aber nicht daran. Die Diskrepanz zwischen Bedarf und Ausbildung ist zum Teil dramatisch. In den nächsten Jahren brauchen wir zum Beispiel bis zu 200 neue Grundschullehrkräfte pro Jahr. Zurzeit haben wir im Lehramt „Grundschule“ pro Jahr aber nur rund 60 Absolventinnen und Absolventen und die Ausbildungskapazitäten sollen, wie gesagt, sogar noch sinken. Bis zur Ausbildung von 200 Grundschullehrkräften pro Jahr, wie es das Gesetz vorschreibt, ist es noch ein weiter Weg bei nur 60 Absolventinnen und Absolventen. Wie viele haben sich im Lehramt „Grundschule“ zum 1. August auf die 80 Referendariatsplätze beworben? 47 aus ganz Deutschland – trotz gigantischer und groß gefeierter Werbekampagne des Bildungsministers! Er hat bloß völlig unterschätzt, dass auch andere Bundesländer junge Lehrerinnen und Lehrer brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Werbekampagne werden wir unseren Lehrerberuf in den nächsten Jahren nicht einmal annähernd decken. Genauso prekär sieht es im Bereich der Sonderpädagogik aus und im Lehramt „Regionale Schulen“. Einzig beim Lehramt „Gymnasium“ ist die Situation entspannter, man könnte fast sagen, entspannt.

(Torsten Renz, CDU: Aber das wundert Sie jetzt wieder, ne?!)

Dieses Nachwuchsproblem gibt es auch deshalb, weil das Bildungsministerium ganz offiziell mit völlig unrealistischen Zahlen kalkuliert. Das Bildungsministerium nimmt zum Beispiel an, dass 81 Prozent der Erstsemestler, also vier von fünf Erstsemestlern, im Lehramt „Grundschule“ am Ende auch als voll ausgebildete Lehrkräfte in unserem Land eingestellt werden. 80 Prozent! Angesichts der Studienabbruchquoten und der Abwanderungen sind das absolute Fantazahlen. Wir können zurzeit froh sein, wenn am Ende nicht 80 Prozent, sondern vielleicht 40 Prozent der Erstsemestler an unseren Grundschulen landen. Der Bildungsminister hat allerdings in seiner Pressemitteilung von diesem Mittwoch klargemacht, wo er die fehlenden Lehrkräfte herbekommen will, und zwar aus den westdeutschen Bundesländern, denn diese hätten angeblich starke Überkapazitäten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist russisches Roulette in der Bildungspolitik. Denn wenn wir uns die aktuellen Prognosen der Kultusministerkonferenz für die Länder ansehen, dann sieht es überhaupt nicht so rosig aus. Im Bereich „Gymnasium“, das stimmt, da bilden die westdeutschen Länder mehr aus, als sie brauchen. Da brauchen wir aber selbst gar keine Lehrer, denn dort bilden wir selbst am meisten aus.

Bei den anderen Schularten, die wir dringend brauchen, sieht es schon anders aus. In der beruflichen Bildung gibt es keine deutschlandweiten Überkapazitäten. Im Lehramt „Sonderpädagogik“ haben die westdeutschen Länder sogar einen deutlich höheren Einstellungsbedarf, als dort ausgebildet wird. Für den Osten gilt das sowieso, weil alle ostdeutschen Länder praktisch gleichzeitig in die Rentenwelle schlittern. Für das Referendariat im Lehramt „Sonderpädagogik“ hatten wir zum 1. August nur 37 Bewerbungen auf 73 Stellen.

Was in den ganzen Prognosen noch gar nicht enthalten ist, ist der zusätzliche Lehrerberuf für die Flüchtlinge. Gerade in westdeutschen Bundesländern werden dafür Tausende zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer gesucht und auch eingestellt. Deswegen ist es unverantwortlich, sich hier auf vermeintliche Überkapazitäten im Westen zu verlassen.

Und ja, wir verbeamten jetzt. Das hat unsere Chancen verbessert. Aber wir sind doch nicht das einzige Bundesland, das seine Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet.

(Torsten Renz, CDU:
Waren Sie eigentlich für
Verbeamtung, Herr Saalfeld?)

Der bundesweite Wettbewerb um die Lehrkräfte wird in den nächsten Jahren sehr viel massiver sein als im Augenblick. Schon heute braucht Mecklenburg-Vorpommern eine millionenschwere Lehrerwerbekampagne, obwohl der Bedarf derzeit eigentlich noch überschaubar ist. Warum? Weil das Land in den letzten Jahren schon nicht vernünftig vorgesorgt hat. Diesen Fehler begeht die Koalition nun schon wieder, aber der Bedarf schießt dieses Mal völlig durch die Decke.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Irgendwann, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man aus seinen Fehlern auch einmal lernen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir GRÜNE fordern deshalb mit unserem Antrag zunächst einmal etwas ganz Einfaches: Wir wollen, dass das Lehrerbildungsgesetz eingehalten wird. Wir wollen unseren eigenen Lehrerberuf ausbilden. Dafür müssen die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen nicht gesenkt, sondern für fast alle Lehrämter deutlich erhöht werden. Im Übrigen: An Bewerbungen für die Studienplätze mangelt es derzeit nicht. Das Problem haben wir nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Doch! Doch!)

Nein. Schauen Sie sich die Bewerbungszahlen an! Das ist Quatsch, was Sie da erzählen, Herr Butzki.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dabei ist natürlich klar, dass nicht alle hier fertig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer auch bei uns bleiben. Einen gewissen Austausch und einen gewissen Schwund wird es immer geben.

Herr Butzki, wir haben sicherlich in einigen Studienfächern weniger Bewerber als in anderen,

(Andreas Butzki, SPD: Danke für
die Belehrung, Herr Saalfeld!)

aber vielleicht setzen wir noch mal eine Werbekampagne ein, um diese Ströme besser zu steuern.

(Andreas Butzki, SPD: Sie sind wirklich
ein absolut großartiger hochschulpolitischer
Sprecher. Ich verneige mich vor Ihnen.)

Eines steht fest, meine sehr geehrten Damen und Herren: Lehrkräfte, die bereit sind, in zum Teil abgelegene ländliche Regionen zu gehen, kommen bestimmt nicht aus Hamburg, München oder Stuttgart, sondern es sind eher diejenigen, die in diesen Regionen aufgewachsen sind und ausgebildet wurden und dort ihre sozialen und familiären Wurzeln haben.

Mehr Studienplätze allein reichen aus unserer Sicht nicht aus,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Michael Silkeit, CDU)

das gebe ich gerne zu. Wir glauben, es müssen auch mehr Erstsemestler als bisher den Weg bis zum ersten Staatsexamen schaffen. Die Studienabbruchquoten sind in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvergleich sehr hoch. Bei der Lehramtsausbildung gilt dies im besonderen Maße. Wir können es uns einfach nicht leisten, so viele Lehramtsstudierende zu verlieren wie derzeit. Darum brauchen wir dringend eine bessere Betreuung und eine praxisnähere Ausbildung. Wir GRÜNE hatten hier im Landtag im Übrigen schon einmal einen Antrag für ein Praxissemester eingebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen vielleicht auch noch darüber reden, ob die Ausbildungsstruktur und die Inhalte des Studiums wirklich den Anforderungen für den Lehrerberuf optimal entsprechen. Andere Bundesländer gehen da ganz andere, schulorientiertere Wege.

Schließlich müssen wir dafür sorgen, dass möglichst viele der erfolgreichen Absolventen den Vorbereitungsdienst in Mecklenburg-Vorpommern antreten. Da gibt es immer noch zu viele ärgerliche und unnötige Reibungsverluste. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel:

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Der Prüfungszeitraum für die erste Staatsprüfung im Bereich „Grundschulpädagogik“ an der Universität Rostock war in der zweiten Maihälfte dieses Jahres. Bewerbungsschluss für den Vorbereitungsdienst war aber Mitte April, das heißt, die Absolventen hängen fast ein halbes Jahr in der Luft für den nächsten Einstellungstermin. Sie wissen auch nicht, ob sie zum nächsten Einstellungstermin überhaupt genommen werden, und bewerben sich deshalb erst einmal woanders. Im Übrigen werden sie vom Arbeitsamt dazu gezwungen, sonst kriegen sie kein Geld. Sie müssen sich irgendwo bewerben, damit sie Geld bekommen. Was für ein Unsinn! So verprellt Mecklenburg-Vorpommern viele Absolventinnen und Absolventen.

Wir sind der Meinung, wer hier seine erste Staatsprüfung erfolgreich ablegt, muss einen nahtlosen Übergang zum Vorbereitungsdienst erhalten. Das ist rechtlich machbar. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Es gibt natürlich noch weitere Instrumente, die für die Deckung des Einstellungsbedarfes wichtig sind. Was ist zum Beispiel mit der Attraktivität des Lehrerberufes, mit

der Höhe der Pflichtstundenzahlen, mit der ungerechten Bezahlung der Grundschullehrkräfte? Ja, das ist alles wichtig, darüber können wir heute auch reden. Wir haben aber erst mal dort angefangen, wo das Problem beginnt, nämlich bei der Lehramtsausbildung. Alles Weitere bespreche ich dann in der Aussprache. – Ich danke Ihnen bis hierhin für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Mehrheitlicher
Applaus in der Fraktion!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Mathias Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Saalfeld, das Thema, das Sie aufrufen, ist unbestreitbar wichtig. Es ist aber auch genauso unbestreitbar komplex. Deswegen würde ich dafür plädieren, dass wir an der Stelle wie beim Plädoyer mal nicht versuchen, uns gegenseitig irgendwie anzuschließen, sondern einfach die Sachfragen, die wirklich sehr strittig sein können, erörtern.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, es gibt im Lehrerbildungsgesetz die Pflicht, eine Lehrbedarfsprognose aufzustellen, und auch die Pflicht für die Hochschulen, diesen Kapazitäten zu entsprechen. Wenn ich mich recht entsinne, haben wir das in der letzten Legislaturperiode eingeführt. Herr Tesch hat bei der KMK in Stralsund den Grundsatzbeschluss herbeigeführt, dass jedes Land sich orientieren soll an seinem Lehrkräftebedarf im Hinblick auf die Studienplatzkapazitäten. Wir haben das hier in einer Art und Weise umgesetzt – ich durfte zum Glück an dieser Sache mit beteiligt sein –, wie das in wenigen Ländern der Fall ist.

Wie war es früher? Früher war es so, dass die Hochschulen ohne in irgendeiner Form sich die Frage zu stellen, welchen Bedarf das Land hat, die Kapazitäten gesteuert haben oder eben nicht gesteuert haben. In Greifswald war es teilweise so, dass 80 Prozent der Lehramtsstudierenden gymnasiales Lehramt studiert haben, von diesen 80 Prozent – jetzt übertreibe ich etwas polemisch – noch mal 80 Prozent Deutsch, Englisch und Geschichte, und das funktioniert natürlich nicht.

Das Dilemma bei der Sache, das haben Sie jetzt nicht so deutlich hervorgehoben, ist aber, dass wir es mit einem unglaublich großen Tanker zu tun haben. Sie brauchen, wenn Sie die Lehramtskapazitäten verändern, etwa acht Jahre, bis die Eingang finden ins Beschäftigungssystem. Sie haben im Schnitt sechs Studienjahre im Lehramt. Fünf Jahre sind die Regelstudienzeit, der Durchschnitt beträgt sechs, statistisch. Dann haben sie eineinhalb bis zwei Jahre Referendariat mit Übergangsproblemen und so weiter. Dann haben sie im Schnitt acht Jahre – und das ist das Kernproblem an Ihrem Antrag.

Ich finde, man kann berechtigt ganz unterschiedlicher Meinung sein, ob die Prognose auskömmlich ist, ob man das anders machen muss, weil es da unzählige Möglichkeiten gibt, das zu berechnen und Annahmen zu treffen. Darüber – da würde ich Ihnen recht geben – kann man sicher streiten.

Ein Beispiel, warum eine fächerspezifische und schulartengenaue Prognose so kompliziert ist: Das Komplizierteste ist, dass ein Lehrer extrem flexibel einsetzbar ist. Wenn er Mathe-/Physiklehrer ist, dann gibt es eine sehr große Anzahl von kombinatorischen Möglichkeiten des Unterrichtseinsatzes. Er kann 27 Stunden Mathe machen, 27 Stunden Physik, 12 Stunden Mathe, 15 Stunden Physik und so weiter. Je nachdem, wie das in einer großen Schule bei den einzelnen Lehrern – das gilt für jeden Lehrer – kombiniert wird, können Sie den Bedarf an Mathematiklehrern in dem System hoch- oder runterrechnen. Das heißt, es sind unglaublich viele Steuerungsmöglichkeiten in der Schule, und das erschwert unglaublich die Prognose.

Natürlich ist es auch richtig, dass unsere Prognose, ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moment!

... dass unsere Prognose auch nur eine landesweite Prognose ist. Das heißt ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warten Sie kurz!

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das setzt aber voraus, sehr geehrter Herr Saalfeld ...

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem ist, es funktioniert deshalb nicht, weil wir kein statisches System haben zum Beispiel bei der Schülerzahl. Sie müssen in ein solches System gehen, weil die Schülerzahl nicht statisch ist. Deswegen reicht es nicht aus, einfach die Qualifikation der ausscheidenden Lehrkräfte zu nehmen, zumal darunter auch viele Lehrkräfte sind, die im Rahmen des Lehrpersonalbegriffes innerhalb von drei Jahren eine andere Lehrbefähigung erworben haben ohne wirkliche Ausbildung. Das heißt, sie haben ein anderes Fach übernommen, unterrichten das und sind darin mitnichten ausgebildet.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist doch bekannt.)

Ja, aber Sie würden das quasi perpetuieren.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was?!)

Doch,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist doch bekannt.)

weil Sie dann die Fächerkombinationen, die dieser Lehrer studiert hat, nehmen ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Okay. Ja, das ist jetzt eine spannende Frage, ob wir das wirklich machen wollen. Herr Saalfeld schlägt gerade vor, wir orientieren uns an dem, was die Lehrer unterrichten, und die, die ausscheiden mit diesem Unterricht, werden dann durch entsprechende Fachlehrer ersetzt. Dazu sage ich Ihnen zum Beispiel Folgendes: Es gibt im Moment relativ viele Kolleginnen und Kollegen, die noch Russisch unterrichten.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Derzeit!)

Ja.

Es wird aber nur deshalb angeboten, weil die Kollegen auch diese Fächerkombination haben. Ich glaube nicht, dass die Schüler sich das mehrheitlich wählen.

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee,
weil die Kinder das lernen sollen.)

Ja, selbstverständlich.

Der Bedarf an Russischunterricht wird immer geringer in diesem Land – das können Sie statistisch sehen – und ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, in diesem Umfang weitere Russischlehrer wieder einzustellen. Das wäre aber der Effekt Ihrer Herangehensweise, die Sie eben gerade vorgeschlagen haben. Das zeigt nur, Herr Saalfeld, wie komplex das System ist. Sie können entweder von der Stundentafelverteilung der Fächer ausgehen – das haben wir gemacht – oder Sie können ausgehen von dem, was Sie gesagt haben, wer ausscheidet, den ersetze ich. Das würde bedeuten, dass wir einen Bedarf von 100 oder 200 Russischlehrern haben die nächsten Jahre. Ich glaube nicht, dass wir den haben. Das ist vielleicht ein plastisches Beispiel.

Deswegen würde ich sagen, ja, man kann über die Methodik dieser Studie diskutieren – das ist übrigens in jedem Bundesland so, weil es hochkomplex ist – und man kann von unterschiedlichen Annahmen ausgehen. Ich muss nur Folgendes feststellen: Wir haben diese Studie vorgestellt in der Universität Rostock und da saß Herr Professor Sill, Mathematikfachdidaktiker, der von solchen Rechen-systemen ein bisschen Ahnung hat. Einige Abgeordnete werden jetzt freudig nervös, weil der einer bestimmten Partei angehört, und zwar nicht der SPD.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ich kenne ihn.)

Professor Sill ist ein fachlich sehr versierter Mathematiker, der Herrn Tesch bei der ersten Lehrerbedarfsprognose richtig die Hölle heiß gemacht und gesagt hat, das haut doch so niemals hin, was ihr da berechnet habt.

Seine Reaktion dieses Mal war: Herr Brodkorb, herzlichen Dank, das System ist transparent, plausibel und ich halte es methodisch für richtig. Fragen Sie ihn!

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt noch nicht ...

Nee, mit Blick auf Bedarf!

Das heißt noch lange nicht, dass er recht hat.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin jedenfalls nicht mehr so nervös, wie ich es gewesen wäre, wenn er dieselbe Kritik wiederholt hätte, die er beim letzten Mal noch wiederholt hat. Wir sind da ein bisschen in seine Richtung gegangen.

Das Kernproblem der Debatte, Herr Saalfeld, ist folgendes: Es gibt, glaube ich, ein Missverständnis und eines, was Sie ignorieren. Und das Problem, was Sie ignorieren, ist am größten.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie ignorieren den Bedarf.)

Nee, warten Sie mal ab!

Nehmen wir mal an, wir machen jetzt noch schnell die Vollbremsung und schieben die Lehramtsausbildungskapazitäten für das Studienjahr 2016/2017 hoch – das könnte man vielleicht noch hinkriegen –, dann werden diese Lehrer frühestens im Jahr 2024 in Schulsysteme eintreten.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, sehr geehrter Herr Saalfeld.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber im Jahr 2024 bewegt sich der Einstellungsbedarf wieder auf dem Normalpegel von 450 bis 500 Stellen. Das heißt, ich habe genau in dem Jahr den Effekt, wo ich ihn nicht mehr brauche. Wir haben vorher den Lehrermangel. Das heißt, wenn ich jetzt die Lehramtskapazitäten nach oben fahre, bringt das für den Unterrichtsversorgenden absolut gar nichts.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und dann kann man das machen, was Sie jetzt
auch machen, nämlich die verrenteten Lehrer
zurückholen. – Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist es und insofern ist es falsch. Sie müssen ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Saalfeld, ich plädiere noch mal dafür, dass wir das sachlich diskutieren.

Das ist aus meiner Sicht,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was machen Sie denn? Das ist doch die Lösung.)

das ist aus meiner Sicht Ihr Problem bei dem Vorschlag, Sie erreichen das Jahr 2020 – weil Sie in Ihrem Antrag schreiben, ab 2020 – nicht mehr mit der Lehramtsausbildung.

Zweitens. Sie behaupten – das sollen wir hier feststellen –, es werden ab 2020 mehrere Hundert Absolventen fehlen zur Deckung des Lehrkräftebedarfs.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Saalfeld, das wissen Sie doch gar nicht. Dieselbe Debatte hatten wir auch zum Schuljahr 2014/2015. Da ist prognostiziert worden, Herr Brodkorb, Ihr 50-Millionen-Paket, das wird völlig scheitern, Sie werden nicht genug Lehrer finden. Und plötzlich haben wir 575 eingestellt in einem Jahr. Ich gebe zu, das ist sehr anspruchsvoll gewesen. Sie haben auch recht, wenn Sie sagen – das sagen Sie ja wahrscheinlich –, dass es ab 2021 eine sehr herausfordernde Situation wird. Da sage ich hier nicht, das machen wir mit links. Ich kann Ihnen heute auch noch nicht genau sagen, ob es in jedem Fall klappen wird, ob wir das hinkriegen. Das kann auch ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das werden Sie nicht schaffen.)

Aber mit Ihrem Vorschlag werden wir es auf alle Fälle nicht schaffen, weil die Lehrer dann drei Jahre zu spät kommen.

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Das interessiert ihn nicht.)

Was tun wir? Jetzt gibt es das große Missverständnis, das Sie haben, glaube ich. Es gibt eine Lehrkräftebedarfsprognose und auf dieser Grundlage werden mit den Hochschulen Zielvereinbarungen verhandelt. In diesen Zielvereinbarungen enthalten – das hat dieser Landtag beschlossen – sind die Richtwerte. Richtwerte! Die heißen nicht umsonst „Richtwerte“. Ich habe schon mal erklärt, es ist nicht so, dass die verbindlich sind im Sinne von, dass wir das unbedingt machen müssen, sondern wir können sie auch übersteigen, wenn es nötig ist, weil die Anpassung der Kapazitäten jährlich über die entsprechenden Verordnungen erfolgt, und das machen wir auch. Wenn Sie sich demnächst den Verordnungsentwurf angucken, werden Sie sehen, dass wir die Spielräume der Zielvereinbarungen genutzt haben.

Jetzt war Ihre Frage: Ja, was machen Sie denn? Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, jetzt noch mal die Lehrkräftebedarfsprognose herauszuholen, sondern es ist in der Tat besser, der Frage nachzugehen, wie können wir den Bedarf bis 2023 decken, was kann man da machen. Ich kann Ihnen gerne sagen, was wir im Moment gerade mit den Hochschulen verhandeln. Ich hatte aber schon vor ein paar Monaten gesagt, dass mit den Zielvereinbarungen, mit der Lehrkräftebedarfsprognose für uns die Arbeit nicht zu Ende ist, sondern sie wird beginnen. Wir werden jetzt immer weiter in den Kapazitäten nachsteuern.

Beispiel: Der Senat der Universität Rostock – das ist eine Antwort auf Ihr Thema „Sonderpädagogik“ – hat vor ein paar Tagen eine Studien- und Prüfungsordnung für einen berufsbegleitenden Studiengang im Bereich der Sonderpädagogik im Entwurf zur Vorlage bei uns zur Genehmigung verabschiedet. Die Zielvereinbarung dazu zwischen Herrn Professor Schareck und mir ist unterschrieben. Es geht insgesamt um ein Volumen von 2,5 Millionen Euro.

Wir werden Personen, die bereits ein Lehramt haben, die im Moment mit ihrer Fächerkombination keine Einstellung finden – das gibt es –, anbieten, dass sie sofort eingestellt werden mit einem unbefristeten Vertrag, wenn sie diesen berufsbegleitenden Studiengang in Rostock absolvieren. Der ist gestreckt auf zwei Jahre – 60 ECTS Theorie, 30 ECTS Praxis, also quasi mehr oder weniger so ein duales Angebot. Danach sind sie Inklusionspädagogen. Wir haben schon bei den Bestandslehrkräften nachgefragt, wer hat Lust. Wir haben über 100 Bewerbungen oder Interessensbekundungen und wir vereinbaren uns jetzt zunächst auf fünf Immatrikulationsjahrgänge, also 125 Studienplätze.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: 5 mal 25!)

5 mal 25. Er läuft zunächst sechs Jahre, aber er ist natürlich auch verlängierbar. Der Vorteil bei diesem Instrument ist, Sie haben innerhalb von zwei Jahren Ihre Fachkräfte.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber das Problem ist,
Sie fischen aus dem gleichen Topf.)

Nein, nein, Herr Saalfeld, ich sage es noch mal,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nein, Herr Saalfeld, ich sage es noch mal: Wir sehen dafür vor allem Lehrkräfte vor, die ansonsten keine Einstellung finden würden.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist ein Nullsummenspiel.)

Wir haben immer noch ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, wir haben aber
doch zu wenig Absolventen.)

Herr Saalfeld,

(Andreas Butzki, SPD: Er will das nicht
begreifen. – Egbert Liskow, CDU:
Er kann nicht zuhören.)

wir haben zum Beispiel zu viele Deutsch-, zu viele Geschichts-, zu viele Englischlehrer –

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben zu wenig Absolventen. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Saalfeld! – und die finden teilweise im Moment keinen Job. Jetzt kriegen sie das Angebot, auf die Lehramtsqualifikation noch den Inklusionspädagogen draufzusetzen. Sie werden nicht eingestellt, aber wenn sie den Abschluss haben, werden sie sofort eingestellt. Insofern fischen wir nicht im selben Topf, weil wir uns um Lehrer kümmern, die sonst kein Einstellungsangebot finden würden.

Unser Plan ist, dass beispielsweise – das haben wir mit den Regionalen Schulen besprochen – die neuen Regionalen Schulen auf Rügen ein Vorzugsrecht haben bei diesen Studienplätzen, weil die genau diese Lehrer schon eingestellt haben. Die haben zusätzliche Stellen vorüber-

gehend von uns bekommen, um solche Leute einzustellen, die sonst gar nicht eingestellt worden wären. Alle haben diesen Arbeitsvertrag geschlossen und ich hoffe, in ein paar Wochen wird die Immatrikulation losgehen.

Also: 2,5 Millionen und die Unterschriften sind da. Die Studien- und Prüfungsordnung ist da. Es gibt über 100 Lehrer, die mitmachen wollen. Wir müssen diesen Studiengang nur noch genehmigen und wir sind fertig. Das ist ein Instrument, um sehr schnell zu Fachkräften zu kommen, sehr viel schneller als in acht Jahren.

Was machen wir zweitens? Wir werden demnächst, genauer gesagt, heute, den Hochschulen eine Anhebung der bisher vereinbarten Hochschulpaktleistungen um 12 Millionen Euro anbieten.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hört! Hört! – Zuruf von David Petereit, NPD)

Nee, wir müssen sie bloß in die Zielvereinbarungen reinschreiben, Herr Petereit, aber wahrscheinlich haben Sie das nicht gelesen. Da steht das schon genau so drin, das ist schon vor Monaten vom Parlament so beschlossen worden. Wir machen bloß das, was wir sagen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das heißt, das sind keine Mittel, die über den Hochschulpakt hinausgehen, Herr Saalfeld, sondern ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach so! Na dann
muss ich das zurückziehen. Ich
dachte, Sie wollen über den
Hochschulpakt hinausgehen.)

Nee, es ist ja noch Geld da, Herr Saalfeld. Wir haben im Moment noch unverplante Mittel.

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es macht keinen Sinn, dass ich die unverplanten Mittel irgendwie in die Schublade tue und stattdessen noch mehr Geld in die Hand nehme.

Wir haben 12 Millionen Euro unverplante Mittel im Hochschulpakt und die werden wir den Hochschulen zur Verfügung stellen, und zwar mit einem wesentlichen Punkt, nämlich Lehrerbildung, Nachsteuerung der Lehrerbildungskapazitäten.

Jenseits dessen – da geht es jetzt um den Hochschulpakt, also 12 Millionen Euro stehen jetzt noch mal zusätzlich maximal bereit –, das heißt, unabhängig davon verhandeln wir gerade mit der Universität Rostock Folgendes: eine halbe Stelle für Fachdidaktik Romanistik, wenn sie selbst eine halbe Stelle Fachdidaktik freischaufeln, weil die haben im Moment keine Dauerstelle Fachdidaktik, nur Hochschulpaktstellen, das werden zusätzliche Landesstellen sein, ebenso eine halbe Stelle Fachdidaktik im Bereich der alten Sprachen, ebenso eine zusätzliche Stelle im Bereich Sport, um die Studienplatzkapazitäten gegenüber dem, was in der Zielvereinbarung steht, anzuheben – das steht aber schon so in der Zielvereinbarung. Das heißt, an die Uni Rostock gehen insgesamt zwei landesfinanzierte Dauerstellen obendrauf.

An der Uni Greifswald verhandeln wir über eine Stelle Fachdidaktik Niederdeutsch, eine halbe Stelle Fachdidaktik Philosophie, die gegebenenfalls komplettiert werden soll, die käme aus Landesmitteln auch noch mal obendrauf.

Mit der Hochschule für Musik und Theater verhandeln wir darüber – das läuft alles gerade jetzt, nachdem die Zielvereinbarung beschlossen wurde durchs Parlament, wir setzen das weiter um –, auch dort die Studienplatzkapazitäten deutlich hochzufahren. Da werden wahrscheinlich Kosten von 1 Million Euro im Raum stehen, um das hinzubekommen, um jetzt über mehrere Jahre in jedem Jahr noch mehr zu tun.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wann werden die fertig?)

Langer Rede kurzer Sinn: Das sind im Wesentlichen Beifachstudien, wo beispielsweise eine entsprechende Qualifikation für Grundschulen et cetera erfolgen soll. Fragen Sie einfach Frau Winnacker! Sie hat das Ziel, noch zu 2016/2017 fertig zu werden. Normalerweise zieht sich das über zwei, drei oder vier Semester. Also innerhalb von ein oder zwei Jahren kann die Ausbildung abgeschlossen werden, auch für Lehrerinnen und Lehrer. Ich glaube, dass das – damit ich es nicht so in die Länge ziehe, nicht noch länger in die Länge ziehe – die wirklich spannende Frage ist.

Sie haben recht, dass wir aus eigenen Absolventen bis 2023 nicht alle Stellen besetzen können. Das ist vollkommen unstrittig. Die Debatte jetzt, die Lehramtskapazitäten einfach irgendwie hochzufahren, greift für mich wegen dieser acht Jahre zu kurz. Wir brauchen ganz andere Modelle.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sagen das schon seit vier Jahren.)

An diesen arbeiten wir.

Was ich wirklich spannend finde – und da lade ich Sie recht herzlich ein, wenn Sie mögen, daran vertrauensvoll mitzuarbeiten, also da lade ich Sie zu Gesprächen ein –, sind folgende zwei Punkte:

Erstens. Eine bloße Erhöhung der Kapazitäten nützt nichts, wenn niemand diese Kapazitäten nutzt. Das erhöht die Schwundquoten. Wenn Sie einen Studiengang haben, wo es einen hohen Verlust an Studierenden gibt, ist es, glaube ich, die falsche Antwort zu sagen, wir erhöhen die Zahl der Plätze. Das Ergebnis wird ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Im Zusammenhang mit der Qualität.)

Nee, warten Sie mal!

Das Ergebnis ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das steht
doch so im Antrag!)

Nee, warten Sie mal ab! Ich will Sie gar nicht angreifen.

Ein zweites Problem, weil Sie sagen, es gibt genug Bewerber, ist, die gibt es nicht.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ungleich verteilt! Ungleich verteilt! –
Andreas Butzki, SPD: Er kann nicht zuhören.)

Lehramt „Regionale Schulen“: Physik, Auslastung 19 Prozent – desaströs.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich sage ja, ungleiche Verteilung.)

Ja, aber das ist ...

Nee, warten Sie!

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau da muss die Kampagne ansetzen.)

Ja, klar. Aber das ist ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Sehr geehrter Herr Saalfeld, das ist desaströs. Es läuft nicht mehr so wie in der DDR, dass man den Leuten anweist, was sie zu studieren haben. Es gibt ein Grundrecht auf Berufswahlfreiheit.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Machen Sie doch mal eine Werbekampagne!)

Ich sage nur, in so einem Fall, wo Sie nur 19 Prozent der Kapazitäten ausgelastet haben, macht es keinen Sinn, die Kapazitäten zu erhöhen, dann sinkt die Auslastung auf 12 Prozent. Das ist Quatsch.

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Je nachdem, in welcher Situation sich ein Studiengang oder ein Fach befindet, glaube ich, brauchen Sie auch differenzierte Lösungen. Insofern wird es gar nicht anders gehen, als bis 2023 den Lehrkräftebedarf dadurch zu decken, dass Sie in der Tat auch aus anderen Bundesländern Kolleginnen und Kollegen anwerben. Ich finde das auch nicht schlimm, weil in den vergangenen Jahren haben wir für andere Bundesländer ausgebildet. Ich darf daran erinnern, wir hatten viel mehr Lehramtsabsolventen, als wir eingestellt haben, wegen des Lehrerpersonalkonzeptes. Solche Austauschmechanismen brauchen Sie einfach zwischen den Ländern. Mal hat der eine eine Delle, mal hat der andere eine Delle. Das muss sich im Gesamtsystem ein Stück weit ausgleichen.

Der zweite Punkt wird sein, dass wir über ganz andere berufsbegleitende Qualifikationen werden nachdenken müssen, Beispiel: Studiengang Sonderpädagogik an der Uni Rostock. Daraus lassen Sie uns einen guten Mix machen. Insofern ist dieser Punkt völlig berechtigt, den Sie da anbringen.

Mein Vorschlag wäre, lassen Sie uns da über kreative Sachen nachdenken, gerne gemeinsam. Das ist viel drängender und zielführender, glaube ich, als diese andere Diskussion.

Ich lade Sie zu Folgendem ein: Den Punkt 3 Ihres Antrags kann ich total nachvollziehen und deswegen haben wir Folgendes gemacht. Seit mehreren Monaten verhan-

deln wir – die Verhandlungen sind jetzt abgeschlossen – mit Herrn Professor Falk Radisch von der Universität Rostock darüber, eine Studie zu machen über die Schwundquoten oder Erfolgsquoten der Lehramtsstudierenden, um herauszubekommen, an welcher Stelle es eigentlich hakt, denn die wissen das selbst nicht in Rostock. Wir wissen im Moment selbst nicht, wie hoch die Schwundquoten in den modularisierten Studiengängen sind, denn es gibt bis heute noch keine Absolventen. Wir können das noch gar nicht sagen. Professor Falk Radisch hat bereits eine erste Konzeptskizze gemacht und wir stellen 100.000 Euro dafür zur Verfügung. Die Idee ist zunächst, den Status quo zu erheben, nach den Ursachen zu forschen und dann drittens ein Monitoringssystem zu entwickeln, sodass das Zentrum für Lehrerbildung so eine Art Ampelsystem hat und immer merkt, wenn die Daten durchlaufen, in welchem Fach gibt es warum ein Problem.

Jetzt sage ich Ihnen, was ein Problem zu sein scheint, und dann bin ich wirklich fertig: Mir sagen Studierende der Universität Rostock, was sich zum Beispiel im Grundschullehramt abspielt, ist eine Katastrophe. Ich gebe das jetzt mal ungefiltert weiter. Ich frage: Was ist denn los? Da werden die Leute gezielt mit völlig überzogenen Anforderungen in Mathematik rausgeprüft aus dem Studiengang. Da werden in der Grundschulmathematik Sachen verlangt von den Leuten, wo du glaubst, die sollen sich zum Mond rechnen, und das schaffen nicht alle. Das würden exzellente Grundschullehrer sein, aber die werden rausgeprüft von der Uni Rostock.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kurse bestehen Leute, die wirklich super rechnen können, aber manchmal vielleicht nicht den besten Zugang zu den Kindern haben.

(Torsten Renz, CDU: Ist das neu
oder war das schon immer so?)

Das ist mir erst jüngst gesagt worden, ich kann das nicht beurteilen.

Wenn das stimmt,

(Udo Pastörs, NPD: Herr Brodkorb, wer prüft
denn den Zugang, den guten Zugang zu den
Kindern? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wenn das stimmt, Herr Saalfeld, was mir da Studierende sagen – das wird man ja dann in den Daten von Herrn Radisch sehen –, dann werden wir uns mal über massive Eingriffe in die Hochschulautonomie unterhalten müssen.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich, Sie müssten doch dann sagen ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die sind doch nicht
beratungsresistent an den Hochschulen!)

Sehr geehrter Herr Saalfeld, dann mache ich es anders: Im Zweifel werden wir uns darüber unterhalten und uns angucken müssen, ob das, was da an Fachveranstaltungen angeboten wird, woran die Studenten scheitern, über-

haupt angemessen ist. Dabei geht es mir jetzt nicht darum, das Niveau an den Hochschulen zu senken, sondern die Frage zu stellen: Passt das für eine Grundschullehrerausbildung oder geht es da nicht vielmehr um Mathematikdidaktik und so weiter und nicht darum, dass da an sphärischer Geometrie gebastelt wird, ob das wirklich der entscheidende Punkt ist. Ich glaube, dass wir eine Reihe von Fächern und Lehrämtern erleben werden, wo wir durch solche Eingriffe die Erfolgsquoten deutlich erhöhen, weil wir einfach sagen, Leute, ihr habt da Ansprüche, die sind für den Beruf gar nicht interessant, es sind unnötige Situationen des Rausprüfens und so weiter.

Langer Rede kurzer Sinn:

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie stimmen unserem Antrag zu.)

Nee, natürlich nicht. Ich stimme Ihrer Analyse zu, dass wir bis 2023 die Lehrkräfte mutmaßlich nicht allein aus eigenen Absolventen decken können und dass über drei Jahre durchaus ein Risiko besteht, ob wir alle finden oder nicht. Das ist richtig. Ich mache Ihnen das Angebot, dass Sie Vorschläge unterbreiten – ich habe einen Vorschlag jetzt gemacht mit dem Studiengang Sonderpädagogik –, um schnell zu einer Lösung zu kommen, weil acht Jahre können wir nicht warten, dann ist es 2024, dann ist der Ansturm, der hohe Bedarf wieder vorbei.

Das Zweite, was ich Ihnen anbiete, ist, dass Sie zum Beispiel, wenn Sie möchten, gerne zu einem Gespräch eingeladen werden können mit Herrn Professor Falk Radisch, das wir demnächst führen, wo wir darüber diskutieren wollen, wie so ein Monitoringsystem, so eine wissenschaftliche Studie aussehen kann. Da Sie großes Interesse an dem Thema haben, sind Sie herzlich eingeladen. Ich bin gespannt, ob Sie daran teilnehmen möchten,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich melde mich.)

weil das ist, glaube ich, ein Punkt, der Sie sehr stark interessiert.

Insofern glaube ich trotzdem, dass man Ihren Antrag am Ende ablehnen muss, weil er von der falschen Prämisse ausgeht, die Probleme, ...

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Von der falschen Fraktion!)

Nee.

... die Probleme bis zum Jahr 2023 ab dem Jahr 2024 zu lösen. Dann kommen wir ein Jahr zu spät. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das stimmt. Wir brauchen
über das Jahr 2023 hinaus mehr
Absolventen, als wir haben.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU.

Bevor Sie beginnen, Herr Renz, ein Hinweis: Da der Bildungsminister seine angemeldete Redezeit um sieben Minuten überschritten hat, werden wir jetzt den Fraktionen die entsprechenden zusätzlichen Redezeiten zuordnen.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Stichwort ist „Minister“, den möchte ich gleich direkt ansprechen. Ich gehe davon aus, dass die Einladung nicht nur an die Fraktion DIE GRÜNEN geht, sondern möglicherweise ebenso an die CDU-Fraktion. Auch wir sind an dem Thema interessiert.

(Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das haben Sie sich
aber so nicht anmerken lassen.)

Inwieweit Sie dann auch die LINKEN einladen, ich denke, das war offen dargestellt.

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nachvollziehbar ist, wie der Minister hier begründet hat,

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Er fällt der Diskontinuität anheim.)

dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Demzufolge werden wir uns auch diesen inhaltlichen Ausführungen anschließen.

Ich will zwei, drei Dinge aus meiner Sicht zu dieser Thematik allgemein sagen. Es ist, wie nicht nur die Diskussion es zeigt, sondern auch das tägliche Leben, tatsächlich sehr kompliziert und komplex. Insbesondere das, was an Lösungen umgesetzt werden soll, ist umso schwieriger.

Wenn wir hier nur die Diskussion führen, was den Nachwuchs im Lehrerbereich betrifft, dann sollte man nicht das demografische Problem außer Acht lassen. Die Herausforderung an sich trifft nicht nur, weil es eines Tages ebenso um die Anzahl der Bewerber geht, den Bildungsbereich, sondern auch andere Bereiche des öffentlichen Dienstes – ich will nur mal die Polizei nennen – spielen da sicherlich eine Rolle und verschärfen möglicherweise die Situation noch mehr.

Wenn man dann noch differenziert in die Fachkombinationen geht, ist es so, gesellschaftlich gesehen, dass wir insbesondere im Bereich des mathematisch-technischen Fächerkanons besondere Probleme haben werden. Das hat sich abgezeichnet und hängt mit der Ausrichtung unserer gymnasialen Ausbildung seit 1990 zusammen. Auch hier hat sich die Gesellschaft geändert, wenn ich an die Kombination denke, was man abwählen kann, und Ähnliches und inwieweit schon in früheren Jahren Wert gelegt wird auf eine Ausbildung zum Beispiel im physikalischen Bereich. Auch das hat sich geändert. Das sind alles Dinge, die dazu beitragen, dass es nicht einfach ist, was Lösungen betrifft.

Das Problem dafür, dass wir heute im Jahre 2016 schon an einem schwierigen Punkt angelangt sind, ist natürlich in der Vergangenheit zu suchen. Dafür sind nicht unbedingt die heute hier anwesenden Personen hauptverantwortlich, weil es ein längerer Prozess ist, aber die Tatsache – und es fällt mir auch seit ein, zwei Jahren unheimlich schwer, hier zu agieren und zu sagen, ja, Seitenein-

steiger sind ein Teil der Lösung – zeigt deutlich, dass in der Vergangenheit gewisse Versäumnisse, die ich eben kurz angerissen habe, aufgetreten sind und wir mit solchen Lösungen operieren müssen.

Was wir in der aktuellen Legislaturperiode gemacht haben, sind Dinge, die sind bekannt: Verbeamtung, Werbekampagnen und Ähnliches. Was die Zukunft betrifft, um die Situation zu meistern, das ist ein bunter Strauß von Lösungen, von denen der Minister einige hier angedeutet hat. Ich will mich da nur anschließen und sagen, ja, wir sollten unterschiedliche Lösungsansätze diskutieren, so, wie angeboten, und schauen, dass wir perspektivisch das Problem in den Griff bekommen, weil die Herausforderungen ab 2020 riesig sind. Ich wünsche da allen politisch Verantwortlichen oder Tätigen schon viel Vergnügen, wenn wir dann riesige Probleme in der Praxis haben, den Unterricht abzudecken.

Insofern, ich habe da keinen Schaum vorm Mund, habe die Debatte aber auch nicht so aufgenommen. Lassen Sie uns an Lösungen arbeiten! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Oldenburg für die Fraktion DIE LINKE.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Frau Oldenburg ist nicht da. –
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Ich
möchte reden. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Das steht auch so auf der Rednerliste,
die wir abgegeben haben.)

Herr Dr. Al-Sabty?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Herr Dr. Al-Sabty war angemeldet.)

Dann spricht jetzt Herr Dr. Al-Sabty für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Lehramtsausbildung nicht optimal geregelt ist und deshalb ein Großteil der Lehramtsstudentinnen und Lehramtsstudenten das Ausbildungsziel Lehramt nicht erreichen, ist die richtige Diagnose. Die Lösung dieses Problems kann aber nicht die Schaffung immer höherer Lehramtskapazitäten sein. Auch eine Eignungsprüfung im Vorfeld des Studiums würde die Situation nicht wirklich verbessern.

Die nachhaltige Therapie gegen hohe Abbrecherquoten ist ein umfassender Umbau der Lehramtsausbildung. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine eigenständige Lehrerausbildung. Das kann man organisieren, indem eigenständige pädagogische Hochschulen geschaffen werden wie in Baden-Württemberg. Alternativ kann man das Zentrum für Lehrerbildung in Rostock so entwickeln, dass das Land auf diesem Wege eine eigenständige Lehramtsausbildung erhält. Das würde zu weniger Studienabbrüchen führen und somit viel Geld sparen, das den Steuerzahlern wegen abgebrochener Lehramtsstudiengänge verloren geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Situation ist heute so, dass Lehramtsstudierende die Vorlesungen und Seminare ihres Fachs gemeinsam mit Kommilitonen besuchen, die sich als Spezialisten für dieses Fach ausbilden lassen. Die fachspezifischen Anforderungen im späteren Beruf unterscheiden sich aber erheblich. Der Mathematiker, der Chemiker oder der Biologe sollen nach dem Studium in der Lage sein, auf dem Gebiet der Mathematik, Chemie oder Biologie zu forschen oder zumindest wissenschaftlich zu arbeiten. Der Lehramtsstudent soll später Schülerinnen und Schülern das Fachwissen vermitteln, das in den Rahmenplänen vorgegeben ist.

Natürlich muss in der Lehramtsausbildung ein Wissenschaftsniveau erworben werden, das über den zu vermittelnden Schulstoff hinausgeht, aber das Ausbildungsniveau eines Fachwissenschaftlers ist für den Lehrberuf unnötig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Genau das ist die Ursache dafür, warum viele Lehramtsstudierende überfordert werden und das Handtuch werfen – der Minister ist darauf eingegangen –, denn sie wollen von Anfang an Lehrkraft werden und nicht speziell Mathematik, Chemie, Biologie oder ein anderes Fach auf Spezialfachniveau studieren.

Die Lehramtsausbildung ist außerdem zu praxisfern. Das führt zu späteren Überforderungen im Schuldienst. Die Ausbildung muss im Bereich Didaktik und Pädagogik intensiver werden. Deswegen freue ich mich heute über die 12-Millionen-Erhöhung, die der Minister im Hochschulpakt für diese Sache versprochen. Genau deshalb wird meine Fraktion auch weiterhin eine eigenständige Lehramtsausbildung fordern, um in Zukunft Lehrkräfte zwar für den Unterricht an den Schulen gut vorzubereiten, sie aber nicht unnötig mit Spezialwissen zu überfordern.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist nicht richtig, dass zu wenige Studienplätze angeboten werden. Die Aufnahmekapazitäten für die Lehramtsausbildung der Hochschulen im Land sind höher als der Einstellungsbedarf. Im Jahr 2023 werden voraussichtlich 646 und im Jahr 2024 werden ungefähr 552 Lehrkräfte gebraucht. Diesem Einstellungsbedarf stehen 2016 und 2017 gemäß den Zielvereinbarungen 771 Lehramtsstudienplätze gegenüber. Die im Antrag erwähnten Schwundquoten werden nicht zu Lehrkräftemangel führen. Gegenwärtig gelingt es, die ausgeschriebenen Stellen zu besetzen. Am vergangenen Dienstag waren lediglich 69 Stellen für Lehrkräfte im Land ausgeschrieben und noch nicht besetzt. Auch in der Zukunft wird es zu keinem Lehrkräftemangel kommen.

Im Antrag sind die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger – Herr Saalfeld ist darauf eingegangen – nicht berücksichtigt, denen eine Lehramtsbefähigung zuerkannt wird. Es wäre fatal, das alles nicht zu beachten, denn die Folge der im Antrag geforderten Erhöhung der Lehramtsaufnahmekapazität wären arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer in der Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren, dass bei der Erstellung der Lehrkräftebedarfsprognose 2016 bis 2030 die Schulen in freier Trägerschaft nicht einbezogen wurden, ist so nicht richtig. Personalfuktuation wurde berücksichtigt und damit auch Lehrpersonal, das an Privatschulen wechselt.

Meine Fraktion sieht mit Sorge, dass seit Jahren viele Plätze im Vorbereitungsdienst und für Referendarinnen und Referendare nicht besetzt werden können. Wir stimmen Ihnen zu, dass die Landesregierung die Ausbil-

dungsbedingungen attraktiver gestalten muss. Die Übergänge vom Studium in den Beruf müssen besser geregelt werden. Auch das ist eine wirksame Maßnahme, um die Schwundquoten zu verringern. Wenn die Landesregierung gemeinsam mit den Hochschulen die Ursachen für die hohen Studienabbruchquoten ermittelt, wird sie hoffentlich zu dem Ergebnis kommen, dass eine eigenständige Lehramtsausbildung eingerichtet werden muss. Meine Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Al-Sabty.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Butzki für die Fraktion der SPD.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute meine Kollegin Susann Wippermann vertreten. Ich werde aber auf das Redemanuskript verzichten, weil ich denke, der Minister hat es sehr ausführlich und klar dargestellt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich will bloß drei, vier Zahlen nennen, weil die vonseiten der GRÜNEN nicht richtig dargestellt worden sind.

Am Dienstag in der Arbeitskreissitzung – wir hatten auch Vertreter des Bildungsministeriums da – habe ich gefragt, wie die Bewerbung für Stellen für das kommende Schuljahr aussieht. Es wurde mir dort mitgeteilt, dass es bis auf acht Lehrerstellen überall mindestens eine oder mehrere Bewerbungen gibt, und das im ersten Durchlauf. Ich finde, das ist ein sehr gutes Ergebnis.

Das Zweite: In Deutschland werden immer noch mehr Lehrer fertig, als gebraucht werden. Der Minister hat es auch gesagt, vorher haben wir für den Markt ausgebildet, jetzt sind, denke ich, die Länder dran, für die östlichen Länder, also auch für Mecklenburg-Vorpommern auszubilden.

Vor fünf Jahren hatten wir nur einen Einstellungstermin für Referendare. Ich war in der Familie selbst betroffen, weil meine Tochter auch eine Wartende ist und die Termine so ungünstig lagen. Jetzt haben wir zwei Einstellungstermine. Auch da haben wir ganz schnell reagiert. Herr Renz hat schon darauf hingewiesen, wir haben eine große Werbekampagne. Wir haben dafür gesorgt.

Ich habe mich auch persönlich für die Verbeamtung der Lehrkräfte eingesetzt, damit wir gleiche Startbedingungen für die jungen Kollegen haben.

Die Probleme, die nicht zu leugnen sind, liegen im MINT-Bereich. Für die, die nicht wissen, was MINT ist: Es ist nicht die Farbe der GRÜNEN und es ist auch keine Geschmacksrichtung, sondern damit sind die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer gemeint.

Der Minister hat vorhin gesagt, dass in Rostock Physik nur zu 20 Prozent gewählt wird. Wir können sie nicht wie zu damaligen Zeiten einfach zwingen, das zu studieren. Damit würden wir möglicherweise zusätzlich Abbrüche provozieren. In anderen Fachrichtungen noch weit über den Durst auszubilden, die nachher keine Lehrerstelle

bekommen, also arbeitslos sind, sehe ich als großes Problem.

Damit will ich es bewenden lassen. Wir werden als SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Butzki.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs für die Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich glaube, die Debatte hat im Kern klar herausgearbeitet, dass in den letzten 20 Jahren hier, was die Vorausschau und die Versorgung mit qualifiziertem und ausreichendem Lehrpersonal angeht, geschlafen wurde.

Der zweite Punkt ist, dass es wohl unmöglich ist, aus den westlichen Bundesländern in ausreichender Zahl und Qualifikation für diese Wegstrecke, die der Herr Minister uns hier aufgezeigt hat, das Personal anwerben zu können, was benötigt wird. Es wird aus Sicht unserer Fraktion selbstverständlich nötig sein, hier hochflexibel diese Lücke zu schließen. Ich bin mit Sicherheit kein Experte im Voraussagen, wie man in dem wirklich komplizierten Feld der Schulversorgung Modelle entwickeln kann, Personalkonzepte entwickeln kann, die diese schwierige Phase, die wir jetzt vor uns haben, in den nächsten 10/15 Jahren, wie Sie sagten, Herr Brodkorb, zu schließen ist.

Insofern kann ich nur feststellen, dass der Antrag der GRÜNEN nicht nur notwendig ist, sondern dass er zum Teil etwas mehr Licht in die sachliche Debatte gebracht hat durch die differenzierte Darstellung durch Herrn Brodkorb. Insofern werden wir dem Antrag der GRÜNEN in diesem Falle nicht zustimmen können, weil wir glauben, dass die von den GRÜNEN argumentierten Punkte weitestgehend nicht klar beweisen, dass es so ist.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das liegt nur daran, dass Sie keine Ahnung
haben und das nicht bewerten können.)

Auch die Punkte, die der Herr Minister ausführte, scheinen da wie ein wahrscheinlicheres Szenario und insofern werden wir uns in diesem Falle bei dem Antrag enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Pastörs, ich glaube, mit so vielen Worten haben Sie noch nie umschrieben, dass Sie einfach keine Ahnung haben und deswegen auch nicht beurteilen können, wie es mit den Argumenten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Argumenten des Ministers aussieht. Die Konsequenz daraus ist, dass Sie sich enthalten. Das

steht Ihnen natürlich frei, aber seien Sie dann so ehrlich und sagen Sie, dass Sie von der Materie null Ahnung haben.

Ich möchte mich allerdings nicht sehr lange bei Ihnen aufhalten.

(Heinz Müller, SPD: Das lohnt sich auch nicht.)

Genauer gesagt – genau –, will ich mich gar nicht bei Ihnen aufhalten.

(Udo Pastörs, NPD: Warum tun Sie es dann?)

Ich möchte zurückkommen zur wirklich interessanten Debatte, die hier durch uns GRÜNE angestoßen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Brodkorb, ich nehme Ihre Einladung von dieser Stelle aus herzlich an. Meine E-Mail-Adresse ist öffentlich bekannt. Ich freue mich auf die entsprechende Terminabstimmung. Wenn Sie den Kollegen Renz mit einbinden würden, wäre ich umso glücklicher.

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

DIE LINKE hat heute hier erklärt, dass es keine Probleme gibt. Ich glaube, DIE LINKE brauchen Sie nicht einzuladen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn das, was wir hier gerade gehört haben, trotzte jeglicher Vorstellungskraft.

Lieber Hikmat, ich kenne dich sehr lange. Ich glaube, die Rede hast du nicht selbst geschrieben. Das ist einfach unhaltbar, was hier vorgetragen wurde. Eben gerade steht der Minister hier vorne und sagt, ja, es gibt große Herausforderungen bei der Gewinnung von Nachwuchskräften im Lehrerberuf. DIE LINKE negiert das und sagt, nein, das gibt es nicht. Die Lehrbedarfsprognose ist super, die Schwundquoten sind richtig berechnet. Das ist schon ein ziemlich starkes Stück. Aber vielleicht berücksichtigen wir das einfach bei der vom Bildungsminister ausgesprochenen Einladung.

Herr Minister, ich muss Ihnen allerdings in einigen Punkten widersprechen. Sie haben gerade ausgeführt, dass wir für das Jahr 2023 schon zu spät dran sind. Ja, in der Tat, das wird alles sehr knapp. Dafür sind die GRÜNEN allerdings nicht verantwortlich, das muss ich hier noch mal deutlich sagen. Ich glaube, das muss sein, dass das noch mal unterstrichen wird. Aber es kann nicht sein, dass wir, weil wir knapp dran sind, jetzt die Flinte ins Korn schmeißen.

Sie haben gesagt, Sie wollen einiges unternehmen. Aber wozu wird das führen? Wir werden bis 2023 nicht genügend Lehrer einstellen können und das wird zu einem Stau führen, zu einem Einstellungsstau, der in den Folgejahren abgearbeitet werden muss. Das heißt, wir brauchen auch in den Folgejahren bis 2030 zusätzliche Stellen. Schon jetzt – ich werde Ihnen die Zahlen vortragen –, wenn wir Ihre Lehrbedarfsprognose um elf Prozent erhöhen für die Schulen in freier Trägerschaft, brauchen wir für das Jahr 2025 610 Lehrkräfte zusätzlich neu. Wir bilden aber immer nur knapp 500 aus, und es sollen noch weniger werden, weil bestimmte Studienplätze gestrichen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch schon alles ausgeführt!)

2029 brauchen wir 637. Da sind wir immer noch weit unter den bisher ausgebildeten 500. Das heißt, bis zum Jahr 2030 haben wir einen erhöhten Bedarf und der wird noch mal höher, weil wir bis 2023, wie Sie erklärt haben, gar nicht genügend ausbilden. Das heißt, wir schieben diesen Bedarf Jahr für Jahr vor uns her. Das wird dazu führen, dass wir sehr große Klassen haben werden. Das möchte ich nicht auf Dauer manifestieren. Das heißt, wir müssen diese entfallenen Einstellungen in den Folgejahren zwingend nachholen, und das wird zu weiteren Spitzen führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war schon etwas erstaunt, als Herr Brodkorb erklärt hat, die Erhöhung der Kapazitäten, so, wie sie die GRÜNEN vorschlagen, würde nur die Abbruchquoten im statistischen Mittel erhöhen, weil es nicht genügend Studienbewerber gäbe.

Herr Brodkorb, unser Antrag, das muss ich Ihnen nicht erklären, das wissen Sie, besteht aus mehreren Forderungen. Das eine ist die bedarfsgerechte Erhöhung der Studienplätze, aber natürlich auch die Erhöhung der Studienqualität und die Verminderung der Abbruchquoten. Das heißt, die wenigen Bewerber, die wir in den MINT-Fächern haben, müssen wir wie rohe Eier behandeln, damit sie durchkommen und nicht auf der Hälfte der Strecke aufgeben. Deswegen fordern wir die Erhöhung der Studienqualität. Deswegen fordern wir, endlich herauszufinden, wo die vielen Studierenden bleiben, warum sie abbrechen. Ich finde es gut, dass Sie das jetzt angehen. Dass Sie hier eine Studie in Auftrag geben wollen, finde ich großartig. Das haben wir aber schon mal vor zwei Jahren gefordert. Daran kann ich mich erinnern. Aber immerhin, man merkt: Grün wirkt!

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

In den meisten Fällen sind die Ideen, die wir hier im Landtag vortragen, offensichtlich leider nur ihrer Zeit voraus. Irgendwann kommen sie und werden umgesetzt. Das haben wir in vielen Bereichen erlebt. Umweltschutz, Klimaschutz sind nur einige Megathemen. Beim Atomausstieg und in der Bildungspolitik sieht es offensichtlich ganz genauso aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch mal auf die 12 Millionen Euro, die jetzt zur Verfügung gestellt werden aus dem Hochschulpakt, zu sprechen kommen. Mir war bis heute nicht bekannt, dass Hochschulpaktmittel bisher unverplant waren. Möglicherweise im Hause des Bildungsministers, aber die Universitäten und Fachhochschulen im Land rechnen sehr wohl mit diesen Hochschulpaktmitteln und bei denen sind diese in ihren Kalkulationen schon längst verplant. Möglicherweise haben Sie die 12 Millionen Euro bisher nicht verausgabt und ausgereicht, aber dass sie unverplant waren, das höre ich jetzt hier zum ersten Mal. Das kann ich so nicht glauben. Das werden wir uns aber noch mal im Detail anschauen. An dem Termin, zu dem Sie eingeladen haben, denke ich, ist das kein Thema, weil es da um etwas anderes geht. Aber wir werden uns das sicherlich noch mal ziehen über Kleine Anfragen, das finde ich spannend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der erste Schritt ist, unserem Antrag heute hier zuzustimmen, denn

er fordert etwas, wo sich die Landesregierung in einigen Tagen und Wochen auf den Weg machen möchte. Er fordert Selbstverständlichkeiten wie zum Beispiel, dass die Kapazitäten bedarfsgerecht erhöht werden müssen, nicht überall, nicht pauschal. Im Antrag steht: „bedarfsgerecht“. Wir haben viele interessante Punkte und ich weiß nicht, warum Sie diesem Antrag, so Sie denn unsere Analyse teilen, nicht zustimmen können.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Die LINKEN haben das nicht geteilt. –
Andreas Butzki, SPD: Wir auch nicht.)

Ja, in der Tat, DIE LINKE braucht auch nicht zuzustimmen. Damit habe ich keine Schmerzen, wenn DIE LINKE da nicht zustimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte, weil Sie, Herr Renz, gerade die Fraktion DIE LINKE angesprochen haben, auf ein Problem zu sprechen kommen, was DIE LINKE negiert beziehungsweise ignoriert hat, denn die Lehrerbedarfsprognose ist nicht richtig dahin gehend, dass sie von realen Schwundquoten ausgeht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Bedarf wird systematisch unterschätzt.

Nicht berücksichtigt hat die Landesregierung den Einstellungsbedarf der Schulen in freier Trägerschaft. Das, sage ich, streitet Herr Brodtkorb auch gar nicht ab. Er hat uns in einer vorherigen Debatte gesagt, wieso soll ich mich denn um den Bedarf der Lehrer von privaten Schulen kümmern. Das kann man gerne so sehen. Aber in der Realität ist es doch so, dass natürlich auch die privaten Schulen oder die Schulen in freier Trägerschaft um den gleichen Lehrermarkt kämpfen und konkurrieren, und die haben teilweise auch sehr attraktive Angebote. Die Anzahl der Lehrer muss deshalb danach berechnet werden, wie groß der Bedarf bei freien wie auch bei öffentlichen Schulen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

In der Lehrerbedarfsprognose sind auch die Flüchtlingskinder nicht berücksichtigt. Wie auch? Die zugrunde gelegte Schülerprognose stammt aus dem Jahre 2014, da war der große Flüchtlingsansturm, wenn man ihn denn so nennen mag, überhaupt noch nicht Thema. Auch diese Zahlen sind nicht berücksichtigt, müssen aber in Zukunft berücksichtigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zudem werden die Stellen für die 240 für die Inklusion meines Erachtens so auch nicht berücksichtigt. Wir haben insgesamt als GRÜNE große Zweifel, ob die überhaupt zusätzlich zur Verfügung gestellt werden beziehungsweise ob diese 240 Stellen wirklich zusätzlich sind.

(Torsten Renz, CDU: Herr Saalfeld,
das besprechen wir doch alles
mit Herrn Brodtkorb demnächst!)

Möglicherweise werden sie in der Lehrerbedarfsprognose auch nicht berücksichtigt, weil das, was die GRÜNEN gesagt haben, stimmt.

(Torsten Renz, CDU: Da kriegen
wir demnächst eine Mail und
dann wird das alles besprochen.)

Die sind eh schon eingeplant und es ist das, was man mit dem bisherigen Tableau bewirtschaftet hat, das heißt, es sind eigentlich gar keine zusätzlichen Stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es uns nicht gelingt, hier umzusteuern, bedeutet das irgendwann größere Klassen, mehr Unterrichtsausfall, weniger Zusatzangebote, weniger individuelle Förderung und höhere Belastung für die vorhandenen Lehrkräfte. Lassen Sie uns die Fehler der Vergangenheit, die hier offensichtlich heute niemand mehr bestreitet, nicht wiederholen – das ist die Aufgabe des heutigen Tages –, sondern jetzt wollen und müssen wir ausreichend für gute Unterrichtsbedingungen in den 2020er-Jahren bis 2030 vorsorgen. Sparen Sie also bitte nicht auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, wie Sie auch schon auf Kosten der Schülerinnen und Schüler bei den Schulweglängen gespart haben! – Ich danke Ihnen an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Ums Wort gebeten hat noch mal der Bildungsminister Mathias Brodtkorb.

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Renz hat angekündigt, er würde die Einladung zurückziehen –

(Andreas Butzki, SPD: Das passiert nicht.)

fast. Ich würde gerne eine Richtigstellung vornehmen und eine Bitte äußern.

Die Richtigstellung bezieht sich auf das, was Sie über die Rede des Abgeordneten Al-Sabty gesagt haben. Ich fand die fachlich nicht so daneben und ich hoffe, auch niemals gesagt zu haben, dass ich mich für die Deckung des Fachkräftebedarfes, was die Ausbildung angeht, an freien Schulen nicht zuständig fühle. Da würde ich Sie bitten, ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nee.

... da würde ich Sie bitten, dass Sie mir das belegen, dass ich das jemals gesagt hätte. Dann müsste ich mich dafür entschuldigen, weil es Unfug ist, weil die Schüler an freien Schulen genauso Anspruch auf Unterricht haben wie an öffentlichen, auch auf Lehrer.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die Antwort, die Ihnen gegeben wurde – auch von Herrn Al-Sabty und da hat er vollkommen recht –, war, da uns die Personaldaten der freien Schulen nicht zur Verfügung standen ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist doch eine Ausrede!)

Hören Sie doch einfach kurz zu!

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Elf Prozent der
Schüler gehen da hin!)

Es muss doch möglich sein, dass Sie einem Hauptsatz und drei Nebensätzen mal kurz zuhören.

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist schwer
bei Ihnen! – Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Da wir die Daten nicht hatten, weil wir keinen Zugriff haben auf die Personaldaten der freien Schulen, haben die Kollegen Folgendes gemacht: Sie haben prognostische Annahmen getroffen. Sie haben sich erstens das Durchschnittsalter der Lehrer an freien Schulen angeguckt. Das ist fünf Jahre jünger als bei uns. Daher ist der Ersatzbedarf statistisch gesehen fünf Jahre später erst da, also genau dann, wenn die nächste Lehrbedarfsprognose kommt. Das heißt natürlich nicht, dass sie keine ausscheidenden Lehrer haben. Das ist jetzt reine Statistik.

Dann haben sie geguckt, wie viele Lehrer sind in der Vergangenheit aus dem öffentlichen Schulwesen unter anderem ins private Schulwesen gewechselt. Daraus ergeben sich Quoten oder Bedarfe für freie Schulen.

Ich habe das jetzt noch ausrechnen lassen, Herr Saalfeld: Über den gesamten Betrachtungszeitraum entspricht allein diese Fluktuation 2.200 Lehrkräften. Wir haben ein Potenzial von 2.200 Lehrkräften, die nicht in der Unterrichtsversorgung abgebildet sind, weil wir sie sozusagen als Verlust, als abgängig im öffentlichen System gerechnet haben aus der Vergangenheit heraus. Diese Fluktuationsquoten gab es aber nur durch das LPK, weil viele Lehrer aus dem öffentlichen Bereich in den privaten gewechselt sind, weil sie nicht der Zwangsteilzeit ausgesetzt sein wollten. Das war ein ganz großes Motiv, in die freien Schulen zu gehen. Das heißt, im Moment gehen wir sogar davon aus, dass dieser Fluktuationsfaktor der Bedarfe eher überschätzt wird, weil wir haben nur zehn Prozent der Lehrer oder der Schüler an freien Schulen, also 1.000/1.500 Lehrkräfte, und wir haben noch eine Steuerungsreserve von 2.200 bis zum Jahr 2030 auf Basis unserer Rechnung. Das kann Ihnen Herr Beise, der das alles gerechnet hat, gerne noch mal darstellen.

Insofern ist die Annahme falsch, dass die freien Schulen darin nicht berücksichtigt sind. Richtig ist, sie sind nicht nach demselben System rechnerisch berücksichtigt wie die öffentlichen. Da haben wir im Bildungsausschuss gesagt, wir werden jetzt die Personaldaten der freien Schule nachträglich abfragen und selber noch mal rechnen, wie hoch der Ersatzbedarf der freien Schulen tatsächlich ist. Wenn der deutlich niedriger ist als 2.200 – und davon können Sie ausgehen –, müsste im System ausreichend Spielraum sein. Da hatte Herr Al-Sabty fachlich komplett recht.

Eine Bitte, Herr Saalfeld: Herr Renz möchte kommen, ich nehme an, Herr Butzki kommt, Frau Oldenburg, Herr Al-Sabty vielleicht auch. Es ist ja ein Thema zwischen Hochschule und Schule. Eigentlich ist es ein Hochschulthema, aber irgendwie muss man am Ende Ahnung haben von Schule, wenn man das Thema bearbeiten will. So eine Runde macht nur Sinn, finde ich – deswegen so halb zurückgezogene Einladungen –, wenn wir da wirklich über Plattitüden hinauskommen.

(Jürgen Seidel, CDU: Das geht schlecht. –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Herr Saalfeld, ein Beispiel: Die Qualität muss besser werden.

(Zurufe von Michael Silkeit, CDU, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moment! Ja, wodurch? Was heißt das? Was müssen wir machen? Meine Bitte, mein Wunsch ist, dass jeder mit konkreten Vorschlägen kommt, wie man es machen kann, damit wir,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

damit wir am Ende auch ein Ergebnis haben.

Ich bringe mal zwei Beispiele für konkrete Vorschläge, was ich meine. Zu wenig junge Leute studieren Physik. Was machen wir jetzt? Wie kriegen wir die ins Physikstudium? Ein Vorschlag, den wir zusammen in der Koalition entwickelt haben, den wir jetzt umsetzen, ist, wir werden vier Gymnasien oder Gesamtschulen zu Schwerpunktschulen machen, zu Schwerpunktschulen in Mathematik und Naturwissenschaften, mit dem ganz klaren Konzeptauftrag, eine enge Zusammenarbeit mit den Universitäten in der Lehrerbildung zu organisieren und im Prinzip schon den Lehremachwuchs von morgen an diesen Gymnasien zu werben. Ob das funktioniert, weiß kein Mensch. Erst in zehn Jahren werden wir das wissen, weil sie brauchen erst mal ein bisschen Zeit an der Schule, um das Konzept zu entwickeln, dann acht Jahre für Studium und Referendariat, also früher wird das nichts. Es ist aber ein Beispiel.

Zweites Beispiel: Sie haben gesagt, Sie möchten einen nahtloseren Übergang der Absolventen in das Referendariat. Das kann ich nachvollziehen. Es gibt dafür aber nur zwei Möglichkeiten, Herr Saalfeld. Lassen Sie uns eine der beiden machen, ich bin dazu bereit.

Die erste Möglichkeit ist, die Uni zieht ihre Prüfungen deutlich vor. Ich weiß aber gar nicht, ob die das hinbekommen mit den ganzen ECTS und dem Workload. Herr Schareck sagt mir immer, es geht nicht, wir haben schon alles ausgereizt.

Die zweite Möglichkeit ist, wir ändern das Lehrbildungsgesetz

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Und verkürzt die Regelstudienzeit.)

und sagen, wir haben hier nicht mehr 18 Monate Referendariat, wir müssen auf 16 oder 14 heruntergehen, weil dann die Möglichkeit besteht – in Sachsen sind es nur 12 Monate –, dass dieser nahtlose Übergang möglich ist. Der Witz ist, das spart sogar ein bisschen Geld. Man kann dann vielleicht sogar noch mehr Stellen anbieten. Wir können noch mehr Referendariatsstellen anbieten durch diese Option

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

und die Leute hätten einen unmittelbaren Übergang in das Referendariat. An mir soll es nicht scheitern. Aber ich möchte auch nicht eine Debatte haben, wo wir das machen, und dann kommen Sie und sagen, ja, das ist ein Skandal, das Referendariat ist verkürzt oder so.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Dann lassen Sie uns wirklich sagen, solche konkreten Vorschläge, da können wir mit einem Federstrich organisieren, dass wir ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Gerne, aber das
ist ja heute nicht das Thema.)

Nee, ich sage Ihnen ja, das wäre meine Bitte für das Gespräch, dass wir da nicht auf dieser Flughöhe sind, ja, man muss was an der Qualität verändern, damit es besser wird, weil da weiß ich immer noch nicht, was wir tun sollen, sondern dass wir wirklich ganz konkrete Dinge mal diskutieren, was man machen kann. Zwei Anregungen habe ich gegeben. Ich freue mich auf unser konstruktives Gespräch und bin gespannt auf Ihre Vorschläge.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ums Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Saalfeld gebeten.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mich kurzfassen. Zunächst einmal: Es geht um die „Lehrerbedarfsprognose“ – und das steht da wirklich drin –, es geht um den Bedarf an den öffentlichen Schulen. Deswegen ist der auch dort nicht enthalten. Wenn Sie jetzt sagen, Sie fragen jetzt den Personalbedarf konkret bei den Schulen in freier Trägerschaft ab, dann ist das schon ein Fortschritt. Da sage ich, super, dass das jetzt nach langer Thematisierung vorangebracht wird.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das war doch aber schon im
Bildungsausschuss Thema, Mensch!)

Es müsste nicht gemacht werden, wenn es schon berücksichtigt wäre. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es gut, dass wir da vorankommen.

An Herrn Beise wenden wir uns gerne. Ich nehme die Einladung an, uns da die Zahlen, wie Sie sie hier vorge tragen haben, noch mal erklären zu lassen. Das finde ich sehr gut.

Aber wenn Sie sagen, die GRÜNEN kommen hier nicht mit konkreten Beispielen, dann muss ich widersprechen. Wir haben heute erst mal hier einen Antrag vorgelegt, wie wir die Lehramtsausbildung besser und bedarfsge rechter organisieren beziehungsweise wie wir auch die Kapazitäten anpassen wollen. Das, was Sie meinen, Übergang Schule und Hochschule als Studienanfänger, das war heute nicht Thema. Darüber können wir aber auch gerne zu dem Termin sprechen, gerne.

Wenn ich sage, wir müssen die Qualität erhöhen, heißt das, wir müssen die Abbruchquoten absenken.

(Zuruf von Mathias Brodtkorb, SPD)

Da können wir uns gerne zusammensetzen. Dafür reicht mir hier allerdings nicht die Redezeit.

(Michael Silkeit, CDU: Rote Lampe!)

Deswegen finde ich Ihre Einladung super, darauf warte ich seit fünf Jahren. Das ist die erste Einladung, die ich von Ihnen an dieser Stelle bekomme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe als Prorektor für studentische Angelegenheiten an der Universität Rostock genau zu diesem Thema gearbeitet – Übergang Schule und Hochschule. Das heißt, ich kenne eine Reihe von Projekten, wie zum Beispiel: Die Physiker hatten dieses PhySch-Projekt, wo es darum ging, Schüler möglichst früh für Physik und dann natürlich auch für die Universität Rostock zu begeistern.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Solche Projekte können wir gerne wieder mit Hochschulpaktmitteln ordentlich ausstatten und weiterführen.

(Heiterkeit bei Michael Silkeit, CDU: Rote Lampe!)

Darüber möchte ich gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5431. Wer möchte dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen? – Wer stimmt dagegen? –

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wer enthält sich? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5431 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, 6. Juli 2016, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.15 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten, Katharina Feike, Jutta Gerkan, Tilo Gundlack, Dr. Ursula Karlowski, Burkhard Lenz, Detlef Lindner, Dr. Norbert Nieszery, Bernd Schubert, Jürgen Suhr, Dr. Fritz Tack und Susann Wippermann.